



Herausgeber\*innenkollektiv  
des Gesprächskreises «Geschichte»

# **GEGENWARTS- GESTRIGE**

**RECHTE GESCHICHTSPOLITIK HEUTE**

# INHALT

<b>Vorwort</b>	<b>2</b>
Anke Hoffstadt und Michael Sturm <b>Einleitung: Geschichte für Patrioten und Volksliedsänger</b>	<b>5</b>
Historische Bezüge und Geschichtspolitik in den Strategien des völkisch-autoritären Populismus	
Yves Müller <b>Preußen, das Kaiserreich, der Kolonialismus und die Rechten</b>	<b>15</b>
Sehnsuchtsorte des deutschen Nationalismus	
Sebastian Bischoff und Anna Schiff <b>(Nie) Zurück in die 1950er Jahre</b>	<b>25</b>
Gender und Sexualität in rechter Geschichtspolitik	
<b>Das Prinzip Hoffnung</b>	<b>34</b>
«Was tun mit der Geschichte?» Ein Austausch über linke Geschichtspolitik mit dem AK Loukanikos	
<b>Wider den Strich</b>	<b>42</b>
Linke Geschichtsschreibung gegen nationalistische Indienstnahme	
<b>Zum Weiterlesen</b>	<b>51</b>
<b>Die Autor*innen</b>	<b>53</b>

## VORWORT

Der Gesprächskreis «Geschichte» der Rosa-Luxemburg-Stiftung arbeitet seit 2006. Bislang konzentrierte er sich vorrangig auf die organisatorischen und ideellen Traditionen und Kontinuitäten in der Geschichte der Linken: historische Kommunismusforschung, Geschichte der Arbeiter\*innenbewegung und ihrer Parteien, Geschichte der neuen Linken und der neuen sozialen Bewegungen.

Nachdem seit einigen Jahren immer häufiger rechte Gewalt und eine gewalttätige und rassistische Sprache eine zusehends massivere autoritäre Formierung von Staat und Gesellschaft begleiten, legt der Gesprächskreis «Geschichte» mit dieser Publikation erste Beiträge seiner Auseinandersetzung mit «rechter» und «faschistischer Geschichtspolitik» vor. Diese Texte sind Resultat der Debatte darüber, ob es für eine linke Geschichte, Geschichtsschreibung und Geschichtspolitik angesichts dieser Zuspitzungen (noch) ausreichend ist, sich mit der eigenen Tradition zu beschäftigen – insbesondere dann, wenn sie rechte Hegemonien und deren Versuche, Deutungshoheiten zu etablieren, infrage stellen wollen. Oder ob es nicht viel eher darum gehen müsste, rechte Vorstellungen gezielt von links anzugreifen, auch in der Betrachtung von Geschichte und Geschichtspolitik. In dieser Publikation geschieht das beispielhaft anhand der Themen «Preußen» und «Geschlechterordnung», die in rechten Geschichtsbildern eine wichtige Rolle spielen.

In ihnen werden die bisher gemeinhin als links wahrgenommenen Begriffe wie Freiheit, Widerstand, Befreiung und sogar Revolution durch rechte Erzählungen bewusst umgedeutet. Einmütig stehen diese Verfremdungen aktuell neben Mythen «deutscher Geschichte», die schon seit Längerem in rechten oder rechtspopulistischen Sprech- und Diskursblasen zu finden sind. Sie wirken dort, aber dar-

über hinaus auch in den gedruckten Medien, auf der Straße, in Gedenkstätten und in den Kommentar-Kaskaden der sozialen Medien.

1935, im dritten Jahr der nationalsozialistischen Machtübernahme, sprach der marxistische Philosoph Ernst Bloch (1885–1977) von einem tief sitzenden «Stachel» aus «Hetze und Verwilderung». Gegen diese, so Bloch, «wirkt das rote Mittel nur halb, meist noch gar nicht. Nazis sprechen betrügend, aber zu Menschen, die Kommunisten völlig wahr, aber nur von Sachen.»<sup>1</sup> Bloch tat richtig daran, die Frage nach den Strategien im Umgang mit der Sprache der Rechten, der Form und ihren Inhalten, zu stellen. Hier dachte er wohl insbesondere an die Zuhörenden und ihre Erreichbarkeit für rechte Mobilisierungen: an die Frequenz des Gewohnten wie des Emotionalen, auf der gesendet wurde. An die Gratifikation durch vermeintliche Anerkennung und Zugehörigkeit. So inszenieren sich rechte Erzählungen – auch aktuell – als zweierlei. Zum einen als das «Normale», das (wieder) hergestellt werden soll, als «Idealzustand» mit seinen Elementen Volk, starker Staat und Männlichkeit. Dieses letztlich rückwärtsgewandte Versprechen zeigt Wirkung – auch oder gerade weil es angesichts der Migrantisierung der Gesellschaft mehr als aus der Zeit gefallen ist. Schließlich verfangen rechte Geschichte und Geschichtspolitik vor allem dort, wo Restauration und der Wunsch «Wir sind wieder wer» hoch im Kurs stehen. Sie fantasieren eine rechte Gegenkultur herbei, die sich der Gegenwart und ihren Realitäten durch immer neue Rückgriffe auf längst vergangene, nun idealisierte Zeitalter der deutschen Nationen und heiligen Reiche zu entziehen sucht.

Darüber hinaus sind Geschichte und Vergangenheitspolitik für die Rechte – zweitens – auch Teil einer handfesten Kampfansage. Wenn der Fraktionsvorsitzende der Alternati-

ve für Deutschland (AfD) im Bundestag, Alexander Gauland, davon spricht, dass er sich nicht nur «unser Land», sondern auch «unsere Geschichte» zurückholen wolle, ist das wohl als Bekenntnis zur Idee des Umsturzes zu verstehen. Wenn er in anderem Zusammenhang von einem «Wir werden sie jagen!» spricht, dann ist das ein klarer Aufruf zu offener Gewalt. «Geschichte als Kulturkampf» meint in seinem Sinne und in der rechten Propaganda als Erstes: «Kampf» um das Ganze.

Hinzu kommt, dass die allermeisten der faschistischen und rechtspopulistischen Erzählungen auf Sprache, Denkweisen und Zukunftsvorstellungen bauen können, die der sogenannten Mitte nicht fremd sind. Mitunter mögen die Vokabeln eines autoritär-nationalistischen Populismus schroffer sein, die Haltungen dahinter aber ähneln sich, nicht erst heute. So sind etwa die gegenwärtig von der AfD und anderen erhobene Forderung nach einem Ende des «deutschen Schuldkults» und Martin Walsers Buchpreis-Rede von 1998 mit dem Wort von der «Moralkeule Ausschwitz» nur auf den ersten Blick verschieden. Traditionell sehr ähnlich «funktionieren» auch Antifeminismus und Nationalismus hier wie dort – sie schaffen Anschlussfähigkeiten bis nach ganz rechtsaußen, nicht selten verschränkt im historischen Bild einer «Heimat», deren Geschlechterordnung und Chauvinismus verlässlich vor dem beunruhigenden Wandel der Zeiten schützt. Sicherheit, so konstruiert oder erfindet die autoritär-nationalistische Erzählung von Geschichte, vermöge es da allein im Wiederaufleben eines exklusiven und zugleich homogenen «Wir» zu geben, das im Wesentlichen durch die Ausgeschlossenen bestimmt wird. Dabei hilft die Vorstellung von einem gefährlichen «Anderen» der rechten Selbstvergewisserung, stellt ihre neurechte Erzählung vom «großem Austausch» auf Dauer. Das sind die Versatzstücke, mit denen die Rechte ihre historisch-fiktionale Gegenerzählung vervollständigt. Eine Erzählung vom Historischen,

die in ihrer gegenwartsbezogenen politischen Agenda durchaus verfängt – selbst dann, wenn sie einem Faktencheck in keinem Punkt standhielte.

Die Linke, der es seit dem Scheitern der realsozialistischen Gesellschaftsentwürfe und dem Ende der sozialdemokratischen Reformpolitik an Utopien mangelt, sieht sich heute einer doppelten Herausforderung gegenüber: die rechten Erzählungen in ihre Schranken zu weisen, sie zu kritisieren und zu demaskieren einerseits, eine neue linke Geschichte zu entwickeln andererseits.

Doch ihre Situation ist im Grunde anders gelagert: Die Linke blickt auf ein 20. Jahrhundert zurück, das für sie voller Niederlagen und Trauer war – Erster Weltkrieg, Novemberrevolution, Nazismus und Völkermord, gescheiterte Reformen nach 1945, Erstarrung des sogenannten Sozialismus, die Verbrechen des Stalinismus. Die Liste des Scheiterns ist lang. Daraus auszubrechen und neue Perspektiven auf «eine andere Geschichte» zu entwickeln fällt schwer, solange das Geschichteschreiben sich nicht aus seiner eigenen Geschichte als Teil der Entstehung der modernen Nation in der Mitte des 19. Jahrhunderts heraus zu emanzipieren vermag.<sup>2</sup> So tun wir gut daran, auch ein «Erinnern als Widerstandspraxis» neu zu entwickeln: international – und so die beengenden Grenzen nationaler Geschichte oder weißer, männlicher Perspektiven überschreitend.<sup>3</sup>

Für unsere Konzepte und Kämpfe um Gleichheit *und* (individuelle) Freiheit ist jede Anknüpfung allerdings herausfordernd, solange sie über die ausgrenzenden Begriffe etwa von Nation, Geschlecht oder Klasse nicht produktiv hinweggehen können, die es schwermachen, gemeinsam *und* differenziert zugleich zu sprechen, ein linkes «Wir» zu schaffen – und auszuhalten. Ohne Ausschlüsse, ohne Homogenisierung. Ohne die Sorge, vor lauter Gemeinschaft nicht mehr über den Tellerrand schauen zu können. Nicht zuletzt wird eine lin-

ke Geschichte auch die Kraft und die Bereitschaft aufbringen müssen, in sozialen Bewegungen darauf aufmerksam zu machen oder zu erstreiten, was in der Vergangenheit abhandengekommen ist oder immer schon fehlte. Wir Nachgeborenen haben hier die Chance, aus der Vergangenheit zu lernen – einmal mehr und besonders für unsere emanzipatorischen Kämpfe.

Schließlich ist und bleibt Geschichte im Rückblick insofern offen, als dass unser gegenwärtiger Fokus entscheidend ist für den Ausschnitt an Erfahrungen, den wir mitnehmen in aktuelle Kämpfe. Das zeigt die lange Geschichte der gescheiterten und unterlegenen Alternativen der Vergangenheit ebenso

wie die ihrer kurzen Siege (Enzo Traverso). Die Bedingungen und die Kraft der vergangenen Siege vor Augen ist auch die Zukunft offen. Und gestaltbar. Dafür muss die plurale gesellschaftliche Linke ihre Argumente schärfen. Wir hoffen sehr, mit dieser Publikation dazu einen kleinen Beitrag leisten zu können.

**Bernd Hüttner**

Bremen, im Mai 2021

**1** Bloch, Ernst: Erbschaft dieser Zeit, Gesamtausgabe, Bd. 4, Frankfurt a. M. 1985, S. 152 f. **2** Vgl. Pernau, Margit: Transnationale Geschichte, Göttingen 2011, S. 8–14. **3** Vgl. Brachman, Ines/Chmiel, Cornelia/Farber, Jennifer/Hecker, Jens/Hoffstadt, Anke/Schank, Lisa: Die Gedenkstätten, eine unendliche deutsche Erfolgsgeschichte, in: Hinterland Magazin 48, 2021, S. 53–57.

Anke Hoffstadt und Michael Sturm

## **EINLEITUNG: GESCHICHTE FÜR PATRIOTEN UND VOLKSLIEDSÄNGER**

### **HISTORISCHE BEZÜGE UND GESCHICHTSPOLITIK IN DEN STRATEGIEN DES VÖLKISCH-AUTORITÄREN POPULISMUS**

Auf der Klaviatur identitätspolitischer Anwürfe und Mythos-Szenarien von rechts sind sie die prägnantesten Noten und treten gern als Akkord auf: Patriotismus, Nationalismus und (Leit-)Kultur. Die Melodie ist dabei beständig eine von gestern. Dass sich rechte und radikalnationalistische Akteur\*innen in ihrer «Wir»-Agenda, dem Kernelement rechter Politik, auf Geschichte beziehen, gehört zum Alltag rechter Inszenierung, Propaganda und Erzählung. Ihre Strukturelemente zu beschreiben ist Anliegen dieses Beitrages. Gleich, ob sie Symbole bemühen und sie als ideologische Selbstbestätigung für «die Eigenen» bzw. als Markierung «der Anderen» aufstellen oder ob sie damit realpolitische Forderungen und Konzepte zum Wohle des «Volkes» zu flankieren versuchen, setzen historische Bezüge von rechts auf «historisch-fiktionale Gegenerzählungen». Dies gilt für rechte Umdeutungen der NS-Geschichte, für Forderungen nach einem Schlussstrich und einem Ende des sogenannten Schuldkultes ebenso wie für offene Holocaust-Leugnung oder «Opa war in Ordnung»-Erzählungen von einer vermeintlich «sauberen» Wehrmacht und den «deutschen Opfern» des Nationalsozialismus.<sup>1</sup>

Doch in geschichtspolitischen Strategien von rechts geht es auch um historisch-fiktionale Gegenerzählungen, die mit ihren Bezügen auf Vergangenes als «positiver Geschichte» gegenwartspolitische Ziele der Rechten stabilisieren sollen. Ihre Chiffren: Preußen, die deutschen Kaiser, Gründung des Reiches und sein «Platz an der Sonne», Trümmerfrauen und die deutsche Familie. Der Analyse dieser rechten Geschichtssplitter widmen sich die

Beiträge in diesem Band als Muster jener «positiven Beziehung» zur «deutschen Geschichte», die extrem rechte Lautsprecher wie der Vorsitzende der Alternative für Deutschland (AfD) in Thüringen, Björn Höcke, bemühen, wenn es ihnen um «deutsche Identität» und ihre vermeintlich historische Herleitung geht. Welche Deutungsmuster und strukturellen Merkmale liegen den rechten Indienstnahmen von Geschichte dabei zugrunde? Wer sind die Adressat\*innen, wer die Akteur\*innen? Für den Einstieg mag ein Beispiel hilfreich sein: Am 11. Juli 2020 zeigte sich Tino Chrupalla, Bundessprecher der AfD, in einem Eintrag auf seinem Facebook-Account begeistert. Unter der in Großbuchstaben gesetzten Überschrift «Hambacher Fest 2020!» jubelte er: «Ein toller Tag für jeden Patrioten und Volksliedsänger.» Der Bundestagsabgeordnete war an diesem Tag zusammen mit etwa 70 weiteren Personen zahlender Gast des «Neuen Hambacher Festes», auch 2020 trotz der Covid-19-Pandemie zum wiederholten Male ausgerichtet von Max Otte, Fondsmanager mit CDU-Parteibuch und offenen Sympathien für die AfD und ihr Umfeld.<sup>2</sup>

Otte und seine Gäste versuchen mit ihrer Veranstaltung – mit Festreden zum Zustand deutscher Gegenwart, mit Banketten, Preisverleihungen (2020 an Vera Lengsfeld), Wanderungen durch den Pfälzer Wald und Liederabenden –, einen *Erinnerungsort* deutscher Geschichte par excellence zu besetzen.<sup>3</sup> Im Hambacher Schloss, jener «Wiege der Demokratie», trafen sich vor knapp 190 Jahren, zwischen dem 27. Mai und dem 1. Juni 1832, bis zu 30.000 Menschen zu einer mehrtägigen

gen Versammlung, die sich heute unter dem Namen «Hambacher Fest» in jedem Schulbuch zur deutschen Geschichte findet. Schüler\*innen ab der 8. oder 9. Klasse lernen im Unterricht, dass Zehntausende Menschen damals zusammenkamen, um gegen die autokratisch-restaurativen Verhältnisse in den deutschen Kleinstaaten zu protestieren und sich für Presse- und Versammlungsfreiheit, für Bürger\*innenrechte und nationale Einheit stark zu machen.

Otte und die Teilnehmer\*innen des «Neuen Hambacher Festes» wollen sich in die Tradition der damaligen Protagonist\*innen stellen und deren historische «Aura» für ihre gegenwartsbezogene politische Agenda nutzen. So zeigte sich etwa schon im Mai 2018 Timo Böhme, Vorsitzender der AfD-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz, in seinem Rückblick auf das erste «Neue Hambacher Fest» begeistert: «Was für ein herrliches Fest der Freiheit und der klugen Worte!», hieß es auf der Internetseite der AfD-Landtagsfraktion am 7. Mai 2018. Böhme ergänzte pathetisch, ihm sei deutlich geworden, «dass die Hoffnung auf eine Rettung unseres schönen Vaterlandes lebendig ist». Dabei stellte er direkte Analogien zur Ära der Restauration infolge der Karlsbader Beschlüsse und der Gegenwart her: «In Deutschland herrscht mittlerweile wieder Zensur, vergleichbar mit dem Jahr des Hambacher Festes 1832 und den Zeiten des Vormärzes.»

### **Nützliche Traditionslinien: für wen, von wem?**

Mit solchen und ähnlichen Anknüpfungsversuchen offenbaren rechte Akteur\*innen den Kern ihrer Strategien zur Inszenierung, Indienstnahme und Vernutzung von Geschichte: Sie stellen sich in eine Linie von Sinn- und Traditionsstiftungen (wie hier etwa die der Befreiungskämpfe und der Kämpfe für Volkssouveränität des Vormärz), schaffen schiefe Bezüge zu historischen Zusammenhängen,

entleihen Themen und schildern Kräfteverhältnisse gerade so, wie sie ihnen für eine gegenwartsbezogene Selbstdarstellung von Nutzen sein können. Ihr Konzept der Heldenverweise, der Bezugnahmen auf eine positive Nationalgeschichte, auf Befreiungs- und Freiheitserzählungen «deutscher» Geschichte stellt insbesondere auf die Stärke des «kleinen Mannes» ab. Es besetzt die Figur des Freiheitskämpfers ebenso wie die des sich selbst bemächtigenden Untertanen, der im Rebelmentum zu kritischer Masse aufläuft und ein System mindestens zu stören, vielleicht gar zu stürzen vermag. Selbst dort, wo solche Bezugnahmen auf Geschichte einem Faktencheck nicht standhalten, wo also eine kritische Überprüfung ihres historisch *nicht*-fiktionalen Gehalts die schiefen Bezüge sichtbar macht, liefern Heldenepen wie diese die nötige Kohärenz, um glaubhaft und anschlussfähig zu erscheinen.

Gleichzeitig bilden sie einen stabilen Kitt zwischen sonst sehr verschiedenen rechten Akteur\*innen und ihren unterschiedlichsten Politikfeldern. Sie binden zusammen, was Sozial- und Politikwissenschaftler\*innen in ihren Analysen rechter Strukturen, Interessen- und Personenkreise (in allen Bereichen ihrer politischen Praxis) seit spätestens Ende 2014 als eine politische Strömung beobachten, die als «neue soziale Bewegung von rechts» bezeichnet werden kann.<sup>4</sup>

«Sozial» ist in diesem Fall nicht sozialpolitisch gemeint, sondern im Sinne einer gesellschaftlichen Verankerung. So gründet die neue soziale Bewegung von rechts nicht auf den klassischen extrem rechten Organisationen und Parteien wie etwa der NPD, der – heute ihrerseits historischen – Bürgerbewegung Pro NRW oder dem militant neonazistischen Spektrum der sogenannten Freien Kameradschaften (und ihrer vom Parteiengesetz geschützten Nachfolgeorganisationen wie den Parteien Die Rechte oder Der III. Weg) – also einer bestimmten Szene oder einem (extrem)



rechten Milieu. Eher wurzelt sie und findet sie ihren Ausdruck in einer Reihe von Netzwerken, Zeitschriftenprojekten, Internetportalen, mal losen, mal fester organisierten Gruppierungen, die in ihren oftmals diffusen programmatischen Ausrichtungen durchaus unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Im Kern jedoch vertreten sie ähnliche Positionen und gleichen sich insbesondere in ihrem verbalradikalen, aggressiven politischen Stil. Zu dieser neuen sozialen Bewegung von rechts ist die

Zusammengeschlossen etwa in der gemeinsamen Erzählung von einer vorgeblichen «Corona-Diktatur» bringen Anhänger\*innen und Aktive dieser Misch-Szene mit den Begriffen Freiheit, Widerstand oder Souveränität Fahnenwörter – buchstäblich – auf die Straße, hinter denen sich milieuübergreifend Personen aus der organisierten militanten Neonazi-Szene, Esoteriker\*innen, besorgte Eltern, Impfgegner\*innen oder Reichsbürger\*innen umstandslos einreihen können.<sup>5</sup>

---

### **Ihr Konzept der Heldenverweise, der Bezugnahmen auf eine positive Nationalgeschichte, auf Befreiungs- und Freiheitserzählungen «deutscher» Geschichte stellt insbesondere auf die Stärke des «kleinen Mannes» ab.**

(vor allem in Dresden immer noch auftretende) Pegida-Bewegung ebenso zu rechnen wie die Hooligans gegen Salafisten (Hogesa), die Identitäre Bewegung, Gruppierungen und Einzelpersonen aus dem Spektrum der Reichsbürger, rassistische Hetzblogs wie *political incorrect*, Zeitschriften wie das *Compact*-Magazin sowie die zahllosen Social-Media-Seiten, auf und in denen Tag für Tag in verrohter Sprache gegen Flucht und Asyl, gegen den Islam, gegen die Spitzen der Bundespolitik, gegen das «links-grün versifft» Establishment oder schlicht: gegen «die Gutmenschen» gehetzt wird.

Wie in einem Widerspruch zur rechten Abwertung von bürgerschaftlichem Engagement und menschenrechtsorientierter Politik sind seit Beginn der Covid-19-«Krise» Pandemieleugner\*innen hinzugekommen, lösen Verwunderung aus, wo sich einzelne als «links» bezeichnen oder von «Herrschaftskritik» und «Nächstenliebe» sprechen. Allerdings treten sie in ihrer diversen Zusammensetzung zugleich durchaus als Multiplikator\*innen auf, schaffen breite Schnittmengen und verbreitern Kulissen und Sichtbarkeiten, auch für (extrem) rechte Akteur\*innen und Strukturen.

Einen bis in alle Ebenen der parlamentarischen Politik handlungsmächtigen parteipolitischen Ausdruck finden die derart vielgestaltigen, in ihren Stilmitteln aber ähnlich auftretenden rechten Strömungen und Strukturen in der AfD. Dabei ist die Alternative für Deutschland nicht immer kritiklos als Repräsentantin anerkannt. Vor allem mit Blick auf ihre parteiinternen Fliehkräfte und Machtkämpfe zwischen einem wirtschaftsliberalen Rechtsaußenkurs und ihrem faschistisch, extrem rechten (vormaligen) «Flügel» fehlt ihr die ungeteilte Zustimmung.

Darüber hinaus koordiniert oder organisiert die AfD die einzelnen Teilströmungen keineswegs, wenngleich sie auch eine Reihe von Grundpositionen und Ressentiments mit den anderen Protagonist\*innen dieser neuen sozialen Bewegung von rechts teilt. Die AfD greift aber immer wieder deren Rhetorik auf, spitzt sie zu oder mildert sie ab – je nach Zielgruppe und Richtungsentscheidung im konkreten Themenfeld. Wie ein Chamäleon tritt sie mal in Formation mit extrem rechten Akteur\*innen oder als deren Ergänzung auf, ein andermal gibt sie sich als parlamentarischer Lautsprecher eines vermeintlich selbstverständlichen,



aber unterdrückten Volkswillens, bieder wertkonservativ und vorgeblich «normal», je nach Adressat\*innen und Inszenierungsstrategie. In ihrer Gesamtheit stehen die Wegbereiter\*innen und Akteur\*innen der neuen sozialen Bewegung von rechts, stehen AfD und Co. für einen völkisch-autoritären Populismus. Dieser ist, so der Politikwissenschaftler Jan Werner Müller, dadurch gekennzeichnet, dass seine Vertreter\*innen einem imaginierten «moralisch reinen, homogenen Volk stets unmoralische, korrupte und parasitäre Eliten gegenüberstellen – wobei diese Eliten eigentlich gar nicht wirklich zum Volk gehören».<sup>6</sup> Rechtspopulist\*innen und die (extreme) Rechte als neue soziale Bewegung erheben für sich also nichts Geringeres als den moralischen Anspruch, dass sie und nur sie das Volk vertreten, während alle anderen Repräsentant\*innen der Bürger\*innen auf die eine oder andere Art illegitim seien.

Im Rahmen dieser völkisch-autoritären Ansprache an ein exklusives «Wir» sowie in der Mobilisierung von Netzwerken und Akteur\*innen der sozialen Bewegung von rechts oder für eine virulente «Radikalisierung des Konservatismus» (Felix Korsch) kommt dem Verweis auf Geschichte nicht von ungefähr eine zentrale Rolle zu. Denn Geschichte, so ließe sich vorwegnehmend zusammenfassen, wirkt in rechten Klangräumen (und darüber hinaus) als Verstärker von Vergemeinschaftungsprozessen. Geschichte wird in Dienst genommen zur Festigung eines Identitätsangebotes, dieses Kernelementes des völkisch-autoritären Populismus (wie der extremen Rechten). Der besitzergreifende Bezug auf Historisches wird sowohl als szenen- und milieuübergreifendes Selbstvergewisserungselement als auch als multifunktionaler und multidimensionaler Deutungsrahmen genutzt.

In welcher Weise Geschichte von einem völkisch-autoritären Populismus ausbuchstabiert wird, an welcher Stelle rechte Geschichtsdeutungen abholend sein können, wo sie bereits

etablierte Positionen lediglich zusätzlich oder radikaler zu bedienen brauchen, um als gesetzt wahrgenommen zu werden: Dies wird in den folgenden Beiträgen dieses Bandes an einigen Beispielen aufgezeigt.

### **Positive Geschichtssplitter: Restauration, Heldentum und Leitkultur**

Die Rechte nutzt Geschichte als Werkzeug, als Instrument der Mobilisierung wie der Legitimation einer gegenwartsbezogenen politischen Agenda. Ihre jeweilige Themenwahl sagt dabei viel über die konkreten Funktionen aus, die Geschichte in rechten Strategien hat: Welche historischen Zusammenhänge oder Ereignisse genau nimmt die Rechte in den Blick? Wer sind die historischen Figuren, die sie zu Heroen erklärt? Wie werden Entwicklungen weichgezeichnet oder für eine Bezugnahme in Dienst gesetzt? Welche Themen reklamiert eine rechte Geschichte für sich? Welche dagegen lehnt sie ab, beschweigt oder verleugnet sie? Wo macht sich völkisch-autoritärer Populismus die Mühe, historische Zusammenhänge und Themen der Geschichte wohlkalkuliert polemisch herabzuwürdigen oder zu verhöhnen?

### **NS-Geschichte ausschließen – Vergangenheit zurückerobern**

Im September 2017 verlangte Alexander Gauland, seinerzeit Parteisprecher und Bundestagsfraktionsvorsitzender der Alternative für Deutschland, als Redner auf dem sogenannten Kyffhäuser-Treffen des völkisch-nationalistischen «Flügels» der AfD nach einem Schlussstrich. Zusammen mit dieser Forderung, jede Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus ein für alle Mal zu beenden, bilden insbesondere Björn Höckes gezielte geschichtspolitische Ausfälle<sup>7</sup> die wohl bekanntesten Beispiele für die Strategie der *Externalisierung des Nationalsozialismus aus der deutschen Geschichte*. Zu-

gunsten einer (von ihm selbst so bezeichneten) restaurativen «Wieder-verzauberung» der Welt, beschwört der thüringische AfD-Vorsitzende das positive Identitätsge-

fühl eines ungebrochenen Deutschtums, wie es etwa in dessen wortreichen und pathetischen Verklärungen des 19. Jahrhunderts seinen Ausdruck findet.

Obgleich sich in allen Facetten des völkisch-autoritären Populismus ein teilweise bizarres Spektrum von Geschichtsrevisio-nist\*innen tummelt, münden am Ende wohl alle rhetorischen Muster (etwa der Täter-Opfer-Umkehr, der antimuslimischen, rassistischen Anwürfe zu Fragen des Antisemitismus, der floskelhaften Verwendung von «den zwölf Jahren») in das keinesfalls neue Postulat, einen Schlusstrich unter die nationalsozialistische «Vergangenheit» und deren Bewältigung ziehen zu wollen. Was im Herbst 1998 mit Martin Walsers seinerzeit sowohl goutierter wie problematisierter Buchpreis-Rede in der Frankfurter Paulskirche sichtbar wurde, inszeniert Alexander Gauland beinahe zwei Jahrzehnte später zuspitzend: Kein anderes Volk in Europa habe «so deutlich mit einer falschen Vergangenheit aufgeräumt wie das deutsche». Nun aber müsse man den Deutschen «diese zwölf Jahre jetzt nicht mehr vorhalten!» Sie betrafen die deutsche Identität nicht länger. Darum, so Gauland, «haben wir auch das Recht, uns nicht nur unser Land, sondern auch unsere Vergangenheit zurück-zuholen».<sup>8</sup>

Aus guten Gründen stehen rechte Umdeutungsstrategien und Versuche, die NS-Geschichte zu relativieren, auszublenden oder mit spektakulären Provokationen als Thema der geschichts-, gedenk- oder erinnerungs-politischen und -kulturellen Gegenwart des postnationalsozialistischen Deutschlands zu diskreditieren, heute im Fokus wissenschaft-

---

## **Am Ende münden wohl alle rhetorischen Muster in das keinesfalls neue Postulat, einen Schlusstrich unter die nationalsozialistische «Vergangenheit» und deren Bewältigung ziehen zu wollen.**

licher und fachjournalistischer Analysen zu rechter Geschichtspolitik und der geschichts-bezogenen Praxis eines völkisch-autoritären Populismus. Sie helfen, schiefe Geschichtsbe-züge, Leugnungen, Schlusstrich-Polemiken und neurechte «Metapolitik»-Strategien zur Verknüpfung von Erinnerungspolitik und iden-titätsstiftenden Zugehörigkeitsangeboten im vorpolitischen Raum erkennen und auswerten zu können.<sup>9</sup>

Dringlich ist diese Sensibilisierung, da jüngst Raumergreifungen (über Versuche der Ein-flussnahme etwa in kommunalen Gremien und paritätisch besetzten Stiftungsräten oder über Anfragen und Anträge in parlamentari-schen Zusammenhängen), Störungen und nicht zuletzt auch Angriffe an und gegen Gedenkort – wie Gedenkstätten oder Bildungs-einrichtungen an NS-Erinnerungs- oder Doku-mentationsorten – zunehmen. Bildungs- und Beratungsexpert\*innen beschreiben in Hand-lungsempfehlungen und Broschüren, welche Möglichkeiten es gibt, einer «Geschichtspo-litik als Kulturkampf von rechts» entschieden entgegenzutreten.<sup>10</sup>

### **Preußens Glanz und der Platz an der Sonne**

Um der deutschen Geschichte positive, iden-titätsstiftende Aspekte abzurufen und sie zur einigenden und harmonisierenden Masterer-zählung auf ein wünschenswert allgemeines Geschichtsbild auszurollen, setzt die Rechte auf ausgewählte historische Bezugspunkte, die den Charakter von Gegenentwürfen haben und für Adressat\*innen – für eine deutsche Öffentlichkeit ebenso wie für die eigenen Rei-hen – normalisiert werden sollen: als seien sie

als Erzählungen von Vergangenen in dieser Form schon immer da gewesen.

Einer dieser Gegenentwürfe lässt sich unter dem Stichwort *monolithisches Kulturverständnis* fassen, mit dem nach völkisch-autoritärem Weltbild Gemeinschaftsbindungen konstruiert sind. Quer durch die verschiedensten Akteurskreise der neuen sozialen Bewegung von rechts ist die Rede von einer «deutschen Leitkultur», die dem «Fortbestand der Nation als kultureller Einheit» dienen solle. Geprägt sei sie durch eine gemeinsame Sprache, mehr noch aber durch einen über alle historischen Zäsuren hinweg bestehenden «Kernbestand» an «Werthaltungen». «Die Kultur», die dem «Wir» einen unverwechselbaren und gleichsam überhistorischen Charakter verleihen soll, bildet neben «Volk» eine Schlüsselkategorie für das Geschichtsverständnis des Völkisch-Autoritären. In Verschränkung mit der einzigartigen Verfasstheit eines «Wir» bleibt «Kultur» dabei

stets im Singular, gemeint als «deutsche» oder «abendländische» Eigenschaft und «Wesensart». In diesem Sinne erweist sich der rechte Kulturbegriff als statisch, monolithisch und äußerst selektiv.

Wie Yves Müller in seinem Beitrag herausarbeitet avancieren im Kulturkampf von rechts gegenwärtig besonders drei Themenfelder zur Arena rechter, neurechter und völkisch-autoritärer Interpretationen: zum Ersten «Preußen» und die imperiale Autorität des Wilhelminismus; die – zweitens – durchaus als Verherrlichung zu bezeichnenden Kaiserreich-Epen eines Interregnums, eines Zwischenreiches im Zeitenlauf deutscher Geschichte auf dem Weg zur Glorie der Reichseinheit; sowie schließlich die völkische Selbstaufwertung durch Kolonialismus und imperiale Großmachtspolitik im Traum vom «Platz an der Sonne». Sie treten dabei mit unterschiedlichem Gewicht selbst

dann in den Vordergrund, wenn es nach zwei verlorenen Weltkriegen um Rückerstattungsansprüche auf adlige Besitztümer und Nutzungsrechte geht, wie im Fall der machtvoll bis in die Geschichtswissenschaft hinein intervenierenden vormaligen Kaiser-Dynastie in der aktuellen «Hohenzollern-Debatte».

Mit Blick auf diese Themen rund um «Glanz und Gloria» deutscher Geschichte von Barbarossa bis Wilhelm II. lässt sich noch ein weiteres Kernelement rechter Geschichte ausmachen. Dass Gauland seine geschichtspolitische Polemik zur Wiedererringung deutscher Vergangenheit durch das deutsche «Volk» 2017 ausgerechnet anlässlich des Kyffhäuser-Treffens der AfD formulierte, mag die Kulisse des historischen Kontextes zwar noch einmal betont in Szene gesetzt haben für den

---

### **In der Logik völkisch-autoritärer Positionen ist die Semantik des Niedergangs nicht weniger als der Marker für einen Endkampf: um Überleben oder Untergang.**

positiven Bezug auf Kaisermythos und das Wiedererwachen eines deutschen Reiches in Einheit von Volk, Nation und Herrscherkrone. Dabei versuchte er aber, seine Idealerzählung künftiger, reiner Geschichtsbetrachtung zusätzlich dadurch aufzuwerten, dass er in gleichem Atemzug das *Feind-Schema des kulturellen Niedergangs* bemühte.

In einem rhetorisch kaum verhüllten Gewaltaufruf gegen Aydan Özoğuz, die damalige stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende, Staatsministerin und Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, hetzte er gegen den offenen, weltbürgerlichen Kulturbegriff der Bundestagsabgeordneten. Man solle sie einmal ins Eichsfeld einladen, um ihr dort beizubringen, «was spezifisch deutsche Kultur» sei, so Gauland in seiner bis ins letzte Wort vielfach im Feuilleton dokumentierten und wiederholten Rede 2017. «Danach kommt sie hier

nie wieder her und wir werden sie dann auch, Gott sei Dank, in Anatolien entsorgen können.» Dass Aydan Özoğuz andernorts geäußert habe, neben der gemeinsamen Sprache keine spezifische deutsche Kultur ausmachen zu können, apostrophierte Gauland im weiteren Verlauf seiner Rede als Inbegriff undeutscher Dekadenz, die das deutsche Volk vertrate. Genussvoll und brutal bediente Gauland hier einmal mehr ein omnipräsentes Kennzeichen rechter Rhetorik: einen ausgeprägten Kulturpessimismus. In Dauerschleife tritt der AfD-Mann gegen plurale Gesellschaftsentwürfe an und kündigt von einem vermeintlich kulturellen Niedergang, Werteverfall und einer fundamentalen Bedrohung für die Vorstellung vom «Volk» als exklusiver, homogener Gemeinschaft.

Marc Jongen, Bundestagsabgeordneter der AfD, benannte im Rahmen einer von der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen beantragten Aktuellen Stunde zu «Demokratie und Erinnerungskultur angesichts rechtsextremistischer Angriffe» am 15. Februar 2018 in aller Deutlichkeit, worum es ihm und der AfD geht: «Wir kämpfen für eine Alternative zur Abschaffung dieses Landes als staatliche und kulturelle Einheit. [...] Es geht also buchstäblich um alles.» In der Logik völkisch-autoritärer Positionen ist die Semantik des Niedergangs nicht weniger als der Marker für einen Endkampf: um Überleben oder Untergang.

### Heile Geschlechterwelten

Drittes Kernelement rechter Geschichtsbeobachtungen, oftmals eingewoben in kulturpessimistische Vorstellungen oder ein exklusives, monochromes Kulturverständnis völkisch-autoritärer Wertezusammenhänge ist ein *martialisch-männliches Geschichtsbild* als Heilsversprechen und Element der Kampfrhetorik.

Anna Schiff und Sebastian Bischoff analysieren in ihrem Beitrag, wie rechte Geschichtsbilder Gender und Sexualität einzuhegen

versuchen: Einerseits dienen die 1950er Jahre – bzw. die diffus gefasste Zeit vor «1968» – als nostalgische Folie für die gute, alte Zeit, positiv gekennzeichnet durch klare, vermeintlich natürliche Geschlechterrollen und ein beziehungs- oder vielmehr eheorientiertes Verständnis von Sexualität. Kurzum: als Ausdruck einer sittlicheren Zeit, in der Ehe und Tradition – aber auch Eros statt König Sex – herrschten. Entsprechend wird die «Trümmerfrau» als eine Figuration idealer Weiblichkeit konstruiert und gegen «Neomarxistinnen» und «Genderhistorikerinnen» ins Feld geführt. Während die «sexuelle Revolution» im zeit-historischen Rückblick von rechts in der Regel als Ursache für den postulierten sittlichen Verfall der Gegenwart behauptet wird, werden Frauenemanzipation und «sexuelle Revolution» in Teilen rechter Rhetorik zugleich zu einem Ausweis deutscher bzw. europäischer Liberalität stilisiert und gegen Menschen, die als Muslim\*innen markiert oder benannt werden, ins Feld geführt.

Die geschichtspolitischen Rückwendungen und Verklärungen sind hier ambivalent, weil die völkisch-autoritäre Rechte in ihrem Blick auf Geschlecht und Sexualität in historischer Dimension in Teilen bemüht ist, nicht an Attraktivität für die «Frau von heute» zu verlieren – auch in der Rechten wollen heute viele nicht unmodern wirken. Im Spagat zwischen Herd und Karriere unterstützen in diesem Zusammenhang nicht zuletzt vermeintlich kapitalismuskritische Anwürfe gegen die Moderne rechte Geschichtsbilder.

Reichweite erfahren sie durch ihre rassistischen Bestandteile: Die durchaus als Querschnittsthema des völkisch-autoritären Populismus erkennbare rassistische Propaganda von der so bezeichneten «Islamisierung» und der vorgeblichen Übergriffigkeit «fremder», als noch nicht-sublimiert konzeptualisierten Sexualität ergänzt schließlich den Vergleich von damals und heute und bemüht einmal mehr das Bild sexuell bedrohter wie kulturell

und moralisch verführbarer, schutzloser Weiblichkeit.

### **Zurück zum Freiheitskampf: für das «Volk» - und nur für das «Volk»?**

Mehr als andeutungsweise knüpfen rechte Geschichtspolitiken und völkisch-autoritäre Geschichtsbetrachtungen in ihren Rückbezügen auf ein vermeintlich goldenes Zeitalter (Karin Priester) schließlich an eine weitere Schlüsselkategorie rechten Geschichtsverständnisses an: an das in seiner Existenz angeblich stets bedrohte «Volk». Dabei ist «Volk» mehr als eine Sammelbezeichnung für erfüllten Kinderreichtum «deutscher» Familien. In stark personifizierter Rhetorik gilt das rechte «Wir» vielmehr auch im übertragenen Sinne als Kollektivsubjekt mit gleichsam einheitlichen Wahrnehmungen, Interessen und Feindbildern. Die Vorstellung vom «Volk» als «Organismus» oder als «Körper» firmiert auch aktuell als zentraler Topos im Ensemble rechter Grundpositionen.

Bemerkenswert ist, dass die grundlegende Frage, wer denn nun eigentlich zum «Volk» gehören solle, in erster Linie damit beantwortet wird, wer dieser immer wieder beschworenen Gemeinschaft *nicht* zuzurechnen sei. Die rechte Antwort steht dabei erwartungsgemäß im Kontrast zu einem republikanischen Verständnis von «Volk», das, so der Historiker Michael Wildt, einen «inkluisiven» Charakter aufweist und als «Versammlung von gleichen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern, unabhängig von ihrer Hautfarbe, Geschlecht oder religiöse[m] Bekenntnis» beschreibbar sei.<sup>11</sup> Nationalistisch-identitätspolitische Vorstellungen hingegen erheben das «Volk» – die

«Volksgemeinschaft» – zu einer «exklusiven» Einheit. Ihre Konturen gewinnt sie vor allem gegenüber jenen, die als kulturell und ethnisch «anders» oder «fremd» konstruiert werden. Auf diesen Mechanismus, das «Eigene» durch die Abgrenzung zum «Anderen» zu bestimmen, hat schon früh der britische Kulturtheoretiker Stuart Hall mit Blick auf Großbritannien hingewiesen: «die [weißen] Engländer [seien] nicht deshalb rassistisch», weil sie «die Schwarzen hassen, sondern weil sie ohne den Schwarzen nicht wissen, wer sie sind».<sup>12</sup>

In seiner Funktion der Abgrenzung rückt der Volksbegriff strukturell an eine zentrale Stelle rechter Geschichtsbetrachtung, denn die Zuschreibungen von Zugehörigkeit und Ausschluss erweisen sich als statisch, werden als weitgehend unveränderbar gesetzt und wirken gleichsam überhistorisch. Damit eignet sich der *exklusive Volksbegriff* als vierter Themenaspekt, der sich in den historischen Bezugnahmen rechter Geschichtsbilder identifizieren lässt, nachgerade als «Whiteboard»: beliebig beschreibbar. Wer oder was dazugehört oder ausgeschlossen ist, zu welchem Zeitpunkt wo die Grenzen von Zugehörigkeit gesetzt werden, all das ist variabel, solange die Parameter des «Eigenen» und des «Anderen» absolut sind.

Offen bleibt angesichts der aktuellen Entwicklungen, ob und wie dieses «Wir», das «Volk» als Schlüsselfigur in rechten Vergangenheits-erzählungen, auch in Zukunft einen zentralen Platz einnehmen wird. Als mythischer Erinnerungsort gemeinschaftsstiftender nationalistisch-identitätspolitischer Vorstellungen von rechts? Als Mobilisierungsmasse rechter Gegenwartspolitik? Das Beispiel des Hambacher Festes oder die Umdeutungen vergangener

---

**Wer oder was zu «Volk» dazugehört oder ausgeschlossen ist, zu welchem Zeitpunkt wo die Grenzen von Zugehörigkeit gesetzt werden, all das ist variabel, solange die Parameter des «Eigenen» und des «Anderen» absolut sind.**

Emanzipationsbewegungen werfen die Frage auf, ob «Volk» oder «(Volks-)Gemeinschaft» als wegweisende Bezugsgrößen rechter Geschichtsansprache nicht inzwischen mindestens ergänzt, vielleicht in seiner Bedeutung sogar abgelöst werden durch die Bindungskraft eines von rechts besetzten Freiheitsbegriffes. Neuere Analysen und Überblicke zu rechten Rhetoriken, völkisch-autoritärem Agenda-Setting und rechtspopulistischem Politikstil unterstreichen durchaus die Rolle, die «das Skript der ›Befreiung‹»,<sup>13</sup> also eine Anrufung und Besetzung der Begriffe Freiheit und Widerstand für eine noch weitreichendere anschlussfähige Rechte zu gewinnen scheint – auch in geschichtspolitischer Absicht. Denn gegenwartsbezogene Politikangebote, die aus rechten Geschichtsentwürfen heraus formuliert werden, haben stets das Ziel, mit dem Blick auf das Gestern überzeugend zu mobilisieren.

Nicht zuletzt im Zuge der bislang noch heterogenen Pandemieleugnungs- und Verschwörungserzählungs-Bewegung, die in Deutschland im August 2020 vor dem Reichstagsgebäude in Berlin und im Januar 2021 am Washingtoner Capitol Hill, jeweils an der Seite und mit Unterstützung der militanten extremen Rechten, gewalttätig in Erscheinung getreten ist, führten selbsternannte «Rebellen» den Freiheitsbegriff im Munde. Ihre Parolen könnten wortgleich auch in Verlautbarungen oder auf den Bannern der Identitären Bewegung auftauchen, die mit ihrem Reden von Widerstand, Freiheit und «Reconquista» wiederum regelmäßig historische Bezüge aufgreift – nicht zuletzt die eingangs zitierte «Freiheitsbewegung» des Vormärz rund um das Hambacher Fest von 1832.

Wenn Tino Chrupalla das «Neue Hambacher Fest» als Möglichkeitsraum für eine Bewegung von «Patrioten und Volksliedsängern» feiert, meint das womöglich auch «Freiheit» in seinem Sinne: völkisch-national autoritär sein zu können unter seinesgleichen. Den «Pa-

trioten» im generischen Maskulinum als echten Mann zu sehen. Das Deutschsein lauthals zum Besten zu geben, über alles.

### **(Re-)Aktion, oder was?**

Geschichte und Geschichtspolitik folgen Funktionslogiken und mitunter absichtsvollen Setzungen. Wer Geschichte erzählt, schafft Bezugsrahmen, die gemeinschaftsstiftend wirken können, schaffen sie doch – nach «innen» – ein spezifisches, an einem geteilten (Selbst-)Verständnis orientiertes Identifikationsangebot. Für eine rechte Geschichte und Geschichtspolitik gilt aber, dass sie nach «außen» Abgrenzungen und Feindbilder stärken, die in historischer Perspektive «immer schon so waren» oder als Abweichungen von einem «früher war alles besser» erscheinen.

Geschichte zur Bezugsgröße für das Heute heranzuziehen, erfüllt zugleich strategische Zwecke. Wer den Rekurs auf «Geschichte» in dieser doppelten, die eigene Struktur stärken und «das Andere» abwertenden Weise in Dienst zu nehmen weiß, um eine gegenwartsbezogene politische Agenda mit der Aura historischer Bedeutsamkeit zu versehen, hat ein starkes Argument auf seiner oder ihrer Seite. Das Gesehene wirkt als Autorität an sich.

Schließlich stehen mit der Art der Erzählung auch die Inhalte, die in historischer Perspektive von rechts beleuchtet, ausgeblendet, beschwiegen, neu oder umformuliert, re-aktualisiert oder dem Vergessen übergeben werden, in einem weiteren funktionalen Zusammenhang: Dort, wo sie *rechte Ziele* unterstützen, stabilisieren die Themen rechter Geschichte Erinnerungspolitiken als Strategien, tragen dazu bei, «Politik durch Geschichte zu legitimieren» (Michael Kohlstruck). In steter Wiederholung und Dauerschleife ist ihnen zuzutrauen, dass sie Normalisierungsprozesse anstoßen und komplexe Deutungszusammenhänge nach rechts verschieben können. Wenn zu befürchten ist, dass eine «Basiserzählung», die «die beherrschende legitima-

torische Konstruktion der Vergangenheit enthält», im rechten Geschichtsbild Verankerung oder Verstärkung findet, wird es höchste Zeit, diesen rechten Geschichtsraumaneignungen entgegenzutreten.<sup>14</sup> Ob allerdings eine *Antwort*, eine Reaktion oder gar der gezielte Konter gegen rechte Geschichte das richtige, das strategisch kluge Mittel linker Politik und Aktion sein kann? Auf welche Ressourcen, mobilisierungsstarke eigene und selbstwirksame Geschichtsbilder wird eine linke Geschichte in Praxis und Erzählung dabei zugleich zurückgreifen? Aus welchen Erfahrungen ihrer antifaschistischen Geschichte heraus vermag sie rechtes Erinnern zu stören? Worauf soll und kann sie bauen? Ob eine antifaschistische

Geschichte am Ende über ihr interventionistisches Anliegen, autoritär-nationalistische Geschichte und ihre Lautsprecher zu verunsichern und ihre Mythen, Erinnerungspraxen und Geschichtspolitik zu zerstören, hinauszugehen die Kraft hat? Im Wissen darum, nicht ad hoc einen definitiv angemessenen Umgang mit rechter Geschichte zu finden, bleibt wohl aber eine gute Portion positiver Skepsis, dass Geschichte und Erinnerung zwar immer Spielball und Akteur politischer Machtkommunikation und Mobilisierungspotenziale sind, zugleich aber als Erzählungen von der Vergangenheit auch ein starker Bezugsrahmen für die Utopien und Möglichkeiten einer linken Gegenwart sein können.

**1** Vgl. Botsch, Gideon: Die historisch-fiktionale Gegenerzählung des radikalen Nationalismus. Über den rechtsextremen Zugriff auf die deutsche Geschichte, in: Jahrbuch für Politik und Geschichte 2/2011, S. 27–40. **2** Von seiner Funktion als Kuratoriums-Vorsitzender der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung trat Otte im Januar 2021 zurück, nach eigenem Bekunden via Twitter-Post (7.1.2021) in kritischer Auseinandersetzung mit der Rolle und Haltung des Parteivorsitzenden Jörg Meuthen während des AfD-Bundesparteitages Ende November 2020. Fortan wolle er sich nur mehr für die den Unionsparteien nahestehende «WerteUnion» und die Belange des «Neuen Hambacher Festes» einsetzen. **3** Zum «Forschungsparadigma» des «Erinnerungs-ortes» (lieux de mémoire) des liberal-konservativen französischen Historikers Pierre Nora vgl. Siebeck, Cornelia: Erinnerungsorte, Lieux de Mémoire, in: Docupedia Zeitgeschichte, 2.3.2017, unter: [https://docupedia.de/zg/Siebeck\\_erinnerungsorte\\_v1\\_de\\_2017](https://docupedia.de/zg/Siebeck_erinnerungsorte_v1_de_2017). **4** Vgl. etwa Häusler, Alexander/Virchow, Fabian (Hrsg.): Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste, Abstieg der Mitte, Ressentiments, Hamburg 2016. **5** Vgl. z. B. die aktuellen Einschätzungen im Schwerpunkt «Demaskiert – Die Bewegung der Pandemie-Leugner\*innen», in: LOTTA 81, 2020/21; darin z. B. Teidelbaum, Lucius: Die Corona-Wutbürger\*innen. Von «Regenbogenkriegern» und «Reichsbürgern», S. 9–12. **6** Vgl. Müller, Jan Werner: Was ist Populismus? Ein Essay, Frankfurt a. M. 2016, S. 42. Vgl. auch die Beiträge in: Häusler, Alexander (Hrsg.): Völkisch-autoritärer Populismus. Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD, Hamburg 2018. **7** Vgl. z. B. Höckes Dresdener Rede (2017) mit ihrem nach allen Regeln rechter Opfer-Rhetorik gesetzten Angriff auf das Berliner Denkmal für die ermordeten Juden Europas, die inzwischen vielfach analysiert worden ist, vgl. etwa bereits wenige Tage nach der Rede Sabrow, Martin: Höcke und wir, in: Zeitgeschichte-online, 25.1.2017, unter: <https://zeitgeschichte-online.de/kommentar/hoecke-und-wir>. **8** Am 2.9.2017 auf dem Kyffhäuser-Treffen der AfD, zit. nach: Steinhagen, Martin: Identitätspolitik mit dem «Vogelschiss». Über den Geschichtsrevisionismus bei der AfD,

in: Mendel, Meron (Hrsg.): Wie die Rechten die Geschichte umdeuten. Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus, Frankfurt a. M. 2020, S. 12. **9** Zum Einstieg vgl. die Beiträge in: Mendel: Wie die Rechten die Geschichte umdeuten; Killguss, Hans-Peter/Langebach, Martin (Hrsg.): «Opa war in Ordnung!». Erinnerungspolitik der extremen Rechten, Köln 2016; Langebach, Martin/Sturm, Michael (Hrsg.): Erinnerungsorte der extremen Rechten, Wiesbaden 2015. **10** Vgl. etwa Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e. V./Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) (Hrsg.): Nur Schnee von gestern? Zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts in Gedenkstätten und Museen, Berlin 2019; Bothe, Larissa/Wunnicke, Ruth: Handlungsempfehlungen für den Umgang mit rechtspopulistischen Äußerungen von Besucher\*innen in Gedenkstätten und Erinnerungsorten. Eine Publikation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., Berlin 2019. **11** Wildt, Michael: Volk, Volksgemeinschaft, AfD, Hamburg 2017, S. 116f. **12** Hall, Stuart: Ethnizität: Identität und Differenz, in: Engelmann, Jan: Die kleinen Unterschiede. Der Cultural-Studies-Reader, Frankfurt a. M./New York 1999, S. 83–98, hier S. 93. **13** So etwa Claudia C. Gatzka im Titel ihres Beitrages zu Machtstrategien rechtspopulistischer Geschichtsumdeutungen am Beispiel von Italien, in: Audretsch, Andreas/Gatzka, Claudia C. (Hrsg.): Schleichend an die Macht. Wie die Neue Rechte Geschichte instrumentalisiert, um Deutungshoheit über unsere Zukunft zu erlangen, Bonn 2020, S. 38–47. **14** Trotha, Trutz von: Politische Kultur, Fremdenfeindlichkeit und rechtsradikale Gewalt. Notizen über die politische Erzeugung von Fremdenfeindlichkeit und die Entstehung rechtsradikaler Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland. Beitrag zur Tagung «No Justice – No Peace?», Penn State University 1993. Zur Basiserzählung vgl. Herz, Thomas: Die «Basiserzählung» und die NS-Vergangenheit. Zur Veränderung der politischen Kultur in Deutschland, in: Clausen, Lars (Hrsg.): Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale, Frankfurt a. M. 1995, S. 91–109.



Yves Müller

## PREUSSEN, DAS KAISERREICH, DER KOLONIALISMUS UND DIE RECHTEN SEHNSUCHTSORTE DES DEUTSCHEN NATIONALISMUS

In Phasen der Stagnation, Resignation oder gar der Krise suchen Gesellschaften immer wieder Orientierung in der Vergangenheit. Die Rechte sehnt derlei «Krisen» jeder Art geradezu herbei und malt die «Gemeinschaft» zerstörende Horrorszenarien an die Wand. Die «Krise», sie wird *gemacht*. Und zwar in Dauerschleife, denn die Erfolge des autoritär-völkischen Populismus zehren von der stetigen Reproduktion äußerer und innerer Bedrohungen. «Früher war alles besser», so lautet das krisenaffirmative Credo. Die Konstruktion der «Krise» ist nötig, um eine identitätspolitische Re-Souveränisierung des eigenen Kollektivs voranzutreiben und ein «goldenes Zeitalter» zu imaginieren. Dieses «heartland» einer besseren Vergangenheit findet die Rechte in Volk und Nation.<sup>1</sup> «Wir», und damit sind immer «die Deutschen» gemeint, gegen die «barbarischen Anderen».<sup>2</sup> «Wir» sind wieder wer. «Wir» sind das Volk.

Die Anrufung einer glorreichen, aber untergegangenen Epoche soll helfen, die blasse Gegenwart in eine blühende Zukunft zu verwandeln. Die Zusammenhänge zwischen dem Erstarken eines völkisch-autoritären Populismus und der Geschichtspolitik der Berliner Republik sollen am Beispiel des deutschen Sehnsuchtsortes «Preußen» – der zur Unterscheidung vom historischen Preußen mit Anführungszeichen markiert werden soll – und seiner unheilvollen Wiederkehr aufgezeigt werden. Dabei geht es den Rechten von der Partei Alternative für Deutschland (AfD) und dem Institut für Staatspolitik (IfS), einem neu-rechten «Thinktank», nicht einfach um einen Umbau der etablierten Erinnerungskultur in Deutschland, sondern um eine Verteidigung

dessen, was sie gern «deutsche Kultur» nennen. Diese Form der vergangenheitsbezogenen Identitätspolitik ist gesellschaftlich anschlussfähig, weil sie aus der Mitte der Gesellschaft stammt.

Von dem gegenwartsnahen Gehalt des bonapartistischen Vergangenheitsbezugs wusste schon Karl Marx zu berichten: «Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden. Und wenn sie eben damit beschäftigt scheinen, sich und die Dinge umzuwälzen, noch nicht Dagewesenes zu schaffen, gerade in solchen Epochen revolutionärer Krise beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienste herauf, entlehnen ihnen Namen, Schlachtparole, Kostüme, um in dieser altehrwürdigen Verkleidung und mit dieser erborgten Sprache die neue Weltgeschichtsszene aufzuführen.»<sup>3</sup> In einem regelrechten Wunderglauben sehnen sich die Menschen nach der Wiederkehr der «guten alten Zeit» und nach der Auferstehung des Helden – Weltgeschichte als Tragödie und als Farce.

### «Preußen» als deutscher Sehnsuchtsort

Preußen ist fester Bestandteil deutscher Geschichte: Am 18. Januar 1701 krönte sich der brandenburgische Kurfürst Friedrich III. eigenhändig, aber mit Gottes Gnaden zum König – die Geburtsstunde Preußens. Auf den Tag genau 170 Jahre später ließ sich der preußische König Wilhelm I. im Spiegelsaal von Versailles zum deutschen Kaiser krönen, nicht jedoch ohne Gnaden der deutschen Fürsten und einer ganz weltlichen Verfassung, die mit dem Jahreswechsel 1870/71

in Kraft trat. Damit fand der preußische Vormachtanspruch seine Vollendung und Preußen zugleich sein vorläufiges Ende. Denn die Etablierung des kleindeutsch-borussischen Kaiserreichs – kleindeutsch, weil eine großdeutsche Einigung mit Österreich-Ungarn erneut ausblieb – war schon damals nicht unumstritten. Dem 1918 untergegangenen zweiten Reich – das in der Analogie erste, seit dem Spätmittelalter bis 1806 bestehende Heilige Römische Reich Deutscher Nation war dem «unheiligen Deutschen Reich preußischer Nation» (Thomas Mann) vorausgegangen – folgte bald schon ein nationalsozialistisches «Drittes Reich» und 1945 der erneute Untergang. Am 25. Februar 1947 wurde der Staat Preußen gemäß dem vom Alliierten Kontrollrat erlassenen Kontrollratsgesetz Nr. 26 dann auch offiziell aufgelöst, nachdem er bereits zuvor durch die Aufteilung seines Gebietes in verschiedene Besatzungszonen und Staaten aufgehört hatte zu existieren. Nun war erst einmal Schluss mit Reichsideen. *Das «Preußen» hat es nie gegeben. Die Vorstellungen, wo Preußen lag und wo es heute liegt, wann es existierte und wann es aufhörte zu existieren, wer preußisch und wer Preuße sei und was Preußentum ausmache, variieren je nach Ort, Zeit, Perspektive und Fragestellung. Je nachdem, ob man nach den geografischen Ausdehnungen und überhaupt dem Zeitraum des Bestehens des Hohenzollernreiches, seiner Staatlichkeit und seinen Idealen, dem Einwanderungsland oder Wissenschaftsstandort Preußen oder aber nach den ständestaatlichen Gesellschaftsstrukturen, dem Militarismus und seiner Rolle im Imperialismus und europäischen Kolonialismus fragt, wird man zu recht widersprüchlichen Urteilen über das Königreich Preußen und mit ihm über das Deutsche Kaiserreich gelangen.* Bei «Preußen» handelte es sich im 20. Jahrhundert stets um einen geschichtspolitischen Containerbegriff, der je nach politischer Façon

---

**Die Rechten benötigen identitätsstiftende topografische, materielle wie immaterielle «Erinnerungsorte» des Gestern für den Faschismus von morgen.**

gefüllt werden konnte. So beriefen sich die Nationalsozialisten ebenso auf preußische Tugenden wie die Sozialdemokratie vor ihnen. Hoben die einen militärisches Geschick und Obrigkeitsstaat hervor, waren den anderen Aufklärungsgedanke und soziale Errungenschaften des Erinnerns wert. Die «sozialistische Nation» der DDR, deren Territorium sich großteils mit dem historischen Kern-Preußen deckte, entdeckte unter Erich Honecker das preußische Erbe wieder. Währenddessen war auch die Bundesrepublik um Traditionslinien bemüht. Der großen «Staufer-Ausstellung» in Stuttgart 1977 folgte die Aufsehen erregende Ausstellung über Preußen im Westberliner Martin-Gropius-Bau im Jahr 1981. Und König Friedrich der Große – volkstümelnd auch «Alter Fritz» gerufen –, der «Eiserne Kanzler» Otto von Bismarck, die berühmten Heeresreformer August Neidhardt von Gneisenau und Gerhard von Scharnhorst sowie der in den «Reichseinigungskriegen» (1864, 1866, 1870/71) siegreiche Generalfeldmarschall Helmuth von Moltke wechselten sich in der Gunst des Publikums immer wieder ab. Anfang der 1980er Jahre war die Preußen-Renaissance in der Bundesrepublik, aber auch in der DDR an ihrem Höhepunkt angelangt.

Die sich in Wellen wiederholende «Rückbesinnung auf preußisches Wesen, preußische Tugenden und eine preußische Kultur des Politischen» diente schon damals der Verknüpfung einer unsicheren Gegenwart mit einer glorreichen Vergangenheit, wie zeitgenössisch der Politikwissenschaftler Martin Greiffenhagen beobachtete.<sup>4</sup> Es waren durchaus unsichere und turbulente Zeiten, in denen «Preußens Gloria» fröhliche Urständ feierte: Der Terror

der RAF, aber auch das «braune Terrorjahr» (Andrea Röpke) 1980 mit 18 Toten, prägten die Bundesrepublik. Die Ölkrise von 1973 veränderte nachhaltig die Weltwirtschaft. Der Kalte Krieg nahm im NATO-Doppelbeschluss von 1979 und der Debatte um die Stationierung von Atomraketen Anfang der 1980er Jahre einen gefährlichen Verlauf. Und die Bundesregierung setzte immer mehr auf Kernkraft. So entstand aus Anti-AKW- und Friedensbewegung die Partei Die Grünen. Ausgerechnet in der DDR brachte die Komödie «Die Preußen kommen» (1981) des Dramatikers Claus Hammel die deutschlandpolitischen Winkelzüge des damaligen Preußen-Revivals auf den Punkt, indem sie Friedrich den Großen sagen ließ: «Wer zuerst aufhören könnte, von Nation zu reden, wäre der erste Realist.»<sup>5</sup>

20 Jahre später sollte das wiedervereinigte Deutschland einen neuerlichen Preußen-Hype erleben, der bis heute anhält. 2001 feierte man den 300. Jahrestag der Königskrönung Friedrichs I. Nachdem zwei Jahre zuvor der Umzug der Bundeshauptstadt von Bonn nach Berlin vollzogen worden war, brachten die Bundesländer Brandenburg und Berlin eine Fusion unter dem traditionsreichen Namen Preußen ins Spiel. Daraus wurde nichts. Doch 2002 beschloss der Bundestag den Wiederaufbau des Berliner Schlosses, in dem die Hohenzollernkönige und später auch der deutsche Kaiser bis 1918 residiert hatten. Ende 2020 wurde der Humboldt-Forum genannte Schlossnachbau eingeweiht, der verschiedene Museen beherbergen wird, darunter auch die mit Tausenden Artefakten und Kunstwerken aus der Kolonialzeit bestückte Sammlung des Ethnologischen Museums.

### **Keine Kapitulation – das «Reich» und die Rechte nach 1945**

Die extreme Rechte weiß das Preußen- und Kaiserreich-Revival zu nutzen. Die Revitalisierung von Mythenbildern und die Glorifizierung

von Heldenfiguren gehören zu ihrem Kerngeschäft. An der quellenkritischen Dekonstruktion historischer Wahrheiten haben die Rechten wenig Interesse, denn ihr Historismus erlaubt nur eine Erzählung. Sie wollen zeigen, «wie es eigentlich gewesen ist» (Leopold von Ranke) – und berufen sich selbstverständlich auf historische «Fakten» –, nicht aber im Sinne einer möglichst wahrheitsgetreuen Darstellung, sondern als teleologische, also zielgerichtete Herrschaftsgeschichte. Letztlich geht es bei den zukunftsorientierten Rückblicken, diesen Re-Visionen, um eine von der Vergangenheit zehrende Utopie von einem bevorstehenden «Reich». Die Rechten benötigen identitätsstiftende topografische, materielle wie immaterielle «Erinnerungsorte»<sup>6</sup> des Gestern für den Faschismus von morgen.

So wird auch Preußen zum Sehnsuchtsort und Heilsversprechen zugleich. Das hat zunächst ganz pragmatische Gründe, denn nach den nationalsozialistischen Verbrechen und mit der totalen Niederlage des Deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg ist bis heute jeglicher offen positive Bezug auf dieses «Dritte Reich» nicht gerade opportun. Wer dies nach 1945 trotzdem tat, war ein «Ewiggestriger», ein «Alt-Nazi». Schon in den 1960er Jahren erieferte man sich in der Rechten für das preußische Erbe – und hatte damals ganz und gar realpolitische Themen im Blick. Der vormalige «SA-Dichter» und nationalistische Netzwerker Herbert Böhme sah in Preußen den «Inbegriff von Ordnung, Sauberkeit, Unbestechlichkeit, des Pflichtbewusstseins und Verantwortungsgefühls» und forderte in den rechten *Klüter Blättern* 1961 angesichts der deutschen Teilung: «Gebt Deutschland endlich wieder uns, gebt es frei.» Und Otto Kerchhofer, ein österreichischer Revanchist, beschwor 1967 das «nach grausamer Dezimierung und Austreibung der Deutschen teils unter sowjetischer teils unter polnischer Verwaltung» stehende «Preußenland». Aber auch in der selbsternannten Neuen Rechten seit den 1970er

Jahren waren solche gar nicht neuen vergangenheitsbezogenen Suchbewegungen zu beobachten. Der Schriftsteller und ehemalige Waffen-SS-Soldat Wolfgang Venohr sehnte sich in seinen 2002 im Verlag der rechten Wochenzeitung *Junge Freiheit* (JF) erschienenen Memoiren nach dem «Preußentum» als mitteleuropäischer Macht.

### Sozialismus à la Preußen

Den zentralen Bezugsrahmen der Neuen Rechten bildet die «Konservative Revolution», die freilich eine Erfindung des rechten Theoretikers Armin Mohler ist, um eine rechte «Schule», eine faschistische, aber angeblich nicht NS-belastete Denktradition zu konstruieren. Als «Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932», so der Titel seines 1950 veröffentlichten Buches, verstand er in der Rückschau jene Strömungen und Netzwerke, deren Protagonisten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und besonders in der Zwischenkriegszeit antidemokratische, antiliberalen und antihumanistische Ideen vertraten und sich sowohl an den deutschen Nationalsozialisten als auch an den italienischen Faschisten orientierten.<sup>7</sup>

Einige hofierten den Nationalsozialismus, während ihm andere ablehnend gegenüberstanden. So scheint die konstruierte «Konservative Revolution» heute weniger mit dem Makel der nationalsozialistischen Verbrechen verbunden. Tatsächlich geht es der Neuen Rechten nicht so sehr um die Verherrlichung des Nationalsozialismus als um die Rehabilitierung faschistischer Ideologie par excellence. Und hier taucht die Chiffre «Preußen» immer wieder auf. Wiederkehrendes Ideologeelement in den zentralen Schriften der «Konservativen Revolution» ist der «deutsche» oder «preußische Sozialismus». Oswald Spengler verknüpfte 1919 «Preußentum und Sozialismus» bereits im Buchtitel. Arthur Moeller van den Bruck, Autor des 1923 erschienenen Buches «Das dritte Reich», wie-

derum propagierte einen nationalen «Sozialismus» und berief sich immer wieder auf Preußen. Der Nationalbolschewist Ernst Nieckisch, der für einen autoritären «Arbeiterstaat» eintrat, schrieb sich auf die Fahnen, die Forderungen Moeller von den Brucks und Spenglers nach einem «preußischen Sozialismus» – der nicht als Aufforderung für den Kampf nach sozialer wie ökonomischer Gerechtigkeit und Gleichheit missverstanden werden darf – zu verwirklichen.

Ein «faschistisches Jahrhundert»<sup>8</sup> später nutzt Erik Lehnert, einer der Wortführer des rechten IfS, die spenglersche Idee eines «preußischen Sozialismus» – und will zugleich über dessen vages Konzept hinausgehen –, um «die geistige Vorherrschaft des Wirtschaftlichen zu brechen». Sein Pseudo-Antikapitalismus richtet sich keineswegs gegen das ökonomische Prinzip der Kapitalakkumulation, sondern gegen das geistige Prinzip des Konsumzwangs und der «Ökonomisierung aller Lebensverhältnisse», wie er 2018 in dem IfS-Theorieblatt *Sezession* schrieb. Nicht die «soziale Frage» sei wichtig, wohl aber die Zähmung der Wirtschaft nötig: «Hinter vier Stunden weniger Arbeit oder fünf Euro mehr Lohn hat sich noch nie ein großer Gedanke verborgen.» Um sein Bild zu verdeutlichen, zieht er eine historische Parallele zu den antinapoleonischen Befreiungskriegen: «Die Frage, ob man unter den Franzosen nicht auch gut leben könnte, war für die Preußen 1807 völlig gleichgültig. Wichtig war ihnen die Freiheit und die Behauptung des Eigenen – und dort sollten wir uns einfinden!» In diesem Sinne schlägt auch Felix Menzel, Begründer der neurechten Postille *Blaue Narzisse*, in einem «Preußentum und Kapitalismus» überschriebenen Online-Artikel, der 2017 auf dem *Sezession im Netz*-Blog veröffentlicht wurde, einen voluntaristischen Weg ein, indem er die Aufgaben des Staates auf das Nötigste reduziert. Im Zentrum seiner Überlegungen steht eine «nachbarschaftliche Marktwirtschaft», in der «das Lokale anstel-

le des Globalen bevorzugt» und «Familien in ihrer Unabhängigkeit» gestärkt statt zerstört würden. Nur so könne die eigene Kultur erhalten werden.

### **Preußen, einig Abendland?**

Neben «Preußen» scheint der Abendland-Begriff für die Rechten attraktiv. In Dresden versammelt sich seit Jahren eine Melange aus allen Spektren der extremen Rechten unter dem Label Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida). «Abendland» eignet sich ebenso als nationaler Erinnerungsort, meint aber nicht dasselbe und zeigt noch deutlicher, wie diffus der Rekurs auf die imaginierte Vergangenheit ist, denn der Abendland-Topos verweist auf einen weiteren raumordnenden Gedächtnisrahmen, der auf den ersten Blick verwundert: «Europa». Die Pegida-Demonstrierenden bezeichnen sich selbst als «patriotische Europäer». Björn Höcke, AfD-Fraktionsvorsitzender im Thüringer Landtag und Mitgründer des AfD-«Flügels», sehnt als Einheber und Lautsprecher der völkisch-autoritären Straßenbewegung das «wahre Europa [...] einer längst vergangenen Zeit» herbei und rief bei dem 2018 vom «Flügel» bei Detmold organisierten «Hermannstreffen» zu einer «nationale[n] und europäische[n] Renaissance» auf.

Stärker noch als «Preußen» verweisen die Chiffren «Abendland» und «Europa» auf die ideologische Anleihe bei den Protagonisten der «Konservativen Revolution» der Weimarer Jahre, allen voran Oswald Spengler mit seinem in zwei Teilen erschienenen Buch «Der Untergang des Abendlandes» (1918/1922). Kriegsniederlage und Revolution von 1918 brachten Spengler zu dem Vergleich seiner als krisenhaft empfundenen Gegenwart mit dem Untergang des Stauferreiches im Spätmittelalter und der Folgezeit, die er als Interregnum (Zwischenherrschaft) bezeichnete. Der Buchtitel irritiert, ging es Spengler doch weniger um ein Katastrophenszenario als um

die zivilisatorische Vollendung des «Abendlandes» – durch «Preußen». Ihm schien das zeitgenössische «Preußentum» vergleichbar mit der römischen Expansion in der Antike, das er in «Preußentum und Sozialismus» explizit als Vollendung des «Abendlandes» ausmalte. So propagierte er einen abendländisch-borussischen Caesarismus, der technokratisch, imperialistisch und «sozialistisch» zugleich sein sollte. Zwar ging Spengler kaum auf die Oktoberrevolution in Russland ein, doch sollte das «Abendland» gegen den Bolschewismus in Stellung gebracht werden.

Aber es zeigen sich auch die Ambivalenzen zwischen Preußen- und Abendland-Begriff, denn konnte «Preußen» einerseits als Bollwerk gegen die östliche Gefahr gelten, war es etlichen, vor allem rechtskatholischen Abendland-Vertreter\*innen zum «Vorwerk Asiens» und damit zum Teil eben jener Bedrohung geworden.<sup>9</sup> Für den völkischen Nationalismus mit seinem Antisemitismus stand der Feind sowieso nicht außerhalb der Grenzen des Reiches, sondern im Inneren. So bekam der Abendland-Topos nun auch eine explizit antiliberalistische und antiwestliche Note und erfuhr der Osten eine positive Wendung. Man wandte sich vom Westen ab, wie der Politikwissenschaftler Felix Korsch in einer vortrefflichen ideengeschichtlichen Analyse des Abendland-Begriffs erklärt: «Spiegelbildlich erschien der Osten nun als geistige Alternative zur Westorientierung, wobei gerade die dort vermutete vorzivilisatorische ›Primitivität‹ und ›Rückständigkeit‹ als Vorteile gelesen wurden.»<sup>10</sup>

Für den «Nationalrevolutionär» Ernst Niekisch wiederum stand das römisch-katholische «Abendland» im krassen Gegensatz zum protestantischen «Preußentum». Er sah in der «preußischen Herrschaftsidee» ein aristokratisches Prinzip, das sich im «totalen Staat» vollenden würde, wie er in seiner Zeitschrift *Widerstand* immer wieder ausführte. Das autoritäre Russland war aus seiner Perspektive

der natürliche Verbündete Preußen-Deutschlands, der Nationalbolschewismus die passende Synthese der preußischen und der bolschewistischen Idee. Das in nationalistischen Kreisen ursprünglich negative Russland-Bild kehrte Niekisch ins Positive, denn der ländlich-archaische Osten stand für ihn gegen den dekadent-urbanen Westen. Alles Abendländische – und dazu zählte Niekisch schließlich auch Hitlers NS-Bewegung, die er als «bürgerlich» ablehnte – müsse vernichtet werden.

Das alles interessiert die Pegida-Demonstrant\*innen heute wenig. Doch zeigen sich historische Parallelen: Während die rechten Theoretiker des 20. Jahrhunderts mit ihren Bezügen auf einen preußischen oder abendländischen Herrschaftstypus in der Hauptsache ihre geopolitischen Großmachtfantasien auszubuchstabieren suchten, dienen «Preußen», «Reich», «Europa» oder «Abendland» den heutigen Rechten eher als Sehnsuchtsorte. Gleichwohl wollen rechte Ideolog\*innen unsere Gegenwart als Interregnum verstanden wissen, aus dem erst ein Anführer eines – wie auch immer ausgeformten – «Reiches» herausführen könne. Letztlich geht es um die Restauration der Reichsidee. Während der Westen als dekadent dargestellt wird, orientiert man sich an dem wiedererstarkten Russland Wladimir Putins. Die Kampf Begriffe «Abendland» und «Europa» verweisen auch auf die Feindbildkonstruktionen. Die «mehrtausendjährige Geschichte» Europas (Höcke) wird auch gegen ein junges, aus Sicht der Rechten geschichts- und kulturloses «Amerika» in Stellung gebracht; es wird sich erst noch zeigen müssen, ob die in dem diffusen Spektrum der Rechten von Incels, QAnon-Anhänger\*innen, Reichsbürgern und Identitären zwischenzeitlich entdeckte Liebe zu Donald Trump und der US-amerikanischen Rechten daran etwas ändern wird.

### **Preußische Stilblüten**

Heute konkurrieren durchaus verschiedene Spielarten des preußischen Geschichtsbildes,

die sich zweckgebunden wie in einem Satzbaukasten einzelner Protagonist\*innen Orte und Daten aus Preußens Annalen bedienen. Da wäre zunächst der Bezug auf den Deutschritterorden – eine Art «preußischer Urmuthos» (Volker Weiß) –, der im Spätmittelalter weite Teile Nordosteuropas eroberte und den Grundstein für das Herzogtum Preußen legte, aus dem 1618 Brandenburg-Preußen hervorging. Bereits der völkische Theoretiker Arthur Moeller van den Bruck hob Preußen in «Der preußische Stil» (1914) als «größte kolonialisatorische Tat des Deutschtums» hervor und prophezeite, dass «Deutschland die größte politische Tat des Preußentums sein wird». Im Vordergrund dieses Preußen-Motivs steht die räumliche Ausbreitung nach «Osten», die Gründung des Kaiserreiches und seine Entwicklung zur Weltmacht. Heute ist es anschlussfähig vor allem wegen seines Bildes einer wehrhaften Gemeinschaft gegen einen unbestimmten äußeren Feind.

Die Reichsgründung von 1871, mit der sich der preußische König zum deutschen Kaiser erhob, belegt für die Rechten ein bis in die Gegenwart reichendes Kontinuum deutscher Staatlichkeit und Nationsbildung. So widmet die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES) diesem Datum anlässlich seiner 150-jährigen Wiederholung eine komplette Ausgabe ihres Magazins *Faktum*, in dem man einen «Gegenakzent» zur allgemein eher negativen Darstellung des Kaiserreiches setzen wolle, wie Karl-Heinz Weißmann, neurechter Historiker und DES-Kuratoriumsmitglied, betont. O-Ton Weißmann: «Wer, wenn nicht Preußen, hätte in der Lage sein sollen, aus Deutschland ein politisches Ganzes zu schaffen?» 1871 sei die Geburtsstunde der deutschen Nation und das Kaiserreich keineswegs der Geburtshelfer für die nationalsozialistische Machtübernahme von 1933.

Dann wäre da noch die Idealisierung eines geistigen Preußen, in dem oft als «Staatsmänner» apostrophierte Intellektuelle ebenso

wie Politiker und Militärs als kulturschaffende Gralshüter gruppiert werden. An Herren wie dem Philosophen Johann Gottlieb Fichte oder dem Generalfeldmarschall Helmuth von Moltke soll der «preußische Charakter», eine identitätsstiftende Geisteshaltung, exemplarisch dargestellt werden. In seinem im zum rechten Manuscriptum-Imperium gehörenden Landtverlag herausgebrachten Buch «Schwarz und Weiß. Eine preußische Geistesgeschichte» (2020) beschreibt Andrew Stüve aus rechter Sicht den «Staatsmann als Garant, Träger und Ausdruck der Staatsidee», der «Loyalität und Treue nicht aus Gewohnheit, sondern aus Überzeugung lebte [...] ohne zu kriechen, ohne sich zu verleugnen».

### **Gestaltungsmöglichkeiten**

Der 8. Mai 1945 sei nicht für alle ein Tag der Befreiung gewesen, so AfD-Fraktionschef Alexander Gauland 75 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht, sondern «war auch ein Tag der absoluten Niederlage, ein Tag des Verlustes von großen Teilen Deutschlands und des Verlustes von Gestaltungsmöglichkeit». Gaulands Wort vom «Verlust von Gestaltungsmöglichkeit» ist auch im Kontext des endgültigen Endes von Preußen 1947 zu sehen. Spätere Überlegungen, Preußen wiederaufstehen zu lassen und die Krone wieder zu installieren, beispielsweise durch den monarchistischen Religionswissenschaftler Hans-Joachim Schoeps in den 1950er Jahren, scheiterten schlicht an der Realität der deutschen Teilung. Gaulands Fraktionskollege Wilhelm von Gottberg, langjähriger Sprecher der selbst für Vertriebenen-Kreise besonders rechten Landsmannschaft Ostpreußen, behauptete am 9. Mai 2020 in der *Jungen Freiheit*, die Alliierten hätten Preußen in einem «besonders schändlichen Willkürakt» von der Landkarte getilgt: «Mit einem Federstrich und einer unglaublich verlogenen Begründung löschten sie die Existenz

des deutschen Bundesstaates Preußen aus. Deutschland war vernichtet.»

Anders als Gaulands Diktum von der durch die Kriegsniederlage verbauten «Gestaltungsmöglichkeit» vermuten lässt, geht es vielen Rechten weniger um den Zweiten Weltkrieg, vielmehr um jenen davor. «Plötzlich galten wir als Alleinschuldige, deren raubtierhafte Eroberungsziele schon genügend verdeutlichen, dass das Reich diesen Krieg gewollt und herbeigeführt hat», erklärte Gauland bereits in «Die Deutschen und ihre Geschichte» (2009), den verlorenen Ersten Weltkrieg resümierend. Der FPÖ-Historiker Lothar Höbelt sieht in der Kriegsniederlage und der Abdankung des deutschen Kaisers tatsächlich das folgenschwerere Ereignis deutscher Geschichte, wie er im November 2018 auf einem DES-Kongress unter dem Applaus der Anwesenden bekundete: «In einem siegreichen Kaiserreich hätte ein Plebejer wie Hitler nie die Chance gehabt, Führer und Reichskanzler zu werden.» So wird die bereits vor 60 Jahren in der Fischer-Kontroverse diskutierte Frage nach der deutschen Kriegsschuld wieder aufgegriffen. Damals hatte der Historiker Fritz Fischer für Aufsehen gesorgt, weil er die konservative Deutungshoheit durchbrach und nach Kontinuitäten der Eliten zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus fragte. In der AfD bemüht man sich nun um eine Revision der seitdem erlangenen Erkenntnisse. Schuld seien letztlich die Entente-Mächte gewesen, denn sie seien durch ihren Sieg verantwortlich für den Aufstieg sowohl des Nationalsozialismus als auch des Kommunismus, der beiden Totalitarismen der Zwischenkriegszeit. Mit der erst durch die Versailler Friedensverträge herbeigeführten deutschen Kriegsniederlage – denn strategisch habe das Deutsche Reich den Krieg gar nicht verloren, sondern gewonnen, so lautet die von Höbelt aufgewärmte Dolchstoßlegende – sei das seit Friedrich dem Großen bestehende Kräftegleichgewicht der europäischen Großmächte außer Kontrolle geraten.



Während viele Rechte bei dem Gedanken an Preußen in Erinnerungen schwelgen, ziehen die rechten Schüler der «Konservativen Revolution» für ihre Gegenwartsanalysen durchaus mehr aus den machtstrategischen Preußen-Plänen von Spengler & Co. Erik Lehnert will in der Idee des 1947 untergegangenen preußischen Staates gar eine «Alternative zur real existierenden BRD» ausmachen, so argumentierte er 2010 in der *Sezession*, und bezieht sich dazu auf den Kronzeugen Schoeps. Schon Moeller van den Bruck hatte die sachpolitische Maxime postuliert: «Preußen muss sein.» Björn Höcke wiederum erklärt in dem programmatischen Gesprächsband «Nie zweimal in denselben Fluss» (2018): «Preußen ist als geschichtliches Phänomen für die Erneuerung unseres Gemeinwesens von elementarer Bedeutung», die er als «großräumige Renovation» bezeichnet. Die Drohung mit einem gewaltsamen, rassistisch-nationalistischen Umsturz und einer völkisch-kolonialen Expansion ist kaum zu überhören.

### **Anständig geblieben - die Hohenzollern, die Nazis und der Kolonialismus**

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass die Rechten von AfD, IfS, JF & Co. in den aktuellen Debatten den Hohenzollern beispringen, geht es doch um nichts weniger als den Erhalt des gloriosen Preußen-Bildes. Denn das «Haus Hohenzollern» und mit ihm sein Hausherr Georg Friedrich Prinz von Preußen, Urenkel des letzten deutschen Kaisers, sind unter Beschuss geraten. Die seit Jahren von ihnen erhobenen Entschädigungsforderungen haben eine öffentlich geführte Kontroverse darüber befördert, ob die Hohenzollern dem Nationalsozialismus «erheblichen Vorschub» geleistet haben. Und die Diskussionen um das im Zentrum der Bundeshauptstadt wiedererrichtete Berliner Schloss und die darin künftig zu zeigenden Exponate ließen eine längst überfällige Debatte über den angemessenen

Umgang mit kolonialen Gütern entbrennen, der durch die weltweite «Black Lives Matter»-Bewegung des Jahres 2020 noch befeuert wurde. Die Kontroversen sind Ausdruck gesellschaftlicher Transformationsprozesse, die mitunter als krisenhaft empfunden werden können, wenn als natürlich gegeben geglaubte *weiße* Privilegien hinterfragt und aufgegeben werden müssen.

Die Rechten verstehen diesen Diskurs als Angriff auf ihr idealisiertes Geschichtsbild, doch brauchen sie gleichzeitig derlei Krisenszenarien, um ebenjenes Geschichtsbild ausbuchstabieren zu können. In einer Anhörung des Kulturausschusses des Bundestags zur Frage, ob Kronprinz Wilhelm von Preußen vor und während der Machtübernahme den Nationalsozialisten «erheblichen Vorschub» geleistet habe, witterte der kulturpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion Marc Jongen im Januar 2020 ein «linkes Ressentiment gegen den Adel und gegen Preußen» und monierte eine «Anti-Preußen-Stimmung». In einem «geschichtspolitischen Musterprozess» werde Preußen zum «Feindbild» erklärt. Auf der anderen Seite fällt die AfD durch plumpe Enthistorisierung des Sachverhaltes und Verharmlosung der Rolle der Hohenzollern für den Nationalsozialismus auf: Der im niederländischen Doorn im Exil lebende Ex-Kaiser und seine Söhne seien schon intellektuell nicht in der Lage gewesen, dem Nationalsozialismus «erheblichen Vorschub» geleistet zu haben. Außerdem hätte Adolf Hitler einer «italienischen Lösung» nicht zugestimmt, bei der die Monarchie unter den Nazis wiedereingeführt worden wäre, so Gauland während einer Rede im Plenarsaal des Bundestages im Januar 2020. Heute seien die Hohenzollern als «eine ganz normale bürgerliche Familie» zu betrachten, der man das Recht auf Entschädigung nicht verwehren dürfe.

Unterstützung erfährt die AfD aus Teilen der Geschichtswissenschaft. Während die im Fach anerkannten Historiker Christopher Clark

und Wolfram Pyta in ihren Gutachten die Bedeutung der Hohenzollern herunterspielen, will sich der von der CDU/CSU-Fraktion berufene Geschichtswissenschaftler Benjamin Hasselhorn im Bundestagsausschuss nicht festlegen. Ein gutes halbes Jahr zuvor ordnete er in der konservativen Zeitschrift *Cicero* die Auseinandersetzung jedoch als «Hohenzollern-Bashing» und als Ausdruck von «antiaristokratischen Ressentiments» ein. Seiner am 30. Juli 2019 in *Cicero* formulierten Ansicht nach ist die – in der Geschichtswissenschaft heute tatsächlich kaum noch vertretene – These eines deutschen Sonderwegs, der eine deutsche Abweichung von der französisch-britischen Norm der Demokratie- und Herrschaftsgeschichte behauptet, «im Grunde nichts anderes als die in die Geschichtswissenschaft eingegangene antideutsche Propaganda des Ersten Weltkriegs». In der *Neuen Zürcher Zeitung* mahnte der Historiker Hans-Christof Kraus Anfang 2020 zu mehr «Sachlichkeit und vor allem Unvoreingenommenheit», schließlich seien die Hohenzollern schon vor 1914 wenig beliebt gewesen, als sie noch an der Macht und gerade dabei waren, einen Krieg anzuzetteln, und danach für die Nazis völlig bedeutungslos geblieben. Irgendein «nennenswertes symbolisches Kapital» sei da schon, so urteilt Kraus, nicht mehr übrig gewesen.

### «Platz an der Sonne»? Die Rechte und der Kolonialismus

In die Diskussion um die Aufarbeitung des deutschen Kolonialismus und seiner Verbrechen schaltete sich die Rechte jüngst mit einer einfachen Rechnung ein: Die Kolonialherrschaft habe den ehemaligen Kolonien mehr genützt, als sie Schaden angerichtet habe. Das impliziert vor allem ein für den Kolonial-

rassismus typisches paternalistisches Bild von einem hilfsbedürftigen afrikanischen Kontinent. Die AfD-Bundestagsabgeordneten Petr Bystron und Markus Frohnmaier luden zu ihrer Veranstaltung «Bilanz des deutschen Kolonialismus» im Dezember 2019 ausgerechnet den US-amerikanischen Politikwissenschaftler Bruce Gilley ein, der argumentiert, der europäische Kolonialismus sei «both objectively beneficial and subjectively legitimate» gewesen.

### Unterstützung erfährt die AfD aus Teilen der Geschichtswissenschaft.

In seinem Vortrag behauptete Gilley unter anderem, der Verlust des kaiserlichen Pachtgebietes Kiautschou in China, de facto eine deutsche Kolonie, habe schlussendlich zur Herrschaft der Kommunistischen Partei über China und damit zur Unterdrückung von Millionen geführt. Im Sommer 2020 reichte die AfD-Fraktion einen Antrag mit dem Titel «Restitution von Sammlungsgut aus kolonialem Kontext stoppen» im Bundestag ein, der das Ende jedweder Restitutionsverhandlungen für das im Zuge des europäischen Kolonialismus zusammengetragene museale Sammlungsgut einforderte. Die AfD fürchte, hieß es begründend, dass durch etwaige Rückgaben der Gegenstände an die Herkunftsländer «ein Prozess in Gang gesetzt [wird], der zu einem Dominoeffekt führen kann, sprich zu einer sukzessiven Ausdünnung des Sammlungsbestandes der europäischen Museen». Wenn es um koloniale Raubkunst geht, pochen die rechten EU-Feind\*innen plötzlich auf «Europa».

Die Bedeutung der aktuellen Hohenzollern- und Kolonialismus-Debatten für die Rechte kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden, wie der Historiker Eckart Conze zuletzt herausgestrichen hat. Denn die von Gauland als «Vogelschiss» bezeichnete Herrschaft des Nationalsozialismus von 1933 bis 1945 muss ausgespart und marginalisiert werden, um ein Kontinuum der deutschen Nation von 1870/71

bis in die Gegenwart und damit eine Normalisierung des Kaiserreichs in der deutschen Geschichte zu erreichen. Gleichzeitig werden von rechter Seite – business as usual – verlorener Erster Weltkrieg, Novemberrevolution, Versailler Vertrag und natürlich die Kommunist\*innen als Ursachen des nationalsozialistischen Aufstiegs hervorgehoben. Letztlich seien an den Nazis ja doch die anderen schuld.<sup>11</sup> Das Hochjubeln der angeblichen zivilisatorischen Errungenschaften des deutschen Kolonialismus transportiert nicht nur ein rassistisches Weltbild, sondern weist auch auf mögliche außen- und handelspolitische Ambitionen der Rechten hin. Entschädigungen ehemaliger Kolonien für Länder des globalen Südens werden strikt abgelehnt und Entwicklungshilfen sollen den geopolitischen Zielen Deutschlands dienen. Währenddessen werden die Ressourcen dieser Länder ausgebeutet, deren Bürger\*innen als Billigarbeitskräfte dienen.

## Schluss

Die Konstruktion einer Jahrhunderte währenden – die Rechten meinen: tausendjährigen – historischen und kulturellen Identität ist eine Voraussetzung für den rassistischen Ausschluss derjenigen, die nicht dazugehören sollen. Das so hergestellte «Wir», dem man sich «kulturell» zuordnet, ermöglicht eine Abgrenzung von den ethnisierten «Anderen».

Für die Rechte sind die Sehnsuchtsorte «Preußen», «Abendland», «Reich», «Kaiserreich» usw. in verschiedener Hinsicht eminent: Erstens stellen sie gesellschaftliche Anschlussfähigkeit her, rekurrieren sie doch auf durchaus anerkannte «Erinnerungsorte», die in den verschiedenen Nation-Building-Prozessen in der deutschen Geschichte von ganz verschiedenen politischen Akteuren immer wieder bemüht wurden. Zweitens dienen sie der funktionalen Absicht der Rechten, die aus ihrer Perspektive zu Unrecht etablierte erinnerungskulturelle Hegemonie des Gedenkens

an die nationalsozialistischen Verbrechen, durch Akzentuierung «positiver» historischer Ereignisse der deutschen Geschichte zu relativieren, eine historische Verbindung zwischen Kaiserreich und «Drittem Reich» zu verneinen und den Nationalsozialismus als «Betriebsunfall» auszuklammern. Drittens haben sie das Potenzial, einer geschichtspolitischen Amalgamierung der Rechten nach innen, denn während über die Bewertung und folglich den Umgang mit dem Nationalsozialismus in den diffusen Spektren des bundesdeutschen Nationalismus kaum Einigkeit herrscht, besteht ein zumindest oberflächlicher Konsens hinsichtlich der Traditionsbildung der «deutschen Nation». Viertens lassen sich über den auf den ersten Blick «weichen» oder sekundären ideologischen Teilbereich der Geschichtspolitik «harte» bzw. primäre Ideologieelemente wie Rassismus, Antisemitismus und Sozialdarwinismus kommunizieren. Fünftens ist die Rechte auf der Handlungsebene gerade über historische Bezüge und Topoi in der Lage, aktuelle Themen diskursiv aufzugreifen und dabei gesellschaftlich verbreitete Bilder abzurufen.

<sup>1</sup> Priester, Karin: Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon, Frankfurt a. M. 2012, S. 67; Taggart, Paul: Populism and the Pathology of Representative Politics, in: Mény, Yves/Surel, Yves (Hrsg.): Democracies and the Populist Challenge, Basingstoke 2002, S. 62–80, hier S. 68. <sup>2</sup> Detering, Heinrich: Was heißt hier «wir»? Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten, 6., erg. Aufl., Ditzingen 2019, S. 21. <sup>3</sup> Marx, Karl: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte [1852], 2. Aufl., Hamburg 1869, S. 1. <sup>4</sup> Greiffenhagen, Martin: Die Aktualität Preußens, Frankfurt a. M. 1981, S. 16. <sup>5</sup> Hammel, Claus: Die Preußen kommen. Komödie, Berlin 1982. <sup>6</sup> Langebach, Martin/Sturm, Michael (Hrsg.): Erinnerungsorte der extremen Rechten, Wiesbaden 2015. <sup>7</sup> Weiß, Volker: Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Hamburg 2017, S. 44–48. <sup>8</sup> Der italienische Faschistenführer Benito Mussolini prophezeite im Jahr 1932 ein «faschistisches Jahrhundert»; vgl. Griffin, Roger: Der «nationale Sozialismus» des Faschismus. Mussolini sagte ein faschistisches Jahrhundert voraus. Wie falsch lag er?, in: Burschel, Friedrich (Hrsg.): Das faschistische Jahrhundert. Neurechte Diskurse zu Abendland, Identität, Europa und Neoliberalismus, Berlin 2020, S. 25–37. <sup>9</sup> Faber, Richard: Ewiges Abendland? Ein historischer Rückblick aus aktuellem Anlass, in: ders./Briese, Olaf (Hrsg.): Heimatland, Vaterland, Abendland. Über alte und neue Populismen, Würzburg 2018, S. 171–199, hier S. 183. <sup>10</sup> Korsch, Felix: «Deutschland ist Abendland». Anmerkungen zu Ideengeschichte und Wiederkehr eines Kampfbegriffs, in: Burschel (Hrsg.): Das faschistische Jahrhundert, S. 39–110, hier S. 81. <sup>11</sup> Conze, Eckart: Schatten des Kaiserreichs. Die Reichsgründung von 1871 und ihr schwieriges Erbe, München 2020, S. 250 f.

Sebastian Bischoff und Anna Schiff

## (NIEMALS) ZURÜCK IN DIE 1950ER JAHRE GENDER UND SEXUALITÄT IN RECHTER GESCHICHTSPOLITIK

Die Rückbesinnung auf eine bessere Vergangenheit hat einen besonderen Stellenwert innerhalb rechter Rhetorik: von «Make America great again» (Donald Trump/Republikaner, USA), über «Take back control of our country» (UKIP, Großbritannien) und «Remettez la France en ordre» (Rassemblement National, Frankreich) zu «Hol dir dein Land zurück» (AfD). Aber in welche Zeit soll mit dieser kämpferisch-nostalgischen Rhetorik eigentlich zurückgekehrt werden? Geht es um die Verhandlung von Geschlecht und Sexualität, so scheint die Antwort zunächst klar – zurück in die 1950er Jahre. Zurück in eine Zeit, bevor das wiederholt bemühte Feindbild soziale Bewegungen (Feminismus, 68er) politischen und gesellschaftlichen Einfluss gewinnen konnte. Zurück zur traditionellen Kleinfamilie, zurück zum Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen, zurück zu *natürlichen* Geschlechterrollen. Aber auch zurück zu einer Tabuisierung und Stigmatisierung von Sexualität? Zurück zu einer Politik (fast) ohne Frauen?

In Bezug auf diese Fragen lassen sich durchaus Ambivalenzen in den zentralen antifeministische Diskursorgane der Rechten – *Compact* bzw. *Compact-Geschichte*, *Sezession* und *Junge Freiheit* ausmachen.<sup>1</sup> Einerseits dient die diffus gefasste Zeit vor «1968» als eine Art rückwärtsgewandte Utopie, positiv gekennzeichnet durch klare, *natürliche* Geschlechterrollen und ein beziehungs- oder vielmehr eheorientiertes Verständnis von Sexualität, kurzum: einer sittlicheren Zeit. Andererseits werden die Errungenschaften sozialer Bewegungen aus ebenjener Zeit in Teilen rechter Rhetorik zu einem Ausweis deutscher bzw. europäischer Liberalität stilisiert und meist gegen Muslim\*innen ins Feld geführt, deren Migration und Kinderzahl drohen, die

Deutschen zurück ins Mittelalter zu katapultieren.

### «Große Männer» für den «kleinen Mann»

«Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte umfasst.» So steht es im Parteiprogramm der AfD. Doch was oder vielmehr wer stiftet diese positive Identität und an wen richten sich diese Angebote? Schlägt man in den Gesamtdarstellungen deutscher Geschichte des AfD-Politikers Alexander Gauland nach oder in den mittlerweile 13 Ausgaben *Compact-Geschichte* des rechten Magazins *Compact*, so findet man schnell eine Antwort: deutsche Männer und ihre Heldentaten. Der Titel der ersten Ausgabe von *Compact-Geschichte* lautete nicht von ungefähr «1000 Jahre Deutsches Reich. Unsere Geschichte, unsere Leistungen, unser Stolz». Die Betonung des Nationalen, der Fokus auf Politikgeschichte und hier wiederum auf diejenigen Männer, die diese Politik machten, ist für sich genommen kein originäres Element rechter Geschichtsnarrative oder -politik. «Große Männer» standen bis weit in die 1970er Jahre im Zentrum von Geschichtswissenschaft und -vermittlung und prägen sie in Teilen heute noch. Die ZDF-Dokumentation «Die Deutschen» aus den Jahren 2008 und 2010 präsentierte eine in Teilen ebenfalls heroische Erzählung und widmete gerade mal zwei ihrer zwanzig Folgen Frauen (Hildegard von Bingen und Rosa Luxemburg). Nationale Heldengeschichten auszubauen und hochzuhalten ist eine Form von rechter Geschichts-

erzählung, die durchaus anschlussfähig ist an Überzeugungen und Vorstellungen der Mehrheitsgesellschaft. Was *Compact-Geschichte* von «Die Deutschen» unterscheidet, ist die offensive – um nicht zu sagen: aggressive – Betonung des homogen gedachten «Wir» sowie die Behauptung, die deutsche Geschichte sei vor 1933 friedlicher als die anderer Nationen verlaufen. So wird etwa im Vorwort der 2017 erschienen ersten Ausgabe der Reihe behauptet: «Unser Vaterland hat in den 1000 Jahren seiner Geschichte vor 1933 keine Scheusale wie Zar Iwan den Schrecklichen, keine geifernden Hassprediger wie Robespierre, keine Bartholomäusnacht, keine barbarischen Gewaltherrscher wie Heinrich VIII. oder Gangsterbosse wie Al Capone hervorgebracht.»

Anders als der institutionalisierte geschichtliche Androzentrismus, der alles Männliche wie selbstverständlich zur Norm erhebt, ist rechte Geschichte nicht eine Geschichte von Männern für alle, sondern eine Geschichte von Männern im Kampf gegen andere Männer. Diese *anderen*, fremden Männer sind ein konstitutives Element rechter Geschichtspolitik. Ihre vorgeblichen barbarischen Schreckenstaten stehen im scharfen Kontrast zu den «Leistungen» «unserer» Männer, die angeblich nicht genügend Würdigung erfahren würden. Diese Version der Geschichte schafft ein Rollenangebot insbesondere für diejenigen (Männer), die die Dezentralisierung männlicher Vormachtstellungen mit einer Abwertung und Verdrängung verwechseln.

Ist rechte Geschichtspolitik damit primär ein Angebot von Männern für Männer? Vor dem Hintergrund, dass es vor allem Männer sind, die rechte Politik machen und wählen, erscheint dies naheliegend und der oben beschriebene Fokus auf Männer bestätigt das zunächst.<sup>2</sup> Frauen haben allerdings durchaus eine tragende Rolle innerhalb rechter Geschichtsnarrative. Sie sind es, die Männer erst zu *echten* Männern machen – also Männer, die *ihre* Frauen vor *anderen* Männern be-

schützen. Derart als schutzbedürftig definiert, werden Frauenkörper zum Symbol der Nation, insbesondere dann, wenn es um (sexualisierte) Gewalt<sup>3</sup> gegen deutsche Frauen in der Nachkriegszeit geht. So heißt es in der bereits erwähnten *Compact*-Ausgabe: «Schon in der Schule lernen die Kinder, dass man fremde Besatzungssoldaten, Massenvergewaltiger und Bombenschützen als Befreier zu jubeln hat und dass der deutsche Michel [...] zum größten Verbrecher der Menschheitsgeschichte mutiert ist.»

Den «Verbrechen an Deutschen» widmete *Compact-Geschichte* 2019 ein eigenes Heft, da diese angeblich *das* Tabu des 20. Jahrhunderts seien, insbesondere sexualisierte Gewalt gegen Frauen. Die «geschändeten Fräuleins» sind hier eine Projektionsfläche, denn die «sexuellen Verbrechen» werden von *anderen*, von *fremden* Männern begangen – den «Rotarmisten» und «Westalliierten». Wie auch bei der pseudofeministischen Social-Media-Kampagne «120 Dezibel»<sup>4</sup> wird das originär feministische Thema Gewalt gegen Frauen vereinnahmt und für rassistische Deutungsmuster instrumentalisiert. Historische Frauen als Opfer *anderer* Männer zu konstruieren und nicht etwa der eigenen Geschichte patriarchaler Unterdrückung zuzuordnen erlaubt es zudem, einen Bezugsrahmen zu entwerfen, innerhalb dessen Männer und Frauen durch eine gemeinsame Geschichte vereint sind. Diese (sachlich falschen) Geschichtsbilder richten sich entsprechend sowohl an Männer als auch an Frauen. Pointiert ausgedrückt, finden die Geschlechter in Rassismus und Antisemitismus ihr (historisches) Wir.

### **Trümmerfrauen stehen ihren Mann**

Das Einbeziehen von Frauen in rechte Geschichtspolitik ist vor dem Hintergrund der vermehrten Sichtbarkeit rechter Frauen zu betrachten. Denn aller antifeministischen Diffamierungen zum Trotz – Frauen (in Führungs-

positionen) gibt es auch in der Rechten, mit zunehmender Tendenz.<sup>5</sup> Nicht nur das, sie thematisieren sogar Sexismus in den eigenen Reihen. Die AfD-Bundestagsabgeordnete Corinna Miazga beispielsweise machte beim AfD-Parteitag im Dezember 2017 in Hannover den Sexismus ihres Parteikollegen Petr Bystron, Chef des bayerischen Landesverbandes, öffentlich. Lauren Southern und Brittany Sellner (ehem. Pettibone), Aushängeschilder der US-amerikanischen Alt-Right (engl. Abkürzung für Alternative Right) erklären auf ihren YouTube-Kanälen, dass sie zwar gegen Feminismus seien, aber dennoch als politische Aktivistinnen ernst genommen werden wollen.

*Compact-Geschichte* hat den «klügsten und tapfersten» deutschen Frauen 2019 eine eigene Ausgabe (Heft 6) gewidmet, mit einer blonden Jeanne

d'Arc als «Titelmädel». Das Editorial warnt: «Feministinnen, aufgepasst! [...] Die folgenden Beiträge könnten unverhohlen frauenfeindlich ausfallen. Aus heutiger dominierender neomarxistischer Betrachtungsweise ohnehin.» Verantwortlich für das Themenheft ist Jan von Flocken. Der Historiker und ehemalige *Focus*-Redakteur ist einer der führenden Autoren der Reihe und schreibt auch für die *Junge Freiheit*. 2015 war er Referent eines «Lesertreffens» der extrem rechten Zeitschrift *Zuerst!*

In diesem Heft wird der Feminismus einerseits diskreditiert, andererseits finden sich dort auch positive Bezüge auf die Errungenschaften der Frauenbewegung. Und mehr noch: Die Würdigung und Anerkennung von historischen Frauen werden offensiv gefordert – auf sehr spezifische Weise. Ein Beispiel dafür ist Jan von Flockens Beitrag zu «Trümmerfrauen», der mit den Worten endet: «Manchmal schämt man sich, in Deutschland zu leben ...» Scham verursachen hier nicht die Verbrechen des Nationalsozialismus, sondern «eine füh-

rende Funktionärin der bayerischen Grünen», die versucht habe, das Andenken an die Trümmerfrauen zu beschmutzen.<sup>6</sup> Kein Einzelfall. AfD und NPD – aber auch CSU und FDP – haben in den letzten Jahren immer wieder lokalpolitische Versuche einer kritischeren Auseinandersetzung mit der Figur der Trümmerfrau skandalisiert. Sie positionierten sich dabei für den Erhalt bereits bestehender Denkmäler, inszenierten Gedenkfeiern (unter anderem in München und Dresden) und forderten öffentlichkeitswirksam die Schaffung neuer Gedenkort, etwa in Kassel (auf Antrag der AfD-Fraktion), Berlin (auf Antrag der FDP-Fraktion) und Nürnberg (auf Antrag der CSU-Fraktion).

---

### **Trümmerfrauen hätten, so die Botschaft, mehr ihren Mann gestanden als die «fremden» Männer heute.**

Die Figur der Trümmerfrau steht im geschichtspolitischen Diskurs der Rechten für eine sehr spezifische Form der Weiblichkeit, die sich durch eine klaglose Opferbereitschaft für Volk und Vaterland auszeichnet. Entsprechend fungiert die Trümmerfrau als eine Kontrastfigur zu heutigen Frauen, insbesondere zu Feministinnen. So kommentierte etwa Sven Felix Kellerhoff, leitender Redakteur für Zeit- und Kulturgeschichte der *Welt*, in einem im März 2018 erschienenen Welt-Online-Artikel, dass «manche Genderhistorikerinnen versuchten, den positiven Mythos der «Trümmerfrauen» zu zerstören».

Die Trümmerfrau ist eine Form der rückwärts-gewandten Utopie. Sie ist die Personifikation eines rechten Weiblichkeitsentwurfs, für den in den sozialen Medien unter dem Hashtag #tradwives (traditionelle Frauen) geworben wird – allen voran von Brittany Sellner. In ihrem Buch «What makes us girls» plädiert die Ehefrau von Martin Sellner, Mitbegründer der extrem rechten Identitären Bewegung in Österreich, für eine Rückbesinnung auf *weib-*

liche Tugenden: Mutterschaft, Ehe, Schönheit. Feminismus hingegen entzweie die Geschlechter und mache Frauen wie Männer unglücklich.<sup>7</sup> Auf Deutsch ist Pettibones Buch im rechten Antaios Verlag in der Übersetzung von Ellen Kositzka unter dem Titel «Jung, weiblich, rechts» erschienen. Auf der Verlagsseite beworben wird das Buch als eine Emanzipationsgeschichte: «Wie ist es, als junge Frau in einer Männerdomäne unterwegs zu sein und von vornherein nicht ganz ernst genommen zu werden? Wie setzt man sich trotzdem durch?» Obwohl darin die Rückbesinnung auf eine traditionelle Frauenrolle gefordert wird, bedeutet dieses Zurück hier keinesfalls – nicht einmal in Ansätzen – in eine Zeit vor den Errungenschaften des Feminismus zurückkehren zu wollen. Frauenrechte seien es nämlich, so nicht nur Pettibone, die «den Westen» vom Islam unterscheiden würden.

Eine Instrumentalisierung für rassistische Realpolitik findet sich auch im Diskurs um die Trümmerfrau, wenn diese zu einer Kontrastfigur zu geflohenen Menschen, insbesondere männlichen, stilisiert wird. Der NPD-Kreisverband Vorpommern-Greifswald echauffierte sich im Januar 2018 anlässlich eines in der Lokalzeitung veröffentlichten Porträts über einen nach Deutschland geflohenen jungen Mann auf seiner Webseite: «Wären unsere Trümmerfrauen auch solch egoistischen Sehnsüchten gefolgt, läge Deutschland heute noch in Ruinen. So wie heute Syrien, da Mohammed W. und Konsorten keine Lust auf Wiederaufbau haben.» Ähnlich äußerte sich der AfD-Funktionär Jörg Meuthen im November 2018 auf seiner Facebook-Seite: «Syrer [...] müssen dann in diese Teile ihres Landes heimkehren und am Wiederaufbau mitwirken. Sie können sich hierbei ein Vorbild nehmen an den deutschen Trümmerfrauen und ihren Entbehrungen, die selbige nach den Verheerungen des Zweiten Weltkriegs zum Wiederaufbau ihrer Heimat klaglos und unendlich fleißig auf sich genommen haben.» Trümmerfrauen hätten,

so die Botschaft, mehr ihren Mann gestanden als die *fremden* Männer heute. Eine nationalistisch-heroische Geschichtserzählung dient damit als Argument für eine heutige rassistische Position.

Der Bezug auf die Trümmerfrauen passt auch in zeitlicher Hinsicht, denn die Nachkriegszeit nimmt einen besonderen Stellenwert ein, wenn es um die Schaffung (kompensatorischer) Identifikationsangebote für Frauen geht. «Zurück in die 1950er Jahre» heißt aus dieser Perspektive eine Rückkehr in eine Zeit, als Deutschland vermeintlich keine Migrationsgesellschaft war. So werden ausgerechnet die 1950er Jahre vielfach zu einem Ausweis westlicher Liberalität und gegen den Islam ins Feld geführt. Die Schweizer Antifeministin Tamara Wernli beispielsweise stellt in ihrem YouTube-Video «Zerstört die Scharia alles?» ein Frauenporträt von 1954 einer Burka tragenden Frau gegenüber. Das historische Porträt stammt aus der Facebook-Gruppe «Before Sharia spoiled everything», die Alltagsszenen – allen voran von Frauen in Miniröcken – vor der iranischen Revolution zeigen. Die Gründer wollten mit der Gruppe eine Plattform gegen Stereotypisierungen und antimuslimischen Rassismus schaffen, wie sie der *Berliner Zeitung* erklärten. Wo Wernli ein neues Framing zu setzen versucht, instrumentalisiert sie Geschichte im Sinne ihrer gegenwartsbezogenen, rassistischen – und höchstens nachrangig feministischen – Agenda.

### **Rechte Perspektiven auf die «sexuelle Revolution»**

Die Verklärung der «deutschen Frau von 1954» als Idealbild der Weiblichkeit sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die seit den 1950er Jahren vollzogene gesellschaftliche Modernisierung in sexuellen Fragen auch an der west- und dann gesamtdeutschen Rechten nicht spurlos vorbeigegangen ist. Diese Modernisierung wird vielfach als



Prozess der Liberalisierung verstanden, der stark von einer «sexuellen Revolution» im Zuge der 68er-Bewegungen beeinflusst worden sei. Konstatiert werden kann, dass sich viele der politischen Bewegungen in der BRD um «1968» Momente sexueller Befreiung auf die Fahnen geschrieben hatten und sie sicherlich auch bei Liberalisierungsprozessen eine Rolle spielten. Zugleich war diese «sexuelle Revolution» ein Prozess, der bereits zu Beginn der 1960er Jahre insbesondere in Form zunehmender kapitalistischer Inwertsetzung erotischer Reize einsetzte und den zahlreiche Protagonist\*innen der Linken deswegen durchaus kritisch betrachteten:<sup>9</sup> Neuen Freiheiten stünden an anderer Stelle umso größerer Freiheitsentzug und neuer gesellschaftlicher Druck entgegen. Wo Sexualität vorher zugeschrieben wurde, versteinerte Strukturen aufbrechen zu können, wirke sie nun in der Wahrnehmung zahlreicher Linker – eingemeindet in gesunde Lebensplanung, Trimm-Dich- und Fitnesskult – systemstabilisierend und sei jeder revolutionären Sprengkraft beraubt. Zu vermeintlichen Aufklärungsfilmern eines Oswalt Kolle, von Sexshops einer Beate Uhse und von positivistischen Bestsellern wie dem Kinsey-Report hielten viele Linke deswegen deutliche Distanz.

Nichtsdestotrotz erscheinen sexuelle Liberalisierungsprozesse und 68er-Bewegungen heute in der Rückschau für viele als ein und dasselbe Phänomen. Auch große Teile der politischen Rechten sahen und sehen das so und betonen des Öfteren diese vermeintliche Einheit der Phänomene, um die Linke für eine angeblich allgegenwärtige «Hyper-Sexualisierung» verantwortlich zu machen. Diese Position ist die immer noch in der (extremen) Rechten der BRD am häufigsten vertretene zur «sexuellen Revolution». Doch in letzter Zeit häufen sich Beispiele, in denen sich rechte Stimmen positiv auf die Geschichte der Frauenbewegung oder die «sexuelle Revolution» beziehen.

### **Klerikale Positionen: «sexuelle Revolution» als Sünde**

Zunächst zum breiten Spektrum derer, die die «sexuelle Revolution» negativ beurteilen und das von Angehörigen rechter religiöser Zusammenhänge über Rechtskonservative bis hin zur extremen Rechten reicht.

Dass die religiöse Fraktion der Rechten ein Problem mit der Sexualität hat, wird wenige erstaunen, zwei Beispiele sollen dies aber kurz veranschaulichen. So ließ der ehemalige Papst und Rechtsklerikale Joseph Ratzinger, dem selbst vorgeworfen wird, bei sexuellem Missbrauch von Kindern durch Priester «die Vertuschungspraxis seiner Kirche» gefördert zu haben,<sup>9</sup> im April 2019 zu dem «Skandal des sexuellen Missbrauchs» über das Internetportal der katholischen Kirche in Deutschland verlauten: «die Sache beginnt mit der vom Staat verordneten und getragenen Einführung der Kinder und der Jugend in das Wesen der Sexualität», also dem schulischen Sexualkundeunterricht. Die 68er-Bewegung habe dann die «völlige sexuelle Freiheit, die keine Normen mehr zuließ», durchgesetzt, zur «Physiognomie der 68er Revolution» habe schließlich gehört, «dass nun auch Pädophilie als erlaubt und als angemessen diagnostiziert wurde». Dass die Forderung nach Legalisierung pädosexueller Kontakte in der Linken immer eine Minderheitsposition darstellte und auch vehement von feministischen Bewegungen bekämpft wurde, findet keine Erwähnung. Auch dass der Sexualkundeunterricht Kinder aufklären und ihnen helfen soll, ihre körperlichen Grenzen wahrzunehmen, fällt hier unter den Tisch. Nach Ratzinger zeige sich vielmehr eine «diese Jahre» kennzeichnende «Gewaltbereitschaft», die «mit diesem seelischen Zusammenbruch», also der Frage der sexuellen Revolution im Allgemeinen und der Pädosexualität im Besonderen, «eng verbunden» sei. So sei «in Flugzeugen kein Sexfilm mehr zugelassen [worden], weil in der kleinen Gemeinschaft der Passagiere Gewalttätigkeit ausbrach».

So aberwitzig die letztere Anekdote auch erscheint – welche Airline nutzte Ratzinger, in der diese erregten Fäuste flogen? –, sie selbst belegt einmal mehr die in rechtsklerikalen Kreisen herrschende Vorstellung einer «gefährlichen Sexualität». Die von Gott geschaffenen Normen, um sie in Schranken zu weisen, habe die «Revolution von 1968» zerstört, was offenbar «die Gewaltbereitschaft, die diese Jahre kennzeichnete» – meint er Vietnam-Flächenbombardements?, NPD-Wahlsiege?, Heintje-Hits? – begründete. Vertreter\*innen des rechten Flügels muslimischer Gemeinden in Deutschland, in diesem Fall die dem türkischen Präsidenten unterstellten «Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DİTİB)», haben keine hiervon abweichende Vorstellung von Sexualität. Ein Freitagsgebet der DİTİB-Zentralmoschee Köln, das auf der eigenen Facebook-Seite im Dezember 2017 veröffentlicht wurde, fordert die gleiche «Keuschheit» ein, denn diese sei «eine ethische Tugend, die gewährleistet, dass man sich innerhalb des Rahmens, der von der Religion festgelegt ist, bewegt», man müsse deswegen «Sexualität trotz des Verlangens des Egos» bändigen. Doch diese «Werte» würden «in der heutigen Gesellschaft zunehmend degenerieren».

### Die «sexuelle Revolution» und die extreme Rechte

Der Begriff «Degeneration» verweist auf Überschneidungen der verschiedenen rechten Begründungszusammenhänge bei der Verdammung der «sexuellen Revolution», denn auch Rechtskonservative sprechen von der «sexuellen Sünde» und auch eine extreme Rechte wie Ellen Kositzka zeichnet in ihrem im August 2015 erschienenen Artikel in der *Sezession* ein Schreckensbild «einer durch und durch aufgeklärten, rationalisierten, religiös befreiten Gesellschaft». Mögen die Grenzen zwischen den Auffassungen von Klerikalen, extremen Rechten und Rechtskonservativen hier fließend sein, so macht eine analytische Tren-

nung gleichwohl Sinn, denn es treten doch verschiedene Arten der Verdammung der «sexuellen Revolution» in den politischen Lagern mit unterschiedlicher Häufigkeit auf.

In der extremen Rechten findet sich inzwischen eine Vielzahl von Positionen bezüglich der «sexuellen Revolution», doch die dort am häufigsten geäußerte Sorge gilt, wen wundert es, dem Wohl der Nation. Wenn 1968 in der lange Zeit zentralen extrem rechten Zeitschrift *Nation Europa* angesichts einer «Generation mit der Pille» vor «einem ungezügelter Sexualleben» gewarnt wurde, war der historische Bezug immer klar: «Wie einst im imperialen Rom, so hat jetzt in den gestern noch imperialistischen Ländern Europas hinter goldener Fassade der moralische und biologische Zerfall eingesetzt.»<sup>10</sup> Der raunende Bezug auf die «dekadente Antike» findet sich auch heute immer wieder, doch wird er zunehmend um andere Bezüge ergänzt. Schon im Juli 1998 behauptete die *Junge Freiheit*, die «sexuelle Revolution» sei ein «Kernpunkt der utopischen Gesellschaftsmodelle der 68er. Schafft sie es nicht, die Gesellschaft zu sexualisieren, dann kann man das gesamte Projekt als gescheitert ansehen.» Denn, so das rechte Narrativ, der Linken ginge es darum, durch «Schwächung der Familie den totalitären Staat aufzubauen, um eine Gesellschaft auf der Basis von selbstverwalteten, familienlosen Kommunen zu errichten». Die sexuelle Revolution stehe – so sehen es diese Fraktionen der extremen Rechten – hinter mannigfaltigen Phänomenen der kapitalistischen Moderne und betreibe die Auflösung aller Autoritäten, insbesondere der väterlichen. Menschen wären dadurch leichter manipulierbar, die Folge wäre das Ende der Kulturentwicklung und der Wehrhaftigkeit der eigenen Nation, letztlich das Ende Deutschlands.

### Nur nicht unmodern wirken!

Eine Scharnierfunktion zwischen solchen radikal-nationalistischen und rechtskonservativen Strömungen zu Fragen der Sexualität nimmt

das CDU-Mitglied Birgit Kelle ein, die als Publizistin sowohl für die *Welt* als auch für die *Junge Freiheit* schreibt. Auffällig ist, dass Kelle stets die vorletzte Errungenschaft gutheißt, die von feministischen und sexuellemanzipatorischen Bewegungen erkämpft wurde. So schrieb sie 2013 in ihrem im Rahmen der #aufschrei-Debatte veröffentlichten Buch über sexistisches Verhalten in der Öffentlichkeit, warum denn Frauen, wenn es denn tatsächlich so ein «massives, flächendeckendes Sexismus-Problem» gäbe, sich darüber nicht beschwert hätten, denn es säße doch heute überall «eine Frauenbeauftragte, die für so etwas ansprechbar wäre». Indem sie die Einrichtung von Frauenbeauftragten, wenn auch mit gewohnt ironischem Unterton, als Errungen-

---

### **Was im feministischen Gewand daherkommt, ist der ewig alte rechtskonservative Widerstand gegen die Liberalisierung von Lebensverhältnissen.**

schaft darstellt, will sie vergessen machen, dass diese erst in langen Kämpfen gegen konservative Widerstände erstritten wurden. Deutlicher fällt dies im positiven Bezug auf die «sexuelle Revolution» aus, wenn Kelle in ihrem Buch schreibt: «Es ist nicht die Sache der Moralisten, der Kirche oder der Männer, uns zu sagen, was wir dürfen und was nicht. Das sind die positiven Seiten der sexuellen Revolution und der Emanzipation. Wir dürfen uns also zeigen als Frauen von heute.» Demgegenüber würden die Linken, so Kelle, wiederholt über das Ziel hinausschießen, sodass es mittlerweile notwendig sei, «für das Recht von Müttern, einfach glücklich Mütter sein zu dürfen», zu kämpfen. Was hier im feministischen Gewand daherkommt, ist der ewig alte rechtskonservative Widerstand gegen die Liberalisierung von Lebensverhältnissen, der immer auch mit dem Argument geführt wurde, Frauen, die der

Norm entsprächen, würden vom angeblich totalitären Feminismus an ihrem ganz persönlichen kleinen Glück gehindert.

### **Treppenwitz der Geschichte: die «sexuelle Revolution» als Ausweis deutscher Liberalität**

Das Bedürfnis, nicht als unmodern zu gelten, teilt Birgit Kelle mit Fraktionen der extremen Rechten, die seit dem Sommer der Migration 2015 begonnen haben, sich zu rassistischen Zwecken positiv auf die «sexuelle Revolution» zu beziehen. So erinnert sich ein Facebook-User 2019 unter einem Post der AfD-Politikerin Alice Weidel über «Sexualgefährder aus dem Ausland» noch «an Zeiten, da haben wir uns noch «oben ohne» im Freibad gesonnt:

Wo sind die hart erkämpften Freiheiten hin????». Ein anderer schreibt, in «den 70-ern und 80-ern hätte auch ich NICHT für möglich gehalten, dass 30 Jahre später die 50-er wieder vor der Tür stehen!») Auch Debatten in *Compact* gehen vielfach in diese Richtung. So schreibt die *Compact*-Autorin Iris N.

Masson 2019 zuerst in Reaktion auf die zitierte Äußerung Joseph Ratzingers auf ihrer Facebook-Seite, es sei eine «anmaßende Behauptung, die sexuelle Revolution sei schuld an dem Kindesmissbrauch durch Priester». Auch wenn der ansonsten vollständige Abdruck des Facebook-Posts von Masson in *Compact* im April 2019 den zitierten Satz auslöst und nur von Ratzingers «Einschätzung» spricht, die angesichts der Missbrauchsvorwürfe «zu einer ungunstigen Zeit» käme, und auch antikatholische Spitzen in der deutschen Rechten immer beliebt waren, lässt sich hier doch ein neuer Ton feststellen. So führt *Compact* im Oktober 2020 zunehmend erkämpfte sexuelle Freiheiten ins Feld, um gegen Migrationsbewegungen aus muslimisch geprägten Ländern zu argumentieren: Es sei «nur noch eine Frage der Zeit [...], bis Miniröcke, ausgeschnittene Blusen und kurze Hosen zugunsten des Niqabs

aus dem Straßenbild verschwinden». Bezeichnend zwei Online-Kommentare zu diesem Artikel: Während der eine sich in die Zeit vor der «sexuellen Revolution» zurückversetzt fühlt («Willkommen im Kalifat bzw. Anno 1950!»), erinnert der andere an die damaligen Auseinandersetzungen: «Hier geht es um Rechte, die in Mitteleuropa lange erkämpft wurden.» Dass die 1950er Jahre ohne Widerspruch in rechten Posts und Periodika nicht mehr als Sehnsuchtsort, sondern als verstaubte Vorzeit dargestellt werden können, zeugt von einer zumindest semantischen sexualpolitischen Modernisierung. Und auch wenn es sich hier sicherlich vorrangig um einen strategischen Bezug zu einem historischen Phänomen handelt, scheint sich doch darin, dass sich manche in der Rechten befleißigen, aufgeklärt-liberal zu argumentieren, ein Modernisierungsbedürfnis auszudrücken.

Jedoch muss immer wieder auf die Ambivalenzen hingewiesen werden. So schreibt *Compact*-Herausgeber und Ex-Maoist Jürgen Elsässer 2015 im Editorial, «das Verhältnis der Geschlechter [sei] in den Stürmen der sexuellen Revolution verwüstet worden, die allgemeine Käuflichkeit hat alle Werte vernichtet». Aber wichtiger scheint ihm dann doch etwas anderes: der Kampf gegen Muslim\*innen. 2016 schreibt er abermals im Editorial: Man müsse dagegen kämpfen, dass die Deutschen unter die «Scharia» gezwungen werden, betroffen wären dann alle, «die warmen Brüder und die heißen Pussies, die Christen und die Juden, die Kommunisten und die Nationalisten. Wann erkennen wir, dass wir uns gegen diese Gefahr zusammenschließen müssen?» Die «sexuelle Revolution» als Ausweis der Li-

beralität Deutschlands, um den «rassisch Anderen» Spießermoral bis Unzivilisiertheit vorwerfen zu können, stellt eine weitere geschichtspolitische Volte von Teilen der aktuellen extrem rechten Bewegungen dar. Abzuwarten bleibt, ob diese Fraktionen hierfür in 20 Jahren die Reform des Personenstandsrechts und die Einrichtung von Unisex-Toiletten nutzen werden, die sie heute noch als «Gender-Gaga» verteufeln.

Der Blick zurück ist innerhalb rechter Geschichtspolitik ein ambivalenter und in Teilen widersprüchlicher. Die Trümmerfrau wird als eine Figuration idealer Weiblichkeit konstruiert und heute gegen «Neomarxistinnen» und «Genderhistorikerinnen» ins Feld geführt. Gleichzeitig werden die Errungenschaften sozialer Bewegungen, die antraten, um ebenjenes Frauenideal der 1950er Jahre zu dekonstruieren und Freiräume in Lebensentscheidungen zu erkämpfen, als ein Ausweis deutscher bzw. europäischer Liberalität stilliert und gegen Muslim\*innen bzw. als muslimisch gelesene Menschen vorgebracht. Ähnlich verhält es sich mit der «sexuellen Revolution», die ebenfalls sowohl die Ursache eines postulierten heutigen sittlichen Verfalls als auch zugleich Ausweis angeblich originär westlicher Werte sei, die es vor den rassistisch als die anderen Markierten zu schützen gelte. Die 1950er Jahre dienen damit im Kontext rechter Geschichtspolitik zwar als ein nostalgischer Sehnsuchtsort, der gern angerufen wird, zunehmend aber nicht mehr als eine rückwärtsgewandte Utopie. Einige Fraktionen fordern, dass nicht in die «eigene» Vergangenheit zurückgegangen wird, sondern in eine Zukunft – ohne die Anderen.

---

**Ähnlich verhält es sich mit der «sexuellen Revolution», die ebenfalls sowohl die Ursache eines postulierten heutigen sittlichen Verfalls als auch zugleich Ausweis angeblich originär westlicher Werte sei, die es vor den rassistisch als die anderen Markierten zu schützen gelte.**

**1** Vgl. Culina, Kevin: Verschwörungsdenken, Antifeminismus, Antisemitismus. Die Zeitschrift Compact als antifeministisches Diskursorgan, in: Lang, Juliane/Peters, Ulrich (Hrsg.): Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt, Hamburg 2018, S. 91–116; Fritzsche, Christopher: Geschlechtspolitische Debatten in der neurechten Wochenzeitung Junge Freiheit, Hamburg 2019. **2** Schröder, Martin: AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich, Studie des Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, 2018, unter: [www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.595120.de/diw\\_sp0975.pdf](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.595120.de/diw_sp0975.pdf). **3** In feministischen Kontexten sowie im Umfeld von Beratungsstellen und NGOs ist häufig von sexualisierter statt von sexueller Gewalt die Rede. Damit soll sprachlich verdeutlicht werden, dass Sexualität nicht der Ursprung bzw. das handlungsleitende Motiv der Gewalt ist, sondern die Gewalt selbst. Kritiker\*innen des Begriffs sexualisierte Gewalt wiederum argumentieren, dass das sexuelle Moment dieser Formen der Gewalt durchaus wesentlich ist; vgl. z. B. Pohl, Rolf: Feindbild Frau. Männliche Sexualität, Gewalt und die Abwehr des Weiblichen, Hannover 2004. **4** «120 Dezibel» war eine 2018 von den Identitären initiierte Internet-Kampagne. Sie war deutlich an den feministischen Internet-Aktionen #aufschrei und #MeToo angelehnt und instrumentalisierte feministische Themen wie etwa sexualisierte Gewalt zur Verbreitung von rassistischen und antifeministischen Positionen; vgl. Drüeke, Ricarda/Klaus, Elisabeth: Die Instrumentalisierung von Frauen\*rechten in rechten Diskursen am Beispiel der Kampagne #120db, in: Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft 1/2019, S. 181–186,

unter: <https://elibrary.utb.de/doi/pdf/10.3224/gender.v11i3.06?download=true>. **5** Gutsche, Elisa (Hrsg.): Triumph der Frauen? The Female Face of the Far Right in Europe, unter: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/14630.pdf>. **6** Im Dezember 2013 hatten die bayerischen Landtagsabgeordneten Sepp Duerr und Katharina Schulze (Bündnis 90/Die Grünen) den durch den Verein Trümmerfrauen e. V. aufgestellten Gedenkstein mit einem braunen Tuch verhüllt. Das Denkmal war bereits zuvor Gegenstand lokalpolitischer Auseinandersetzungen gewesen. Der Münchner Stadtrat hatte es mehrmals abgelehnt, bevor das Projekt 2013 doch realisiert werden konnte. 2014 wurde die Entfernung des Denkmals beantragt. **7** Vgl. Goetz, Judith: «Aber wir haben die wahre Natur der Geschlechter erkannt ...». Geschlechterpolitiken, Antifeminismus und Homofeindlichkeit im Denken von «Identitären», in: dies./Sedlacek, Joseph Maria/Winkler, Alexander (Hrsg.): Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen «Identitären», Hamburg 2017, S. 253–284. **8** Vgl. u. a. das damals in der Linken breit rezipierte Buch von Reiche, Reimut: Sexualität und Klassenkampf, Frankfurt a. M. 1968. **9** So Reisinger, Doris/Röhl, Christoph: Das Versagen des Vatikans, in: Die Zeit, 24. 2. 2021, unter: [www.zeit.de/2021/09/papst-benedikt-xvi-sexueller-missbrauch-katholische-kirche-nur-die-wahrheit-rettet](http://www.zeit.de/2021/09/papst-benedikt-xvi-sexueller-missbrauch-katholische-kirche-nur-die-wahrheit-rettet). **10** Zu dieser Vorstellung vgl. ausführlich Bischoff, Sebastian/Kerl, Kristoff: «Wie sich ein Jude in der Bundesrepublik im Jahre 1970 verhalten müsse ...» Auseinandersetzungen um «Pornographie» im Melzer Verlag – ein vergessener Antisemitismusstreit wird 50, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 29, 2021, S. 396–421, hier S. 404f.

## DAS PRINZIP HOFFNUNG

### «WAS TUN MIT DER GESCHICHTE?» EIN AUSTAUSCH ÜBER LINKE GESCHICHTSPOLITIK MIT DEM AK LOUKANIKOS

Analysen darüber, was das genau sei, rechte Geschichte oder Geschichtspolitik, hinterlassen oft ein Schulterzucken. Denn auch wenn Strategien, Themensetzungen, Erzählmuster, Lautsprecher, Adressat\*innen und Echo-kammern für rechte Vergangenheitsübernahmen beleuchtet wurden und schließlich auch der Schoß, aus dem all dies kroch, beschrieben ist, in allen Details und entlang der «Quellen» – von Oswald Spengler bis Björn Höcke –, bleiben am Ende doch Fragen offen. Vor allem: Was folgt aus unseren Befunden zu den strategisch inszenierten historisch-fiktionalen Gegenerzählungen der Rechten für eine kritische, eine linke Geschichte? Dann: Welchen Platz nehmen rechte Geschichte und ihre instrumentellen Setzungen in der Basiserzählung vom Vergangenen ein?<sup>1</sup> Wird der von rechts formulierte Anspruch auf Deutungshoheit über die Vergangenheit selbstbewusster, je engmaschiger die autoritäre Formierung von Gesellschaft fortschreitet? Wie «erfolgreich» ist die rechte Indienstnahme von Geschichte für eine autoritär-nationalistische, gegenwartsbezogene Politik?

Ebenso wenig ist diskutiert, welchen Umgang eine linke Geschichte mit den rechten Raumergreifungen findet. So stellt sich die Frage: Was kann eine linke Geschichte in diesem spannungsvollen Setting leisten? Soll sie Antwort oder Reaktion sein, eine *Gegen*-geschichte bieten? Ist sie aufgefordert, rechter Geschichte entgegenzutreten, sie aktiv zurückzudrängen? Oder ist ihr «Gegenüber» nicht vielmehr der erinnerungskulturelle und geschichtspolitische «Normalzustand», in dessen Rahmen rechte Geschichte fröhliche Urständ feiert und autoritär-nationalistische Hegemonien schafft? Ist eine linke, eine kritische Geschichte also gut beraten, mehr als ei-

ne «Antwort auf» oder ein «Kampf gegen» zu sein? Was ist dann ihr Anliegen, was ihre eigene Erzählung? Was ist ihr spezifisch linker Blick in die Vergangenheit?

Diesen Fragen widmeten sich im Januar 2021 Anke Hoffstadt, Bernd Hüttner, Felix Matheis, Yves Müller und Anna Schiff im Gespräch mit dem AutorInnenkollektiv Loukanikos. Gemeinsam haben wir uns auf die Suche danach gemacht, wie sich linke Geschichtspolitik und kritische Geschichtswissenschaft, aber auch linke Geschichtspraxis zu rechter Geschichte verhalten. Wo können sie subversiv sein, wo müssen sie reagieren? Können sie mehr sein als eine «Antifa-Demo gegen rechte Geschichte»?

Sinnvoll erschien uns zunächst, offen über die Unterschiede rechter und linker Geschichte und Geschichtspolitik zu sprechen und dabei vor allem ihr jeweiliges Verhältnis zu selbstermächtigenden «Strategien» zu beleuchten, die ihnen Reichweite und Überzeugungskraft beibrächten. Wir sammelten Gedanken, auch entlang unserer gemeinsamen Teilnahme an der Veranstaltung «Wider den Strich», in der wir aus verschiedenen Blickrichtungen über die Schwächen und Stärken linker Geschichte gesprochen hatten (in Auszügen nachfolgend in dieser Broschüre dokumentiert): aus dem Blickwinkel von kritischer Geschichtswissenschaft, linker Geschichte in Vermittlung und Praxis, von dokumentarisch-intervenierender Film- und Medienarbeit, von Forschenden oder Aktivist\*innen. Wir sprachen über Perspektiven, Utopien und Dilemmata.

Diesem Austausch folgt, was wir – gewiss als Zwischenetappe in einem Gesprächsprozess – zu einer Analyse rechter Geschichte nun festhalten möchten. Etwa die Gründe dafür, warum die großsprecherisch auftre-

tenden Akteur\*innen rechter Geschichte mit ihren vermeintlichen Argumenten und ihren historisch-fiktionalen Erzählungen verfangen und gesellschaftlichen Anschluss herzustellen versuchen: mit ihrem Lamenti über eine «entzauberte», geschichtslose Gegenwart des Werteverfalls, des Identitätsverlusts und der Entfremdung, denen mit einer stabilen «deutschen Identität» zu begegnen sei. Damit «überzeugen» sie wohl, sind doch die Feuilletons auch in jüngster Zeit angefüllt mit – mal offen, mal dem Ton nach – rechts verorteten geschichtspolitischen Positionen. Sie scheinen auf den ersten Blick aus der Mottenkiste eines völkisch-autoritären Populismus zu kommen; doch bespielen sie mühelos die weitläufigen Echokammern einer «normal rechten» Mitte der Gesellschaft bis nach ganz rechtsaußen.

### **Aus dem Strategiebaukasten rechter Geschichte**

Mit ihren historisch-fiktionalen Gegenerzählungen von Geschichte kann sich eine rechte Geschichtspolitik in ihrer Ideologie und Mobilisierung auf stabile Grundvokabeln verlassen. Ganz gleich, ob es um Preußens «Glanz» oder um das Wiederauferstehen einstiger «deutscher Größe» geht, um die Wiederermächtigung «deutschen Selbstbewusstseins» oder um eine zur homogenen Gesellschafts- und Geschlechterordnung verzerrte «Nachkriegszeit» im «unschuldigen» Deutschland als Sehnsuchtsort. Profitieren kann eine rechte Geschichte hier vor allem davon, dass sie auf «authentische Mythen» zurückgreifen zu können meint. Sie bemüht die Erzählung vom Auferstehen ehemals vergangener Reiche, kann den Begriff «Volk» mit dem Verweis auf Reichseinigung und Nationswerdungsprozesse als positive Bezugsgröße in die erste Reihe schieben. So bezieht sie sich auf einen stilisierten Idealzustand in der Vergangenheit, auf das «eigentlich Normale» – also auf Staat, Volk und Nation, auf eine vermeintlich hete-

ronormative Ordnung der Geschlechter, auf «Mann & Frau». Obwohl als Merkmale eines «goldenen Zeitalters» in der Vergangenheit adressiert, will sich rechte Geschichte damit auch auf etwas stützen, das in der Gegenwart unhintergebar fortbestehe. Auf etwas, das früher ideal gewesen, jetzt aber verzerrt sei, gefangen genommen oder unterdrückt vom Liberalismus oder von linker Politik, von «Multikulti» oder «Genderwahnsinn».

Das Bild von der Befreiung des zurückgedrängten und infrage gestellten Idealtypus von Gesellschaft ist rasch zitiert. Zur Bezugsgröße «Volk» tritt umstandslos die Erzählung von Errettung und Freiheitskampf hinzu. Schließlich geht es um das «Wir», um eine Vergemeinschaftung, die früher immer da gewesen sei, «in Preußen» zum Beispiel, «vor 68» oder «vor Multikulti». Solche Strategien fallen auf fruchtbaren Boden, denn mit leichter Hand betont die Rechte, dass gerade die letzten Jahre in Mitteleuropa geprägt gewesen seien von einer in ihren Augen «existenz-» und «fortbestandgefährdenden» Diversifizierung der kulturellen und politischen Identitätsangebote, von einem Mehr an Verunsicherung vormals stabiler Zuschreibungen der Geschlechter oder «nationaler» Selbstbilder. Weil diese Veränderung teilweise als territorialer Verlust völkisch-männlicher Identität verstanden wird, drängt es in der Logik der Rechten nach einer «Erlösung» oder besser noch: nach einer «Befreiung», nach der Freiheit von diesen Zumutungen. Seien sie Folge tatsächlicher Veränderung, wie sie auch unter der kritischen Perspektive auf die gegenwärtigen Wandlungen von Gesellschaft zu beobachten sind. Seien sie bezogen auf die Halluzination vom «Ende des weißen Mannes»,<sup>2</sup> der keinen sicheren Ort für seine Meinungs- und Entfaltungsfreiheit mehr finde, weil alles verboten oder «gecancelt» werde. Am Ende könne, ließe sich zusammenfassen, das Subjekt dieser Befreiung von «cancel culture» und der Auflösung der Identitätsbezüge nur ein aus der Mit-



te der positiven Geschichte von Hohenzollern bis Hambacher Fest entstehendes exklusives «Wir» sein: ein starkes Angebot der Zugehörigkeit und des Selbstbewusstseins, radikal affektiv und bezogen auf die Imagination einer kommenden Stärke, die sich aus der Geschichte und ihrer Gegenwartssplitter ableiten ließe. Das ist mobilisierend.

### **Zukunft: rechte Mythen und linke Leere?**

Vergleichen wir diesen rechten Blick in die Geschichte mit dem Blick in die Zukunft einer an den Prinzipien der Gleichheit orientierten Gesellschaft, dann scheint ein zentrales Problem linker Geschichte auf: «Preußen», ließe sich erneut dieses Bild zitieren, hat es so sehr gegeben, dass es sich als Material für einen Mobilisierungs- und Sehnsuchtsort eignet. In anderen Worten: Als tatsächlich existierender Staat und Machtgebilde eignet sich Preußen für die Rechte vortrefflich, um daran

politische Mythen und Illusionen von einem «Deutschtum» derart anzuknüpfen, dass sie in der Gegenwart zu mobilisieren vermögen.

Der Linken – hier einmal sehr verallgemeinert gesagt – fehlt ein solcher fester, «geronnener» Ort, der politisch in die Gegenwart verlängert werden kann, spätestens seit dem Ende der Sowjetunion. Mit der Entwertung des Realsozialismus, sowohl als globaler Staatenblock wie auch als historisches und politisches Symbol, ist der Linken der geschichtsmächtige Bezugspunkt abhandengekommen – egal ob sich eine linke Strömung positiv oder ablehnend zu diesem verhielt. Zwar war die Geschichte der Linken und ihrer Bewegungen stets auch eine Geschichte von Niederlagen, doch mit dem postulierten, gleichsam das 20. Jahrhundert abschließenden «Ende der Geschichte» (Francis Fukuyama) erklärte man die Linke für besiegt. Während der Sieger über

den Besiegten herfallen konnte und genüsslich dessen Utopien ausweidete, versank die Linke in Agonie und Melancholie.<sup>3</sup> Die Rückbesinnung auf gewonnene Kämpfe und verlorene Revolutionen dient heute oft nur noch der Erbauung oder für argumentative Fingerübungen. Auf gegenwärtige oder künftige Möglichkeiten weist der Blick in die Geschichte nicht mehr; es fehlt die Zukunft als «ein Ort zum Leben», wie es die spanische Autorin Almudena Grandes formuliert hat,<sup>4</sup> und ebenso der Beleg dafür, dass eine andere gesellschaftliche Ordnung möglich ist. Auch in einer weiteren Hinsicht fehlt einem linken Rückblick auf die eigene Geschichte das utopische Potenzial. Denn die Arbeiter\*innenbewegung als sozialpolitischer Ort besteht nunmehr ebenfalls wohl ausschließlich in der Retrospektive.

---

### **Die Rückbesinnung auf gewonnene Kämpfe und verlorene Revolutionen dient heute oft nur noch der Erbauung oder für argumentative Fingerübungen.**

Worauf kann sich linke Geschichtspolitik aktuell also beziehen, um die Vergangenheit mobilisierend mit Zukunftsentwürfen zu verbinden? Aus welchen Ereignissen, Traditionen und gefühlten Gewissheiten kann sie Material für politische Imaginationen schöpfen? Da gibt es nicht nichts, aber eben auch nicht viel. Denn es mangelt ihr zum einen an verwendbaren Vergangenheitsbezügen zur eigenen Macht und Hegemonie, zum anderen ist der eigene Horizont von Zukunftsvorstellungen (wie einst ein sozialistisches Konzept von Gesellschaft) zurzeit: leer. Weil das historische Erbe der Linken in Trümmern liegt und immer verschwommener erscheint, hat es der Glaube an eine linke Gesellschaftsutopie schlicht nicht leicht. Wo eine Rechte in ihrer historisch-fiktionalen Erzählung ohne Mühe auf ihre Mythen von «Volk», «Reichseinheit» und Eigentlichkeit verweisen kann (eine «Einheit»,

die noch dazu seit 1989 in die Gegenwart zurückgeholt scheint), fehlt der Linken ein bekannter, ein vertrauter Bezugspunkt. Vielmehr muss sie verändern oder neu schaffen, was in der Vergangenheit verloren ging. Ohne politischen Horizont, ohne Sehnsuchtslinie scheint das schwer. Zudem macht es Sinn, gegen eine einseitige Betrachtung von Erzählrichtungen und Diskursstrategien eine Art *materialistisches Veto* zuzulassen. Schließlich lässt sich die Wirkungskraft von Narrativen kaum richtig einschätzen, ohne ihre jeweiligen materiellen (Entstehungs-)Bedingungen einzubeziehen. Dabei geht es zum Beispiel um die Frage von Medienmacht und den Zugang zu Ressourcen. Umgekehrt zeigen Beispiele starker sozialer Bewegung(en), wie die Zapatistas im mexikanischen Bundesstaat Chiapas oder die Bewegung für eine demokratische Autonomie der Kurd\*innen, welche zentrale Bedeutung einer kollektiven und geschichtsbewussten Erzählweise zukommen kann, wenn sie essenzieller Bestandteil einer «kommunistischen» Praxis des kollektiven (V)Erlerns und Wiederaneignens ist.<sup>5</sup> Starke, mobilisierende Erzählungen der Linken entstehen eben weniger im Rückzugsgefecht und viel eher in der affektiven Dynamik von Bewegungen, die um Würde und Existenz kämpfen.

### **Wer ist «Wir»?**

Historische Bezüge beispielsweise zu Streikbewegungen oder zum antifaschistischen Widerstand können als identitätsstiftendes Self-Empowerment dienen und auf aktuelle Kämpfe übertragen werden. Diese Betrachtung besinnt sich auf die Stärken der Linken in ihrer Vielheit, birgt jedoch auch Fallstricke und kann einen instrumentellen Charakter annehmen. Wo linke Geschichte auch die Basiserzählungen gegenwärtiger Gesellschaften infrage stellt, stößt sie unweigerlich auf Probleme. Denn mit der Arbeiter\*innenbewegung ist auch jede weitere oder andere Vorstellung einer übergreifenden politischen

Gemeinsamkeit, ist eine zentrale Bezugsgröße für koordinierte, miteinander verbundene Positionen in weite Ferne gerückt. Heute ist der Impuls, eine zentrale Identifikationsfigur anzuerkennen und sie noch dazu «Wir» zu nennen, einer gegenwärtigen Linken eher Tabu denn Identitätsklammer. Die Suche nach Einheitlichkeit mag vom Zweifel begleitet sein, die Diversität von Kämpfen und Akteur\*innen linker Politik nicht länger abbilden zu können, wenn ein «Wir» zu Homogenisierung einlädt und die Verschiedenheit von Perspektiven ausblendet oder in den Schatten stellt. Der Anspruch linker Geschichte, herrschende Narrative gegen den Strich zu bürsten und ebenjene zu Wort kommen lassen, die für gewöhnlich marginalisiert oder «stumm gestellt» bleiben, stößt hier mitunter an Grenzen.

Linke Geschichte gewinnt dort, wo der klar umrissene Wunsch, sich im Rückblick auch auf den Weg der Selbstvergewisserung über eigene Traditionen und Stärken (aber auch der Fehler und Abgründe) zu machen, im Vordergrund steht. Es ist möglich, aus Fehlern und Niederlagen zu lernen. Zugleich aber ist der Blick in die eigene Vergangenheit mit aller Aufmerksamkeit für das Mosaik linker Geschichte zwangsläufig darauf zurückgeworfen, diffus, korrigierend und in gewisser Weise nachholend sein zu müssen. Dies ist ein Zugewinn an emanzipatorischer Politik, aber zugleich dort ein Nachteil, wo linke Geschichte eine Antwort auf eine ostentativ homogene rechte Geschichte sein möchte. So entzieht sich ein antiheroisches Verständnis in einer linken Geschichtsschreibung jedweder heroischen Erzählung. Diese mehr identitätsverunsichernde denn -stabilisierende Betrachtungsweise schließt eher an die Versuche an, auf die verschütteten Traditionsbestände und auf die schmerzhaften Niederlagen der Linken zu verweisen.

Zuletzt bleibt aber offen, ob dieser Wunsch nach einer linken Antwort auf rechte Geschichtsdeutungen allein überhaupt zielfüh-

rend ist. Vor allem, da Personen der Linken auch weiterhin eigenständig denken und auswählen wollen, was sie beleuchten: mit eigenständigen Ansprüchen an die Gangart linker Geschichte ebenso wie etwa mit dem erklärten Plan, gerade jede Linearität der historischen Erzählung verlassen zu wollen. In dieser Autonomie der Perspektiven fehlt am Ende aber wohl das strategische Moment. Wenn es stimmt, dass rechte Geschichte mit dem *einen* Zugriff oder mit der *einen* Stoßrichtung ihre Selbstbewusstheit monolithisch in Szene zu setzen weiß, bleibt linke Geschichte mit ihren diversen Blickwinkeln, in dieser Logik: schwächer.

### **Grundlagenarbeit**

Aus guten, aus wichtigen Gründen hat linke Geschichtspolitik das Anliegen, auch die «konfliktierenden Beziehungen» einer Gesellschaft wahrnehmen, reflektieren und abbilden zu wollen. Sie lokalisiert Widersprüchlichkeiten, lässt sie zu und sollte sie bestenfalls aushalten können. Für die Gegenwart ist das jedoch ein Problem. Denn angesichts einer autoritären Formierung von Staat und Gesellschaft ergibt sich für linke Geschichte nur ein schmales Handlungsfeld. Sie scheint gewissermaßen in einer doppelten Defensive. Dem «Normalzustand» der Nation nach 1989 und dem Wegfall eigener Perspektiven auf ein «Wie wir leben wollen» steht sie utopielos gegenüber; im Umgang mit der rechten Offensive und Mobilisierung nach 2015 und in der Begegnung mit autoritär-nationalistischen Formationen in Parlamenten und auf den Straßen agiert sie vielleicht zu zögerlich, gewiss aber allzu fragmentiert. Hier mag der Bündnisfähigkeit linker Perspektiven und Gegenwartspolitiken

eine Schlüsselposition zukommen, wenn es einer Linken gelingt, an neuralgischen Punkten strategische Schulterschlüsse zu wagen, ohne ihre Diversität zu verraten oder an Kontur zu verlieren. Hier tut sich ein Widerspruch auf zwischen einem pluralen «Wir» der Solidarisierung unterschiedlicher Bündnisakteure und dem kollektiven ideellen «Wir», das sich in linken Bewegungen entwickeln, aber ebenso multipel sein kann, flüchtig ist und zerbrechen kann. Weil es bei Geschichtspolitik aber auch um die Imagination geht, zusammenzustehen, fällt linker Geschichte auf die Füße, dass nicht nur ein «Volk» und seine «eigentliche» Vergangenheit fehlen, sondern auch ein utopisches Zukunftsbild und «wir» selbst uns zudem nicht – wie in rechten Mobilisierungen – als zu befreiende Eigentlichkeit begreifen wollen. Hier muss linke Geschichte zunächst die rechte Imagination auflösen und korrigieren. Linke Geschichte beginnt also stets aufs Neue als Grundlagenarbeit, erzählt von vergangenen Kämpfen, die Verbindungslinien nicht nur zum Gestern knüpfen helfen, sondern auch über die verschiedenen Politikfelder hinweg. Am Ende aber scheint linke Geschichtspolitik ebenso sehr vereinzelt und diffus, wie es die Linke aktuell auch in anderen Sphären ist: in der Politik, in der Arbeitswelt, im gesellschaftlichen Leben und in der Kultur.

### **Strategiefragen**

Gewiss: Wo Neonazis und Faschist\*innen in Wunsiedel, Bad Nenndorf, Remagen oder Dresden an ihren rechten Erinnerungsorten aufmarschieren, ist ein manifestes «Dagegen» gefragt. Wenn Antifaschist\*innen den Ehrenformationen neonazistischer Aufmarschkultur mit Trillerpfeife und «Rechts gegen

---

**Linke Geschichte beginnt also stets aufs Neue als Grundlagenarbeit, erzählt von vergangenen Kämpfen, die Verbindungslinien nicht nur zum Gestern knüpfen helfen, sondern auch über die verschiedenen Politikfelder hinweg.**

rechts»-Wettkämpfen erfolgreich jede Würde nehmen oder wenn die Anmeldung eines als «Trauermarsch» deklarierten Rituals zur Erinnerung an die zivilen «Helden» und «deutschen Opfer» des Nationalsozialismus zum hektischen Wettkampf um Straßen und Plätze wird, dürfte so mancher Neonazi-Kameradschaft oder NPD-Formation die Lust auf große Symbole und extrem rechte Straßenpräsenz vergehen.

Doch Augenblicke des Erfolges, wie etwa rechte Anrufungen von Geschichte im Konkreten verhindert oder ganz praktisch gestört zu haben, bleiben mitunter mit dem Blick auf die langen Linien nur Momentaufnahmen; auch dann, wenn sie (wie am Höhepunkt der jahrelangen Mobilisierung nach Dresden am 13. und 19. Februar 2011) durchaus ganz sichtbare Wirkung entfalten und rechte Rituale mittelfristig zurückdrängen können.<sup>6</sup>

Doch sind Antifaschist\*innen auf dem geschichtspolitischen Acker mit ihrer Parole «Kein Fußbreit!» zum ewigen Hinterherrufen verdammt? Ist linke Geschichte also so etwas wie eine Antifa-Blockade gegen die Gegenwartsgestrigen? Bleibt der kritische Vergangenheitsbezug also doch im Moment des Reagierens verfangen, immer den berühmten Tick später als jene, die sich larmoyant, selbstbewusst und im Brustton ungebrochener Überzeugung auf Preußen berufen, die Reichseinheit feiern und ihre Wiederkehr lautstark als Überwindung der Berliner Republik herbeifordern?

Geht es nicht vielmehr «um die ganze Bäckerei»? Also darum, dass die gegenwärtige Basiserzählung «deutscher Identität» und «Kultur» mitsamt ihren wieder und wieder rekonstruierten Erinnerungsorten der Mehrheitsgesellschaft (und des autoritären Nationalismus) von einer linken Geschichte einer fundamentalen Ideologiekritik unterzogen werden sollten? Wenn sich eine linke Geschichte zuletzt jedoch nicht allein an ihren Antagonist\*innen

und deren Themen abarbeiten möchte, nicht im Modus der Gegendarstellung gefangen sein will, braucht es dann nicht vielmehr eigene Themen, den Blick etwa auf die Geschichte der Linken, das Erzählen von der eigenen Vergangenheit? Braucht es nicht eine Selbst-

---

### **Es bedarf der selbstbewussten Formulierung einer eigenen Geschichtsmächtigkeit, als Gegenerzählung entwickelt aus den Bewegungen heraus.**

vergewisserung über die eigene Geschichte, deren Kämpfe sich an den Prinzipien der Gleichheit orientierten und die für die Zukunft lehrreiche Beispiele geben können, den aktuellen und kommenden Kämpfen nicht mit den gleichen Fehlern, dafür aber mit den erprobten, schon einmal erfolgreichen Konzepten zu begegnen?

Der Historiker Anton Tantner setzt Hoffnung in eine kritische Geschichtswissenschaft, die sich zutraut, auch über den Augenblick des Reagierens hinaus Deutungshoheiten ins Wanken zu bringen – auch die, die eine Rechte zu etablieren sucht. «Geschichtswissenschaft», so Tantner, «kann eine zersetzende Wirkung entfalten, wenn sie eben nicht [...] dazu eingesetzt wird, sich der eigenen Identität zu versichern oder den Ruhm einer Nation zu besingen, sondern wenn sie dazu verwendet wird, Selbstverständlichkeiten zu verunsichern und Mythen zu zerstören.» Jedoch ist Vorsicht geboten. Denn wo die Wissenschaft von der Geschichte in «zersetzende[r], verfremdende[r] und verunsichernde[r]» Weise von Geschichte Gebrauch macht, so Tantner, müsse sie durchaus nicht deckungsgleich sein mit *linker* Geschichtsschreibung. Vielmehr sei «Geschichtswissenschaft eine Waffe, die gegen Selbstverständlichkeiten, Mythen, Identitäten usw. eingesetzt werden» könne. Freilich aber berge sie, wie üblich für

Waffen jeder Art, die Gefahr, «dass sich diese auch gegen eine/n selbst wenden» (lassen) könnten.<sup>7</sup>

### **Geschichte machen**

Mehr als um eine bis ins Detail ausgeleuchtete Gegneranalyse ging es uns in unserem Austausch um unsere Ideen zu einer kritischen Geschichte und um unsere Vorstellungen von einer linken Geschichtspolitik und -praxis. Um die Frage also, was vor dem Hintergrund des zunehmend ungemütlicheren rechten Zugriffs auf Geschichte und Geschichtspolitik Aufgabe, Form und Inhalt linker Geschichte sein möge – falls sie bereit und in der Lage ist, sie zu formulieren, zu gestalten und in die eigenen Räume zu tragen. Und: über diese hinaus.

Zunächst besteht die Herausforderung wohl darin, bisherige Basiserzählungen infrage zu stellen, zu unterlaufen und zu verschieben. Dazu bedarf es der selbstbewussten Formulierung einer eigenen Geschichtsmächtigkeit, als Gegenerzählung entwickelt aus den Bewegungen heraus. Hier geht es aber nicht einfach um eine selbstbezogene Historisierung linker Bewegungen. Vielmehr heißt es, sensibel darauf orientiert zu sein, Schulterschlüsse zu wagen. Lange schon gehört eine antifaschistische Bündnisarbeit zu den Aufgaben linker Geschichtspolitik, bei der an die Opfer faschistischer Gewaltherrschaft im 20. Jahrhundert erinnert wird. Am 10. Juni 1944 ermordeten Angehörige der 4. SS-Polizei-Panzergranadier-Division 218 Bewohner\*innen des griechischen Dorfes Distomo. Der AK Distomo stellt sich seit vielen Jahren der Heroisierung von Kriegsverbrechen während der nationalsozialistischen Besatzung auf dem Balkan entgegen und erinnert an die Opfer. Beispielhaft genannt sei ebenso der vor einigen Jahren bei der Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) ins Leben gerufene «Arbeitskreis zum Gedenken an die in der sowjetischen Emigration verfolgten, de-

portierten und ermordeten deutschen Antifaschisten». Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Schicksale von Tausenden Kommunist\*innen und Antifaschist\*innen aufzuspüren, die nach 1933 vor der Verfolgung durch die Nazis geflohen waren und im Zuge der Repression Stalins in der Sowjetunion in den 1930er und 1940er Jahren ermordet wurden oder im Gulag-System umkamen. Nur wenige konnten in den 1950er Jahren zurückkehren, gingen in die DDR – und schwiegen über das erfahrene Leid und die Demütigungen.

Das Webprojekt «Erinnern stören» widmet sich dem Mauerfall und der dadurch bedingten Zäsur für migrantisches und jüdisches Leben in Ost und West. Das gleichnamige Buch versammelt Stimmen, die im gewaltvollen Transformationsprozess der deutsch-deutschen Vereinigung verdrängt und zum Schweigen gebracht werden sollten und sich dennoch unwiderruflich als postmigrantische Gesellschaft in die Geschichte eingeschrieben haben.<sup>8</sup>

Solche und unzählige weitere Initiativen schaffen neue Erinnerungsrahmen, die aktuelle Kämpfe aufgreifen und Anknüpfungspunkte für eine kritische Auseinandersetzung in der Gegenwart bieten. Mit einem historisch-kritischen Verständnis der Gegenwart können Vorstellungen dekonstruiert werden, die gesellschaftliche Verhältnisse anthropologisieren, naturalisieren oder als «alternativlos» erklären. Gleichzeitig wird auf die Kontingenz gesellschaftlicher Entwicklung verwiesen und werden somit mögliche «Abzweigungen» des historischen Verlaufs nachgezeichnet. So können Erinnerungsrahmen die nötigen Räume eröffnen, um politische Ideen zu diskutieren und Forderungen auszusprechen, mithin Utopien zu formulieren. Es geht also keineswegs um bloße Vergangenheitlichung, sondern um das Artikulieren von Zukunftsentwürfen, letztlich um die Dialektik von Erinnerung und Utopie. Damit ändern sich auch die Formen und Medien der Geschichtsvermittlung. Es reicht

eben nicht, das erworbene Wissen in Sammelbänden zu platzieren. Es muss auch in Webdokumentationen, Podcasts und auf der Straße erfahrbar gemacht werden. Es geht darum, Ansprachen zu nutzen, die in gewisser Hinsicht mit allen Sinnen wahrnehmbar, kraftvoll und vernehmlich sind – als «doing memory» im eigentlichen Sinne mit dem Ziel, Marginalisierungen von Erinnern, Silencing und Ausblendungen als «Strukturen und Praktiken hegemonialen Nicht-Hörens zu durchbrechen und zu überwinden». Kurzum: «die Anerkennungsnormen, Privilegien und Institutionen infrage zu stellen, die regulieren, wer gehört, was gesagt und woran erinnert werden kann».<sup>9</sup> Damit würde man sich vielleicht der Idee der konkreten (weil möglichen) Utopie annähern,

---

**Es reicht eben nicht,  
das erworbene Wissen  
in Sammelbänden zu  
platzieren.**

die von dem marxistischen Philosophen Ernst Bloch in «Das Prinzip Hoffnung» entworfen wurde. Linke Geschichtsschreibung ist daher notwendig antifaschistische Geschichtspolitik, indem sie vor rechten Erzählungen warnt. Sie geht aber gleichfalls darüber hinaus. So

kann es weder um eine bloße Abwehr rechter Geschichtsmythen gehen noch darum, die Unterdrückten und schließlich Vergessenen der Geschichte zu Objekten

des Mitleids zu degradieren oder ungläubig die eigenen Niederlagen zu bestaunen. Im Sinne eines «Eingedenkens» (Walter Benjamin) wäre Geschichte nicht als abgeschlossen zu betrachten, sondern würde bis in die Gegenwart hineinreichen und damit zu ihrem Ende hin offen sein. Oder, etwas vulgärer: Erinnern heißt kämpfen.

**1** Herz, Thomas: Die «Basiserzählung» und die NS-Vergangenheit. Zur Veränderung der politischen Kultur in Deutschland, in: Clausen, Lars (Hrsg.): Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale, Frankfurt a. M. 1995, S. 91–109. **2** Manfred Pohl, der als Wirtschaftswissenschaftler eine Honorarprofessur an der Goethe-Universität Frankfurt am Main innehat und dort unter der Anschrift eines «International Centre for History and Future» zu erreichen ist, wurde bei Erscheinen seines Buches «Das Ende des weißen Mannes. Eine Handlungsaufforderung» (2007) durch die Feuilletons gereicht. Kritiker\*innen sahen seine Publikation dabei wenig später als «Vornahme der radikalen Thesen Thilo Sarrazins»; vgl. Wagner, Thomas: Direkt gegen die Demokratie. Warum auch Rechtsextremisten und Rechtspopulisten mehr Bürgerbeteiligung wollen, in: Die Zeit, 8.3.2012. **3** Traverso, Enzo: Linke Melancholie. Über die Stärke einer verborgenen Tradition, Münster 2019, S. 29–35. **4** «Auch die Zukunft war ein Ort zum Leben», zit. nach: Cervera, Alfons: Die Farben der Angst, Wien 2020, S. 10. **5** Vgl. Brangsch, Lutz: Neue kommunistische Praxen? Zapatisten und PKK, in: ders./Brie, Michael (Hrsg.): Das Kommunistische. Oder: Ein Gespenst kommt nicht zur Ruhe, Hamburg 2016, S. 217–226, unter: [www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/)

pdfs/sonst\_publicationen/VSA\_Brangsch\_Brie\_Das\_Kommunistische.pdf. **6** Fischer, Henning: «Erinnerung» an und für Deutschland. Dresden und der 13. Februar 1945 im Gedächtnis der Berliner Republik, Münster 2011. **7** Tantner, Anton: Europa bauen als kritische Geschichtswissenschaft? Zu zwei Büchern von Josep Fontana und Luciano Canfora, in: AutorInnenkollektiv Loukanikos (Hrsg.): History is unwritten. Linke Geschichtspolitik und kritische Wissenschaft. Ein Lesebuch, Münster 2015, S. 224–235, hier S. 224 f. **8** Perinelli, Massimo/Lierke, Lydia (Hrsg.): Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive, Berlin 2020. Das Webprojekt mit Interviews und Filmbeiträgen ist abrufbar unter: [www.rosalux.de/erinnern-stoeren](http://www.rosalux.de/erinnern-stoeren). **9** Thomas, Tanja/Mirchow, Fabian: Doing Memory und rechte Gewalt. Erinnern und Vergessen als Praxis und Ausgangspunkt für postmigrantisches Zusammenleben, in: Gegenwartsbewältigung (Jalta. Positionen zur jüdischen Gegenwart; No. 4, 2/2018 bzw. 1/5779), S. 64, sowie Tietze, Hannah/Hartwig, Johannes: Die Zukunft offen halten. Überlegungen zu emanzipatorischen Perspektiven antifaschistischer und rassistuskritischer Gedächtnispolitiken, in: LOTTA. Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen 79, Sommer 2020, S. 9–12, unter: [www.lotta-magazin.de/ausgabe/79/die-zukunft-offen-halten](http://www.lotta-magazin.de/ausgabe/79/die-zukunft-offen-halten).

## WIDER DEN STRICH

### LINKE GESCHICHTSSCHREIBUNG GEGEN NATIONALISTISCHE INDIENSTNAHME

Rechte Angriffe auf die Erinnerungskultur und auf ein plurales Geschichtsverständnis nehmen zu – auch in Deutschland. Ihr Ziel ist eine geschichtspolitische «180-Grad-Wende» (Höcke) und die Umdeutung der Vergangenheit zum Zwecke der Verklärung: Die Identifikation mit der «eigenen» Geschichte ist zentraler Bestandteil eines nationalistischen Narrativs. Und was vermag linke Geschichtsschreibung dagegen? Kann es antifaschistische und linke Geschichtsschreibung geben ohne eigene Held\*innenmythen? Oder kann eine linke, eine Geschichte von unten nicht ohnehin nur gegen den Strich traditioneller Historiographie gebürstet sein?

Darüber diskutierte **Anika Taschke** (Historisches Zentrum der Rosa-Luxemburg-Stiftung) mit der Historikerin **Anke Hoffstadt** (Hochschule Düsseldorf), dem Politikwissenschaftler **Christoph Kopke** (Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin), der Dokumentarfilmerin **Julia Oelkers** und dem Historiker **Patrice Poutrus** (Universität Erfurt) am 3. Dezember 2020 im Rahmen der digitalen Veranstaltungsreihe «Das faschistische Jahrhundert», die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit dem Münzenberg-Forum organisiert wurde. Teile der Diskussion sind hier zusammengefasst.

**Anika Taschke:** Während sich Alexander Gauland in seinem schon 2009 erschienenen Buch über «Die Deutschen und ihre Geschichte» einen Obrigkeitsstaat à la Preußen zurückwünscht, spricht der Faschist Björn Höcke davon, die «authentischen Mythen» der Nation wiederzubeleben. Höcke geht es um eine «Wiederverzauberung» der Welt – gegen die «Entzauberung der Welt» (Max Weber) – und ihre Rettung aus den Fängen von Moderne

und Rationalismus. Der wohl «authentischste» Mythos für Höcke ist der Kyffhäuser-Mythos, der besagt, dass Kaiser Barbarossa erwachen und sein «Reich» wieder errichten werde. Der Reichsgedanke ist bei Rechten ja durchaus beliebt. Welchem Zweck dienen derartige Anrufungen? Was also ist überhaupt rechte Geschichtspolitik?

**Christoph Kopke:** Geschichte ist für die extreme Rechte von zentraler Bedeutung. Dabei wird Geschichte aber verstanden als eine für ewig geltende Wahrheit, und sie bezieht sich, zumal in Deutschland, auf das Volk. Das deutsche Volk wird natürlich vorgestellt als ein homogenes, als ein organisches Subjekt. Und dieser Volkscharakter zeigt sich im Verständnis der extremen Rechten in der Geschichte. Das ist ein Motiv, das wir seit dem 19. Jahrhundert finden können. Der Faschismusforscher Roger Griffin hat diese, sagen wir: Traditionslinie mit dem Begriff des «palingenetischen Ultrationalismus», also der Wiedererweckung der Nation, beschrieben.<sup>1</sup> Diese Wiedererweckung funktioniert jedoch nur, wenn man sich einen völkischen Idealzustand in der Vergangenheit konstruiert, den es angeblich gegeben habe und den man wieder erreichen wolle. Für die extreme Rechte hat Geschichte daher verschiedene Funktionen, drei davon sind wohl besonders hervorstechend: Selbstvergewisserung, Ideologieproduktion und Mobilisierung.

Zentraler Bezugspunkt der extremen Rechten in Deutschland ist der Nationalsozialismus. Die Bezugnahmen variieren und reichen von der offenen NS-Verherrlichung bis hin zur Instrumentalisierung des Widerstandes – so zuletzt mit der Vereinnahmung der «Weißen Rose» und der Person Sophie Scholl durch



die Querdenker-Mobilisierungen. Die extreme Rechte hat sich inzwischen in weiten Teilen abgekoppelt von der Geschichtswissenschaft und sucht kaum noch die Auseinandersetzung mit der Wissenschaft. Sie betreibt, mit Gideon Botsch gesprochen, eine «historisch-fiktionale Gegenerzählung», die historische Bezugspunkte aufgreift, in großem Maße aber fiktional ist.<sup>2</sup>

Aktuell haben wir es hier zugleich mit den geschichtspolitischen Vorstößen der AfD sowie mit denen einer in Teilen diffusen neuen rechten Protestbewegung zu tun. Während AfD-Vertreter\*innen in den Parlamenten durch eine Bismarck zitierende, gelehrig-bürgerliche Attitüde auffallen, werden gleichzeitig historische Ereignisse entkontextualisiert und umgedeutet. Es finden vielfach historische Relativierungen und Gleichsetzungen in Form von «Stasi 2.0» oder «Merkel-Diktatur» statt. Gleichzeitig gibt es auch Versuche, mit Parolen wie «Vollende die Wende» das Erbe der DDR-Opposition und des Herbsts '89 strategisch für sich zu reklamieren.

In der Diskussion um Björn Höckes skandalträchtige «180-Grad-Wende»-Rede wurde die Frage vernachlässigt, was mit diesem propagierten erinnerungspolitischen Richtungswechsel gemeint ist. Meines Erachtens verweist die Höcke-Sentenz auf die in verschiedener Hinsicht bemerkenswerte, aber nicht unumstrittene Rede, die der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 aus Anlass des 40. Jahrestages des Kriegsendes in einer Gedenkstunde des Deutschen Bundestages gehalten hat. Die Ursache für Flucht und Vertreibung als

Kriegsfolge sei, so von Weizsäcker damals, im NS-Regime zu suchen und liege im Beginn jener Gewaltherrschaft begründet, nicht erst im Krieg. Weizsäcker nannte Sowjetbürger\*innen, Sinti und Roma, Homosexuelle als Opfer und er erwähnte explizit den kommunistischen Widerstand. Das lässt aufhorchen, da es tatsächlich einen bleibenden Paradigmenwechsel in der offiziellen Erinnerungskultur mitbefördert hat.

Die Geschichtspolitik der AfD ist dabei nicht geradlinig. Sie soll zum einen Koalitionsfähigkeit herstellen, zum anderen den Anschluss an die extreme Rechte sicherstellen, wie der Historiker Moritz Hoffmann zuletzt herausgestellt hat.<sup>3</sup> So gibt es traditionalistische Botschaften, die sich an die Konservativen richten, und gleichzeitig wird ein Kulturkampf heraufbeschworen und das Gerede vom «Schuld-kult» bedient, das mit der militanten extremen Rechten kompatibel ist.

**Anika Taschke:** Und was unterscheidet nun diese Geschichtspolitik im Dienste des Nationalismus von einer Geschichtsschreibung von links? Oder mit Walter Benjamin gefragt: Entgehen diesem Historismus des Nationalen nicht eigentlich «die Stellen, an denen die Überlieferung abbricht und damit ihre Schroffen und Zacken»?

**Anke Hoffstadt:** Es liegt ja gar nicht im Interesse der rechten Strategie, die «Schroffen und Zacken» auszuleuchten. Ihre Anwürfe bedienen eben nicht das Differenzierte. Mehrdimensionalität ist nicht Teil ihrer Geschichtsbilder, die sie doch sehr holzschnittar-

---

**Die monolithischen Blöcke von Volk, Nation, Ehre, verlorenen Kriegen und unklaren Heldenbildern der «traditionellen Historiographie» bilden einen riesigen, hinter uns sich auftürmenden Trümmerhaufen der Geschichte, den wir uns als linke Historiker\*innen und Geschichtspraktiker\*innen anschauen müssen.**

tig verfassen aus Traditionsanleihen zwischen Herrscher Geschichte, völkischem Verbundheitskitsch und der Entpolitisierung etwa der Nazi- und Menschenrechtsverbrecher\*innen unter ihren «Kriegshelden». Es wäre müßig und stünde im Widerspruch zu ihren Hauptgedanken, die benjaminschen geschichtsphilosophischen Thesen auf eine rechte Geschichtspolitik anzuwenden. Stattdessen frage ich mich im Sinne von Benjamins «Begriff der Geschichte», was Aufgabe einer linken Geschichtserzählung sein kann – und ich würde den Begriff weit fassen als Praxis des Geschichtemachens, des «doing history» oder «doing memory».

Um bei dem von Benjamin geschaffenen Bild zu bleiben: Die monolithischen Blöcke von Volk, Nation, Ehre, verlorenen Kriegen und unklaren Heldenbildern der «traditionellen Historiographie», wie es in der Ankündigung zu unserer Runde heute heißt, bilden einen riesigen, hinter uns sich auftürmenden Trümmerhaufen der Geschichte, den wir uns als linke Historiker\*innen und Geschichtspraktiker\*innen anschauen müssen. Dabei geht es natürlich um die großen Trümmerberge der Geschichte der Verfolgung, der faschistischen Morde, der Herrschaftsgewalt des vergangenen Jahrhunderts. Auch und vielleicht in besonderer Weise möchte ich aber gern auch die verschütteten, weniger hervortretenden Bruchstücke der Geschichte betrachten, um darin in mühsamer Kleinarbeit die Schroffen und Kanten ausfindig zu machen. Weil die Quellen verschüttet sind, weil die Stimmen der Unterdrückten nicht zu hören sind. Hier sei auf die inspirierende Arbeit des AutorInnenkollektivs Loukanikos verwiesen, das sich ebendiesen Fragen linker Geschichtsschreibung gewidmet hat.<sup>4</sup> Aber ganz praktisch und für den Moment auch mit Blick auf die Profession, auf die «Experten»-Alltage von Historiker\*innen: Gibt es eine linke Geschichtswissenschaft? Und was bedeutet es heute, als linke\*r Historiker\*in zu arbeiten und sich zugleich in den eigenen politi-

schen Positionierungen gerade und mit klarer Stirn aufzustellen? Deswegen ist es wichtig, darüber zu diskutieren, wie – ganz grundsätzlich – eine Geschichte linker Praxis, aber auch eine Praxis linker Geschichte aussehen kann. In «Linke Melancholie» beschreibt der Historiker Enzo Traverso ein Erinnern an diejenigen Menschen, Ideen und Bewegungen, die in der Geschichte der Gesellschaftsveränderung ihre Kämpfe am Prinzip der Gleichheit als zentraler Maxime orientiert haben, als Stärke linker Rückblicke in die Geschichte – auch für gegenwärtige Wege und Entscheidungen.<sup>5</sup> In diesem Sinne würde ich die Frage nach dem Unterschied zwischen linker und rechter Geschichtsschreibung beantworten.

**Anika Taschke:** Das Feld der Zeitgeschichtsforschung ist heute hart umkämpft, schaut man sich die Auseinandersetzungen rund um den Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD) an. Auf dem Historikertag 2018 in Münster wurde nach intensiven Debatten eine Resolution verabschiedet, die auch im Nachgang für Wirbel sorgte. Angesichts der Gefährdungen der pluralistischen Demokratie müssten die demokratischen Grundhaltungen erneut ins Gedächtnis gerufen werden, heißt es in der Resolution. Der Text reagierte damit auf den gesellschaftlichen Rechtsruck und auf aktuelle Ereignisse, wie die rassistischen Angriffe in Chemnitz oder die migrationsfeindlichen Äußerungen und Politiken des Bundesinnenministers. Daraufhin entbrannte ein Streit zwischen den Fachkolleg\*innen, wie er für die Geschichtswissenschaft in den letzten Jahren ungewöhnlich ist. Und der Disput zwischen Liberalen und Konservativen hält an, wird in den Feuilletons von *FAZ* und *Welt* ausgefochten. Linke Stimmen hört man da eher weniger. Welche Rolle hat der\*die linke Zeithistoriker\*in in diesen gesellschaftlichen Diskursen? Kann man da unbeteteiligt bleiben? Wie verortet sich ein Patrice Poutrus da?

**Patrice Poutrus:** Ich bin kein Mitglied des Historikerverbandes. Das habe ich versäumt, als ich nach dem Studium in den Beruf eines Historikers eingetreten bin, habe es aber gleichzeitig nie bedauert. Einmal abgesehen davon, dass der VHD etwas von einer ständischen Fachorganisation hat, ist völlig unklar, wen die angesprochene Erklärung eigentlich adressiert. Und sie ist dabei zugleich noch bei Weitem nicht politisch genug, nicht explizit genug. Deswegen hatte ich mich auch über den Streit gewundert, insbesondere, warum in der FAZ derart schwere Geschütze aufgeföhren worden sind. Das kam mir vor wie der Kampf gegen Pappkammeraden, weil dort behauptet wurde, dass der VHD eine Neutralitätspflicht besäße, die er verletzt hätte. Das ist ein gängiges Argument auch der Rechten, bei dem die erkenntnistheoretischen Ausgangspunkte für geschichtswissenschaftliches Arbeiten grundsätzlich infrage gestellt werden und tatsächlich gefordert wird, dass man sich entweder aus gesellschaftlichen Konflikten heraus hält oder eben in Dienst genommen werden kann, für die Nation, für das Volk. Es geht den Rechten nicht allein darum, recht zu behalten – das wäre ihnen zu wenig –, sondern darum zu verhindern, dass ihnen widersprochen wird. Das ist eine Auseinandersetzung, die einerseits auf der Ebene der Geschichtspolitik läuft und andererseits gegen eine aufgeklärte Geschichtswissenschaft gerichtet ist. Es handelt sich eigentlich um einen Angriff auf die Geschichtswissenschaft insgesamt. Allerdings haben das noch nicht alle gemerkt.

**Anika Taschke:** Ist das auf fehlendes Problembewusstsein der Geschichtswissenschaft zurückzuführen?

**Patrice Poutrus:** Das eigentliche Problem ist aus meiner Sicht, dass die Geschichtswissenschaft in ihrem akademischen Ursprung von der Indienstnahme profitiert hat. Die Professionalisierung der Disziplin außerhalb der

Vielfalt der philosophischen Auffassung ist eindeutig auf den Historismus zurückzuführen. Es entstanden an den Universitäten Professuren, historische Seminare bildeten sich. So ist die Frage nach der Positionierung von Geschichte unmittelbar verbunden mit der Basis von Geschichtswissenschaft und ihrer Entstehung. Tatsächlich hat es immer auch Historiker\*innen gegeben, die sich außerhalb eines gewissen historistischen Konsenses befanden, seien es im Kaiserreich katholische Historiker gewesen, die für die großdeutsche Lösung einstanden und sich gegen die kleindeutsche Lösung der hegemonialen preußisch-protestantischen Historiker-Schule positionierten. Später erklärten Historiker\*innen, man müsse auch die Erkenntnisse der Sozialwissenschaften oder gar der Kulturwissenschaften in die Geschichtswissenschaft einbeziehen. Im Grunde aber geht es da doch um Deutungskämpfe zur Geschichte von Staatlichkeit, ohne diese Ebene je zu verlassen. An ebendieser Stelle kommt man dann an den Punkt, um den es Höcke geht, nämlich die Wiederherstellung von Geschichtspolitik und Geschichtserzählung. Eigentlich ist die Geschichte der Zeitgeschichte als wissenschaftliche Disziplin die Auseinandersetzung um eine Abtrennung von der Historiographie, um Fragen zu stellen, die sich jenseits eines festgelegten historischen durchgesetzten Narrativs befinden. Das beginnt nicht erst nach dem Nationalsozialismus, sondern bereits nach dem Ersten Weltkrieg mit der Kriegsschuldfrage. Damals waren Historiker\*innen aufgefordert, der Frage nachzugehen, wie es 1914 zum Krieg kommen konnte. Aber fast alle im Reichstag vertretenen Parteien wollten trotz eindeutiger Quellenlage von dem abweichenden Narrativ nichts hören. Am Ende dieser berühmten Enquetekommission im Reichstag hat man sich auf einen semantisch indifferenten Formelkompromiss geeinigt, der der Erklärung vom Historikertag 2018 gar nicht unähnlich ist. Derartige Konflikte lassen

**Es reicht nicht, die historischen Narrative gegen den Strich zu bürsten. So orientiert man sich nur weiter an den Herrschaftsnarrativen und verfehlt so diejenigen Fragen, die aus sich selbst heraus Bedeutung haben.**

sich in der Zeitgeschichte immer wieder finden, sodass die aktuelle Auseinandersetzung gar nicht so besonders ist. Wenn ich dabei über meine eigene Arbeit nachdenke, dann ist es für mich immer verwunderlich gewesen, dass man mich wiederholt zum Linken erklärt hat. Dabei versuche ich lediglich, mich den theoretischen und methodischen Voraussetzungen der Geschichtswissenschaft anzunähern, aber neue Themen zu entwickeln. «Sie beschäftigen sich mit Migration, da müssen Sie ja ein Linker sein», heißt es da. Daraus würde ich folgende Schlussfolgerung ziehen: Zum einen muss man sich in der Arbeit als Historiker\*in über die eigene Ausgangsposition klar werden. Zum anderen reicht es nicht, die historischen Narrative gegen den Strich zu bürsten. So orientiert man sich nur weiter an den Herrschaftsnarrativen und verfehlt diejenigen Fragen, die aus sich selbst heraus Bedeutung haben, die eben nicht davon abhängen, ob man findet, dass ein bestimmtes Helden- oder Opfernarrativ zutreffend ist oder nicht. Wer ist es denn, die oder der in diesen Narrativen überhaupt nicht vorkommt? Und woran liegt denn das eigentlich? Liegt es an den Quellen, an bestimmten Zugängen oder an einem bestimmten Erkenntnisinteresse? Mit Blick auf diese Fragen kommt man aus der Falle heraus, ein Gegenarrativ entwerfen zu müssen. Das Credo könnte also derart lauten: zur Selbstaufklärung beitragen und über die Vergangenheit aufklärerische Geschichten erzählen.

**Anika Taschke:** Julia, deine Web-Dokus zum rassistischen Pogrom in Hoyerswerda 1991 ([www.hoyerswerda-1991.de](http://www.hoyerswerda-1991.de)) oder zu rassistischer Gewalt und rassistischen Morden seit

den 1990er Jahren ([www.gegenuns.de](http://www.gegenuns.de)) können – mit Maurice Halbwachs gesprochen – einen «Erinnerungsrahmen» für eine kritische öffentliche Auseinandersetzung mit Rassismus und Nationalismus liefern. Was zeichnet deine dokumentarische Beschäftigung mit diesen Themen aus? Warum eignet sich ein solches Format besonders gut für eine zeithistorische Auseinandersetzung?

**Julia Oelkers:** Ich bin Filmemacherin und wenn ich mich mit zeithistorischen Fragen beschäftige, begegne mir diverse Schwierigkeiten. Zunächst einmal muss man ein Thema an Redaktionen «verkaufen». Und dann ist da die Frage, aus welcher Perspektive man etwas erzählt. Bei Arbeiten für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten soll alles vermeintlich ausgewogen sein und alle Seiten müssen gefragt werden. Oder es werden personalisierte Geschichten erzählt, die an eine bestimmte Perspektive gebunden sind. Die Webdoku [www.hoyerswerda-1991.de](http://www.hoyerswerda-1991.de) über das Pogrom in Hoyerswerda entstand, weil ich schon lange einen Film darüber machen wollte, aber nie eine Finanzierung bekommen habe. Wir hatten jahrelang immer wieder in Hoyerswerda gedreht und viel Material gesammelt. Als 2011 die Stadt Hoyerswerda zum 20. Jahrestag eine Ausstellung gemacht hat und darin nur Polizeiberichte und die lokale Presse zur Sprache kamen, haben wir uns mit der örtlichen Antifa-Gruppe «Pogrom91» zusammengetan und unser Material zugänglich gemacht. Es schien uns wichtig, die Geschichte aus einer anderen Perspektive zu erzählen, die Sichtweise von auf verschiedene Art Betroffenen zu Wort kommen zu lassen und Prozesse deutlicher zu machen. Darum ist die Webdoku

ähnlich einem Mosaik aufgebaut. Der große Vorteil von historischen Webdokumentationen ist es, dass die Nutzer\*innen viel eigenständiger sind und die Linearität der Erzählung verlassen können. Sie können selbst entscheiden, was sie wann ansehen und welche Aspekte sie besonders interessieren.

Bei [www.gegenuns.de](http://www.gegenuns.de) geht es um rechte, rassistische und antisemitische Gewalt in den letzten 30 Jahren. Es ist uns auch hier wichtig, aus der Sicht der Betroffenen zu erzählen, aber nicht nur aus der Sicht derer, die direkt die Gewalt erfahren haben, sondern auch aus dem Umfeld, aus den Familien, von Freund\*innen, von solidarischen Menschen. Dieser nahe, erweiterte Kreis kann für Gesellschaft stehen, er prägt sie, immer. Wir wollten zeigen, was es heißt, wenn man davon spricht, die Gewalt sei auch ein Angriff auf uns alle. Wir beschreiben zum Beispiel den Mord an Jorge Gomondai, der am Ostersonntag 1991 in Dresden von Neonazis aus einer Straßenbahn geworfen wurde und an den Verletzungen starb. Hier kommen neben der Familie auch Menschen zu Wort, die ihn gar nicht kannten, die aber in

re Webdokus versuchen natürlich, wissenschaftlichen Ansprüchen zu genügen, aber der Output sollte nicht nur rein wissenschaftlicher Natur sein, sondern ein breites Publikum erreichen können. Wenn ich im Zuge meiner Recherchen wissenschaftliche Studien – wunderbare Arbeiten, ganz tolle Geschichten – lese, fällt mir auf, dass deren Erkenntnisse in der gesellschaftlichen Debatte oft nicht vorkommen, nicht wahrgenommen werden, weil sie als Bücherwissen zu wenig zur Hand genommen und aufgenommen werden in die eigenen Überlegungen. Das historische Wissen muss aus den Bibliotheken heraus und muss erzählt werden. Damit möchte auch ich einen Beitrag leisten, der Geschichte und den Geschichten ein größeres Publikum zu geben.

**Anika Taschke:** Linke, soziale, antikoloniale, antifaschistische und Arbeiterbewegungen haben eine lange Geschichte des Widerstandes gegen Unterdrückung und Ausbeutung geschrieben. Doch in den letzten Jahren scheinen die Rechten den Widerstandsbegriff okkupiert zu haben. Pegida und Querdenker zeigen uns, wie einfach die Selbstinszenierung der extremen Rechten als Widerstandskämpfer\*innen gegen eine tyrannische Diktatur funktioniert. Welche Rolle spielt der Widerstandsbegriff für die extreme Rechte?

---

## Das historische Wissen muss aus den Bibliotheken heraus und muss erzählt werden.

Dresden politisch aktiv waren. Um das Gedenken an Gomondai gab es über die Jahre viele Auseinandersetzungen: Wie gestalten wir das Gedenken, wer wird daran beteiligt, wie treten wir auf? Das hat sich auch im Laufe der Jahre verändert. Das ist eine lebendige, wichtige Auseinandersetzung, die den gesellschaftlichen Umgang mit Geschichte und mit diesen rassistischen Taten und der rechten Gewalt deutlich macht. Und dafür sind Webdokus meiner Meinung nach einfach klasse, weil ich hier mehr Möglichkeiten habe und mit vielen verschiedenen Medien arbeiten kann. Unse-

**Christoph Kopke:** Der Bezug auf den Widerstandsbegriff ist seit einigen Jahren sehr deutlich und wurde schon länger von der militanten Neonazi-Szene aufgenommen. Da ist zunächst die Delegitimierung des Staates als Diktatur, gegen die man sich wehren müsse, und die falsch verstandene Interpretation des im Grundgesetz festgeschriebenen Widerstandsrechts. Aber es geht auch um die Zerstörung von Begriffen auf verschiedenen Ebenen: So behaupten die Rechten beispielsweise, der Antifaschismus sei der neue Faschismus. Zwar entbehrt die Behauptung jeder Logik, aber derlei Verdrehungen sind

kompatibel in jede Richtung und führen auch zu Verunsicherungen. Es stellt sich die Frage, wie die Antwort aussehen muss. Natürlich geht es darum, Geschichte aus dem Bücherregal herauszuholen. Das betrifft sowohl die pädagogische Gedenkstättenarbeit, wenn sie sich auf die erinnerungspolitischen Angriffe von rechts vorbereitet, als auch Fragen einer linken Geschichtsschreibung. Gerade in der Auseinandersetzung mit dem offenen Blick darauf, welche Rolle die kommunistische Bewegung und der Stalinismus für eine linke Tradition spielen, wo es Bruchlinien gibt. Ich erlebe immer wieder, dass argumentiert wird,

müssen wir nicht diese Denkfiguren eher hinterfragen, dekonstruieren, gegen den Strich bürsten?

**Anke Hoffstadt:** Ich glaube, es kommt immer ganz darauf an, wer spricht. Ich persönlich habe lange einen großen Vorbehalt gegen Mythenbildung, gegen Held\*innen bei mir bemerkt. Und ich bin auch heute noch oft zunächst skeptisch, wenn jemand auf den Thron gesetzt wird. Gleichwohl ich mich natürlich selbst dabei beobachte, dass ich trotz aller (selbst-)kritischen Aufmerksamkeit für Romantisierungen, Idole oder vermeintlich

---

**Nach den Anschlägen von Halle und Hanau haben sich Überlebende und Freund\*innen in der Migrantifa und anderen Initiativen organisiert. Ihre Stimmen sind lauter geworden, aber es hat sie in der Geschichte immer gegeben. Es kommt darauf an, sie auch zu erzählen.**

man könne sich nicht mit dem Stalinismus auseinandersetzen, weil das den Rechten nützen würde. Das ist eine falsche Antwort. Man muss eben beides: den Stalinismus aufarbeiten und an den kommunistischen Widerstand erinnern. Hier hat es geholfen, die verschütteten Ansätze linker Splittergruppen jenseits der großen Arbeiterparteien SPD und KPD nachzuerfolgen, denn sie haben den Faschismus oft viel klarer gesehen.<sup>6</sup> In dieser Selbstvergewisserung eigener Traditionen über Fehler, über Abgründe, über Verbrechen, aber auch über positive Dinge, an die wir in einer modifizierten Version auch anknüpfen oder auf die wir Bezug nehmen können, liegt eine Möglichkeit der Abwehr des Angriffs der Rechten.

**Anika Taschke:** Was müsste linke Geschichtsschreibung also leisten? Müssen wir eigene Held\*innen entdecken, mit denen wir uns identifizieren können, also Thomas Müntzer gegen Kaiser Barbarossa, Rosa Luxemburg gegen Kanzler Bismarck? Oder

fehlerlose Held\*innen *role models* habe oder die Geschichte bestimmter Menschen besonders gern lese. Aber es gibt auch linke Kulturen, die einen ganz anderen Bezug zu Held\*innen haben. Ich denke da an einen Beitrag der Münsteraner Kolleg\*innen Michael Ramming und Julia Lis, die in einem Aufsatz über die Bombenangriffe der türkischen Luftwaffe auf Friedhöfe von gefallenen Angehörigen des kurdischen Widerstandskampfes gegen die Besatzung in der Region beschrieben haben, dass hinter diesen völkerrechtswidrigen Verletzungen der Totenruhe die Strategie einer *damnatio memoriae* steht. Mit der Zerstörung der Friedhöfe werden die Toten einer Bewegung im Moment ihrer Kämpfe ein zweites Mal ausgelöscht. Hier ist das Vergessen-Machen, das Verschütten von Gedächtnis gewissermaßen ein Kriegsziel. Dieses Beispiel, in dem es um einen besonderen kulturellen Bezugsrahmen von Erinnerung geht, verweist einmal mehr darauf, wie wichtig es für hegemoniale Strukturen zu sein scheint, das

Gedächtnis zu kontrollieren.<sup>7</sup> Da stellt sich die Frage für mich also noch einmal in ganz anderem Licht: Wozu brauchen wir Held\*innen, wenn wir Geschichte erzählen möchten? Brauchen wir sie, weil sie uns Instrument sind? Oder brauchen wir sie, weil wir aus ihren Biografien etwas lernen? Wenn wir uns darüber im Klaren sind, können wir durchaus Held\*innen haben.

Ich denke, zeithistorische Wissenschaft und Praxis tut außerdem gut daran, das zu beschreiben und zu zeigen, was vor ihren Füßen liegt. Manchmal muss man dabei auf forschungsproduzierte Quellen, beispielsweise die Oral History, zurückgreifen. In seinen geschichtsphilosophischen Thesen «Über den Begriff der Geschichte» geht es Walter Benjamin auch darum, den Namenlosen eine Geschichte zu geben. Dabei bürste ich gar nicht einmal gegen den Strich, sondern vielmehr in eine etwas andere Richtung. Denn diese «Namenlosen», wie es heißt, diese Menschen sind zwar vielleicht (noch) ungenannt oder scheinbar vergessen, einen Namen haben und hatten sie aber durchaus. Genauso wie sie bei näherem Hinsehen wohl immer auch Geschichte gemacht haben. Aus diesem Blickwinkel ist es gar nicht verkehrt herum gedacht, ihre Geschichte zu recherchieren und zu beschreiben oder besser noch: für sich sprechen zu lassen. Im Gegenteil: Nichts wäre eigentlich weniger «gegen den Strich».

**Anika Taschke:** Das wäre nichtsdestotrotz eine bisher zu selten eingenommene Perspektive. Denn immer wieder stehen die Rechten im Mittelpunkt und bestimmen die Bilder. Konzentrieren wir uns zu sehr auf diese Täterperspektive? Wie und warum sollten andere Stimmen Gehör finden? Und welche Stimmen müssten das sein?

**Julia Oelkers:** In der aktuellen Berichterstattung und auch im zeithistorischen Rückblick auf die vergangenen Jahre muss man fest-

stellen, dass sich stark mit der Perspektive der Täter\*innen beschäftigt wird. Das war in Bezug auf den NSU am deutlichsten zu beobachten: Man kennt die Namen der Täter\*innen, aber kaum jemand kennt die Namen der Opfer. Dabei werden Erklärungen für die Täterschaft gesucht, während die Perspektive der Betroffenen wenig erzählt wird. Das hat sich bis heute kaum verändert. Zwar dürfen die Betroffenen zu Jahrestagen in den Medien über die Angriffe, Pogrome, Morde berichten, aber sie bleiben trotzdem gesichtslos. Dabei sind es migrantische Communities, die das Gedenken an Opfer rassistischer Gewalt aufrechterhalten. Es war der «Ausländerrat» in Dresden, der seit 1991 das Gedenken an den Mord an Jorge Gomondai organisiert und für ein Mahnmal kämpfte. Die «Brothers Keepers» gründeten sich nach dem Mord an Alberto Adriano 2001, ihr Song «Adriano letzte Warnung» war ein wichtiger empowernder Impuls für eine ganze Generation. Nach den Anschlägen von Halle und Hanau haben sich Überlebende und Freund\*innen in der Migrantifa und anderen Initiativen organisiert. Ihre Stimmen sind lauter geworden, aber es hat sie in der Geschichte immer gegeben. Es kommt darauf an, sie auch zu erzählen.

**Anika Taschke:** Welche Themen siehst du, Patrice, mit denen man sich von linker Seite beschäftigen muss?

**Patrice Poutrus:** Das ist eine interessante Frage. Wenn man die Entstehung der Migrationsforschung in Deutschland betrachtet, dann stehen am Beginn der Forschung Verlust- und Opfererzählungen von Deutschen, nämlich den Vertriebenen, oder derjenigen, die über den Atlantik ausgewandert sind. Später haben Historiker\*innen mit eigener Migrationsgeschichte diese Verlusterzählungen hinterfragt, indem sie sagten: Wir sind hierhergekommen. Unsere Eltern haben die Städte verändert. Euer Leben hat sich verändert. Es geht also für



mich nicht nur um Themen, sondern auch um Fragen, die man an solche Entwicklungen stellt. Und die Antworten sind keine geradlinigen. Da wären zum Beispiel die streikenden Arbeiter im Ford-Werk 1937, die mit dem *weißen* DGB nichts am Hut hatten. Es geht ja nicht um die Vollständigkeit der Vergangenheit, sonst würde es diese semantische Unterscheidung zwischen Vergangenheit und Geschichte nicht geben. Welche Geschichte erzählt wird und was man davon für die Gegenwart gewinnen kann, ist insbesondere von der Perspektive der jeweiligen Historiker\*innen abhängig. Ich glaube, dass sich eine linke Geschichtsschreibung nie darauf einlassen sollte, ein monolithisches Narrativ zu erzeugen. Gesellschaft ist ja kein Ding oder gar ein Körper, sondern Gesellschaft entsteht durch miteinander konfligierende Beziehungen. Es ist unsere Aufgabe, solche Beziehungen zu erklären, sich auf den schwierigen Weg zu machen und neue Fragen aufzuwerfen, auf die es keine einfachen Antworten gibt. Dann kommt linke Geschichtswissenschaft weiter.

**Julia Oelkers:** Aber das produzierte Wissen muss dann auch aus dem akademischen Raum heraustreten, um wahrgenommen zu werden. Es muss viele Räume geben, in denen Auseinandersetzung stattfindet. Es muss nach diversen Perspektiven gefragt werden und ebenso müssen diejenigen, die Fragen stellen und mitbestimmen, was wie erzählt wird, diverser werden.

**Anke Hoffstadt:** Geschichtswissenschaft, Gedenkstättenarbeit, erinnerungspolitische Initiativen – das gehört ja alles zusammen und da sollten wir uns zusammentun. Es reicht für

eine linke Erzählung von Vergangenen nicht aus, auf den akademischen Betrieb zu schießen und von dieser Seite auf Impulse zu hoffen. Sie allein können kein «doing memory» ausmachen, können keine kulturelle und soziale Praxis des Erinnerns im Moment ihres Erzählens sein. Es braucht wohl eine klare Sicht- und Hörbarkeit und Verstetigung des Gedächtnisses an diejenigen, die Walter Benjamin vielleicht meinte, als er davon sprach, dass der Feind im Moment seines Sieges das Eingedenken an sie stehlen, sich der Erinnerung bemächtigen werde, wo er nur kann. Diese Ausblendungen, diesen Raub zu verhindern, ist wichtig. Aber selbstermächtigt Geschichte zu gestalten kann stark machen gegen Aneignung und Überwältigung. Das dürfte auch weiterhin nötig sein.

Transkription: Clara Pauline Lunow, Redaktion: Yves Müller

**1** Griffin, Roger: Palingenetischer Ultrationalismus. Die Geburtswehen einer neuen Faschismusdeutung, in: Schlemmer, Thomas/Woller, Hans (Hrsg.): Der Faschismus in Europa. Wege der Forschung, Oldenburg 2014, S. 17–33. Vgl. auch das Interview mit Roger Griffin in: Häusler, Alexander/Fehrenschild, Michael: Faschismus in Geschichte und Gegenwart. Ein vergleichender Überblick zur Tauglichkeit eines umstrittenen Begriffs, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte – Neue Folge 26, Berlin 2020, S. 91–101. **2** Botsch, Gideon: Die historisch-fiktionale Gegenerzählung des radikalen Nationalismus. Über den rechtsextremen Zugriff auf die deutsche Geschichte, in: Jahrbuch für Politik und Geschichte 2/2011, S. 27–40. **3** Hoffmann, Moritz: Zwischen Kyffhäuser und Vogelschiss. Rechtspopulisten forcieren ein vergessenes Bild von Angewandter Geschichte, in: Indes. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft 3/2019, S. 139–146. **4** Autorinnenkollektiv Loukanikos (Hrsg.): History is unwritten. Linke Geschichte und kritische Wissenschaft. Ein Lesebuch, Münster 2015; außerdem auch Fischer, Henning/Fuhrmann, Uwe/König, Jana/Steffen, Elisabeth/Sträter, Till (Hrsg.): Zwischen Ignoranz und Inszenierung. Die Bedeutung von Mythos und Geschichte für die Gegenwart der Nation, Münster 2012. **5** Traverso, Enzo: Linke Melancholie. Über die Stärke einer verborgenen Tradition, Münster 2019. **6** Vgl. beispielsweise Bois, Marcel: Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Eine Gesamtdarstellung, Essen 2014. **7** Ramminger, Michael/Lis, Julia: Das Recht auf Erinnerung. Einige Anmerkungen zur Einschätzung der Bombardierung der Gedenkstätten in Nordkurdistan durch das türkische Militär, unter: [www.itpol.de/wp-content/uploads/2014/11/Lis\\_Ramminger\\_Recht\\_auf\\_Erinnerung.pdf](http://www.itpol.de/wp-content/uploads/2014/11/Lis_Ramminger_Recht_auf_Erinnerung.pdf).

## ZUM WEITERLESEN

### Linke Geschichte

**AutorInnenkollektiv Loukanikos (Hrsg.):** History is unwritten. Linke Geschichtspolitik und kritische Wissenschaft. Ein Lesebuch, Münster 2015.

**Lierke, Lydia/Perinelli, Massimo (Hrsg.):** Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive, Berlin 2020, unter: [www.rosalux.de/erinnern-stoeren](http://www.rosalux.de/erinnern-stoeren).

**Löwy, Michael:** Fire Alarm. Reading Walter Benjamin's «On the Concept of History», London/New York 2016.

**Poutrus, Patrice:** Umkämpftes Asyl. Vom Nachkriegsdeutschland bis in die Gegenwart, Berlin 2019.

**Traverso, Enzo:** Linke Melancholie. Über die Stärke einer verborgenen Tradition, Münster 2019.

**Traverso, Enzo:** Gebrauchsanleitung für die Vergangenheit. Geschichte, Erinnerung, Politik, Münster 2007.

### Nationalismus, Faschismus und Antisemitismus

**Berendsen, Eva/Rhein, Katharina/Uhlig, Tom David (Hrsg.):** Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts, Berlin 2019.

**Botsch, Gideon/Kopke, Christoph:** «Umvolkung» und «Volkstod». Zur Kontinuität einer extrem rechten Paranoia, Ulm 2019.

**Breuer, Stefan:** Anatomie der Konservativen Revolution, Darmstadt 1993.

**Burschel, Friedrich (Hrsg.):** Das faschistische Jahrhundert. Neurechte Diskurse zu Abendland, Identität, Europa und Neoliberalismus, Berlin 2020.

**Detering, Heinrich:** Was heißt hier «wir»? Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten, 6., erg. Aufl., Ditzingen 2019.

**Fischer, Henning/Fuhrmann, Uwe/König, Jana/Steffen, Elisabeth/Sträter, Till (Hrsg.):** Zwischen Ignoranz und Inszenierung. Die Bedeutung von Mythos und Geschichte für die Gegenwart der Nation, 2. Aufl., Münster 2015.

**Häusler, Alexander/Fehrenschild, Michael:** Faschismus in Geschichte und Gegenwart. Ein vergleichender Überblick zur Tauglichkeit eines umstrittenen Begriffs, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte – Neue Folge 26, Berlin 2020, unter: [www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Manuskripte/Manuskripte\\_26\\_Faschismusstudie.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte/Manuskripte_26_Faschismusstudie.pdf).

**Salzborn, Samuel:** Kollektive Unschuld. Die Abwehr der Shoah im deutschen Erinnern, Berlin/Leipzig 2020.

**Weiß, Volker:** Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Hamburg 2017.

**Wildt, Michael:** Volk, Volksgemeinschaft, AfD, Hamburg 2017.

**Wörsching, Mathias:** Faschismustheorien. Überblick und Einführung, Stuttgart 2020.

### Zu rechter Geschichte und Geschichtspolitik

**apabiz e. V.:** Rechte Geschichtspolitik, magazine 8, 2021, unter: [www.apabiz.de/wp-content/uploads/magazine\\_8\\_web.pdf](http://www.apabiz.de/wp-content/uploads/magazine_8_web.pdf).

**Audretsch, Andreas/Gatzka, Claudia (Hrsg.):** Schleichend an die Macht. Wie die Neue Rechte Geschichte instrumentalisiert, um Deutungshoheit über unsere Zukunft zu erlangen, Bonn 2020.

**Kemper, Andreas:** «... Die neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit siebzig Jahren befinden». Zur Differenz von Konservatismus und Faschismus am Beispiel der «historischen Mission» Björn Höckes (AfD), hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V., Jena 2016, unter: <https://th.rosalux.de/filead->

min/ls\_thueringen/dokumente/publikationen/RLS-HeftMissionHoecke-Feb16.pdf

**Killguss, Hans-Peter/Langebach, Martin (Hrsg.):** «Opa war in Ordnung!» Erinnerungspolitik der extremen Rechten, Köln 2016.

**Langebach, Martin/Sturm, Michael (Hrsg.):** Erinnerungsorte der extremen Rechten, Wiesbaden 2015.

**Mendel, Meron (Hrsg.):** Wie die Rechten Geschichte umdeuten. Geschichtsrevisionis-

mus und Antisemitismus. Themenheft der Bildungsstätte Anne Frank, Frankfurt a. M. 2020.

**Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V./Mobile Beratung gegen Rechts-extremismus Berlin (MBR):** Nur Schnee von gestern? Zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts in Gedenkstätten und Museen, Berlin 2019, unter: [https://mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2021/02/200113\\_MBR\\_Broschuere\\_Gedenkstaetten\\_online1.pdf](https://mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2021/02/200113_MBR_Broschuere_Gedenkstaetten_online1.pdf).

## DIE AUTOR\*INNEN

Das **AutorInnenkollektiv Loukanikos** besteht aus Henning Fischer, Uwe Fuhrmann, Jana König, Elisabeth Steffen und Till Sträter. Im Mai 2012 erschien der gemeinsam verfasste und herausgegebene Band «Zwischen Ignoranz und Inszenierung. Die Bedeutung von Mythos und Geschichte für die Gegenwart der Nation» im Verlag Westfälisches Dampfboot. 2013 folgte die ak-Sonderbroschüre «History is unwritten», 2015 erschien das Lesebuch «History is unwritten. Linke Geschichtspolitik und kritische Wissenschaft» im Verlag assemblage. Aktuelles unter <https://historyisunwritten.wordpress.com>.

**Sebastian Bischoff** ist Historiker und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bereich Zeitgeschichte der Universität Paderborn. Nachdem seine Dissertation Fremd- und Feindbildproduktionen und die deutschen Annexionsdebatten im Ersten Weltkrieg fokussierte, arbeitet er nun an einem Projekt zur politischen Rechten und der «sexuellen Revolution». Er ist Mitbegründer des Zeithistorischen Arbeitskreises Extreme Rechte.

Ausgewählte Veröffentlichungen: «Wie sich ein Jude in der Bundesrepublik im Jahre 1970 verhalten müsse ...». Auseinandersetzungen um «Pornographie» im Melzer Verlag, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 29, 2021, S. 396–421 (mit Kristoff Kerl); Als wir noch Wir waren. Die «homogene» Nation des Rechtspopulismus und der Neuen Rechten in Deutschland, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Fremdenfeinde und Wutbürger, Berlin 2016, S. 45–68 (mit Sina Arnold).

**Anke Hoffstadt** ist Historikerin und politische Bildnerin. Sie arbeitet als Lehrbeauftragte an der Hochschule Düsseldorf und der FH Bielefeld und ist beruflich engagiert in der (Weiter-) Bildungspolitik. Im Kontext von Forschung

und Vermittlung widmet sie sich in Projekten und Publikationen der Gedächtnisgeschichte und Geschichtspolitik im postnationalsozialistischen Deutschland sowie der Geschichte rechter Gewalt und der extremen Rechten im 20. Jahrhundert. Sie ist Mitbegründerin des Zeithistorischen Arbeitskreises Extreme Rechte.

Ausgewählte Veröffentlichungen: «Getrennt marschieren – vereint schlagen. In der Geschichte der Soldatenverbände kreuzen sich die Wege seit 100 Jahren ganz rechts», in: LOTTA 74, 2019; «Gefallen durch das Vaterland» oder: Erinnerungspolitik und Gedenkpraxen auf der Suche nach dem Sinn des Krieges, in: Axel Weipert u. a. (Hrsg.): «Maschine zur Brutalisierung der Welt»? Der Erste Weltkrieg – Deutungen und Haltungen 1914 bis heute, Münster 2017, S. 157–175.

**Bernd Hüttner** ist Politikwissenschaftler und arbeitet als Referent für Zeitgeschichte und Geschichtspolitik am Historischen Zentrum der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er publiziert zu Geschichte und Geschichtsschreibung der neuen sozialen Bewegungen und der undogmatischen Linken, zu freien Archiven der sozialen Bewegungen, künstlerischen Avantgarden und Netzwerken vor 1933. Zudem ist er Mitglied der Redaktion von «Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien» und des Vorstandes der German Labour History Association, der Historischen Kommission beim Parteivorstand DIE LINKE und des Internationalen wissenschaftlichen Beirates der ITH – International Conference of Labour and Social History.

Ausgewählte Veröffentlichung: Klassismus und Wissenschaft. Erfahrungsberichte und Bewältigungsstrategien, 2., korrigierte Auflage, Marburg 2021 (als Hrsg. mit Riccardo Altieri).

**Yves Müller** ist Historiker und Doktorand am Fachbereich Geschichte der Universität Hamburg. Er ist Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zurzeit arbeitet er an einer Dissertation zur nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA) im Zweiten Weltkrieg. Er ist Mitbegründer des Zeithistorischen Arbeitskreises Extreme Rechte.

Ausgewählte Veröffentlichungen: «Faschistische Grundstruktur». Lutz Niethammers Analyse der extremen Rechten (1969), in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 16, 2019, 1, S. 197–205; Kein «Volksbau». Weder Schloss noch Nachbau waren dem Volk – wie auch immer es definiert sein mag – gewidmet, in: Zeitgeschichte-online, September 2020 (7.9.2020), <https://zeitgeschichte-online.de/kommentar/kein-volksbau>.

**Anna Schiff** ist Historikerin und Geschlechterforscherin. Sie ist Promotionsstipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Ihr Dissertationsprojekt widmet sich der Geschichte der Mädchensexualität. Sie hat für die Rosa-Luxemburg-Stiftung die Broschüre «Ist doch ein Kompliment. Behauptungen und Fakten zu Sexismus» verfasst. Ihr Buch «Basiswissen: Sexismus» liefert einen komprimierten Überblick zu verschiedenen wissenschaftlichen und feministischen Positionen zu Sexismus. Ausgewählte Veröffentlichung: Sexismus (= Basiswissen Politik, Geschichte, Ökonomie), Köln 2019.

**Michael Sturm** ist Historiker und pädagogisch-wissenschaftlicher Mitarbeiter im Geschichtsort Villa ten Hompel in Münster und

in der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Münster. Er veröffentlicht aktuell zur Geschichte der Polizei- und zur Protestgeschichte der Bundesrepublik sowie zu geschichtspolitischen und erinnerungskulturellen Fragen.

Ausgewählte Veröffentlichungen: Mut zur Unausgewogenheit. Überlegungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Interventionen in die politische Bildung, in: Außerschulische Bildung 3/2019, S. 27–34; Erinnerungsorte der extremen Rechten, Wiesbaden 2015 (als Hrsg., zusammen mit Martin Langebach)

**Anika Taschke** ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet als Referentin für Zeitgeschichte und historisch-biografisches Lernen am Historischen Zentrum der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie ist Mitglied des Mauthausen Komitee Deutschland e. V.

Ausgewählte Veröffentlichung: Rät\*innen gegen rechts. Umgang mit Rechten in kommunalen Gremien, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2., akt. Auflage, Berlin 2021 (mit Tilo Giesbers u. a.), [www.rosalux.de/publikation/id/40148](http://www.rosalux.de/publikation/id/40148).

**Sebastian Bischoff, Anke Hoffstadt, Yves Müller, Anna Schiff** und **Anika Taschke** sind Mitglieder des Gesprächskreises «Geschichte» der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der seit seiner Gründung 2006 von Bernd Hüttner koordiniert wird. Weitere Informationen unter [www.rosalux.de/themen/geschichte](http://www.rosalux.de/themen/geschichte).

Das **Herausgeber\*innenkollektiv** dieser Broschüre sind **Anke Hoffstadt, Yves Müller** und **Anna Schiff**.

## **Impressum**

MATERIALIEN Nr. 36

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Henning Heine

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 2199-7713 · Redaktionsschluss: Mai 2021

Titelbild: picture alliance/dpa/Christian Charisius (Reinigungsarbeiten am Bismarck-Denkmal in Hamburg, April 2020)

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.  
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

**«Die monolithischen Blöcke von Volk, Nation, Ehre, verlorenen Kriegen und unklaren Heldenbildern der ‹traditionellen Historiographie› bilden einen riesigen, hinter uns sich auftürmenden Trümmerhaufen der Geschichte, den wir uns als linke Historiker\*innen und Geschichtspraktiker\*innen anschauen müssen.»**

ANKE HOFFSTADT